

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Henrik Uterwedde

Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen:  
Chancen und Grenzen des Wandels

Klaus Manfrass

Das deutsch-französische Verhältnis nach der  
historischen Zäsur des Jahres 1989

Gunther Hellmann

Eine Flucht nach vorn ohne Ende?  
Die deutsch-französische Achse und die Vertiefung  
der europäischen Integration

Christian Lequesne

Die europäische Politik von Jacques Chirac:  
Auf dem Weg zu einer notwendigen Klärung?

Marieluise Christadler

Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen  
1945–1995

B 30/95

21. Juli 1995

Henrik Uterwedde, Dr. phil., Dipl.-Pol., geb. 1948; seit 1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1994 stellvertretender Direktor am Deutsch-Französischen Institut, Ludwigsburg.

Veröffentlichungen u. a.: Die Wirtschaftspolitik der Linken in Frankreich. Programm und Praxis 1974–1986, Frankfurt/M.–New York 1988; Die Europäische Gemeinschaft, Opladen 1990; (zus. mit Wolfgang Neumann) Soziale und stadtstrukturelle Wirkungen der Wohnungs- und Städtebaupolitik in Frankreich, Stuttgart 1993; (zus. mit Wolfgang Neumann) Raumordnungspolitik in Frankreich und Deutschland, Stuttgart 1994.

Klaus Manfrass, Dr. phil. habil., geb. 1938; wissenschaftlicher Referent am Deutschen Historischen Institut Paris und Lehrbeauftragter für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück.

Veröffentlichungen u. a.: Paris–Bonn: Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner, Sigmaringen 1984; (zus. mit Yves Cohen) Frankreich und Deutschland: Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990; (zus. mit Jean-Pierre Rioux) France – Allemagne 1944–1947, Paris 1990; Türken in der Bundesrepublik – Nordafrikaner in Frankreich: Ausländerproblematik im deutsch-französischen Vergleich, Bonn–Berlin 1991.

Gunther Hellmann, Dr. phil., MSFS, geb. 1960; 1989 bis 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsstelle „Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik“, Freie Universität Berlin; seit Oktober 1993 wissenschaftlicher Assistent und „Chaire Jean Monnet“ am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt.

Veröffentlichungen u. a.: Weltmachtrivalität und Kooperation in regionalen Konflikten: Die USA und die Sowjetunion in den Kriegen des Nahen und Mittleren Ostens 1973–1991, Baden-Baden 1993; (Hrsg.) Alliierte Präsenz und deutsche Einheit. Die politischen Folgen militärischer Macht, Baden-Baden 1994; Für eine problemorientierte Grundlagenforschung. Kritik und Perspektiven der Disziplin „Internationale Beziehungen“ in Deutschland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 1 (1994) 1; Die Europäische Union und Nordamerika nach Maastricht und GATT: Braucht die Atlantische Gemeinschaft einen neuen Transatlantischen Vertrag?, Sankt Augustin 1994.

Christian Lequesne, Dr. habil., geb. 1962; Mitarbeiter des Centre d'Etudes et de Recherches Internationales; Professor am Institut d'Etudes Politiques, Paris, sowie am Collège d'Europe, Warschau; Mitglied des wissenschaftlichen Direktoriums des Instituts für Europäische Politik, Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Paris-Bruxelles. Comment se fait la politique européenne de la France, Paris 1993; (Mitautor) L'Union européenne: ouverture à l'Est?, Paris 1994.

Marieluise Christadler, Dr. phil., geb. 1934; Hochschullehrerin an der Gerhard Mercator-Universität – Gesamthochschule – Duisburg im Fach Politische Wissenschaft.

Veröffentlichungen u. a.: Literarische Mobilmachung in Deutschland und Frankreich vor 1914, Frankfurt a. M. 1979; Die geteilte Utopie. Sozialisten in Frankreich und Deutschland, Opladen 1985; (Hrsg. zus. mit Florence Hervé) Bewegte Jahre – Frankreichs Frauen, Düsseldorf 1994.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen: Chancen und Grenzen des Wandels

---

## I. Eine Wahl im Zeichen der Krise

---

Mit der Wahl von Jacques Chirac hat eine neue politische Ära begonnen, während die vierzehnjährige Regentschaft François Mitterrands und eine insgesamt zehnjährige Phase sozialistischer Regierungsverantwortung ihren Abschluß gefunden hat. Der bereits mit dem überragenden Erfolg der bürgerlichen Parteien bei den Parlamentswahlen vom März 1993 eingeleitete Machtwechsel ist nunmehr perfekt: Die in Frankreich doppelköpfige Exekutive, die sowohl auf einer parlamentarischen als auch auf einer präsidentiellen Legitimation durch Wahlen beruht, ist wieder politisch homogen zusammengesetzt.

### 1. Neue Konturen der Macht

Die neuen Machtverhältnisse sind auf den ersten Blick eindeutiger denn je zuvor. Die Balance zwischen der Linken und der Rechten hat sich in den neunziger Jahren deutlich zugunsten der Rechten verschoben. Diese erreichte im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 60 Prozent der Stimmen (unter Einschluß des rechtsextremen Front National) und im zweiten Wahlgang knapp 53 Prozent. Damit stellt die Rechte nicht nur den Staatspräsidenten für die kommenden sieben Jahre; sie hat auch in der bis 1998 gewählten Nationalversammlung eine solide Vierfünftel-Mehrheit mit 449 von 577 Abgeordneten (davon zählen 242 zum neogaullistischen Rassemblement pour la République, RPR, und 207 zur konservativ-liberalen Sammlungsbewegung Union pour la Démocratie Française, UDF). Auch die zweite Kammer, der Senat, ist seit jeher fest in der Hand der bürgerlichen Parteien<sup>1</sup>. In den Gebietskörperschaften beherrschen RPR und UDF 71 von 95 Departements und 20 von 22 Regionen. Lediglich in den Gemeinden ist die Situation ausgeglichener; hier stellen die

Rechtsparteien nur knapp die Hälfte der Bürgermeister in den größeren Städten<sup>2</sup>.

Innerhalb der Rechten ergibt sich ein deutliches Übergewicht des neogaullistischen RPR, der mit Abstand am besten organisierten politischen Formation im bürgerlichen Lager. Sie hält mit dem Präsidenten und dem Premierminister die Schlüsselpositionen der neuen Regierungsgewalt in Frankreich. Bezeichnend für die Schwäche der heterogenen, aus verschiedenen, meist wenig organisierten Parteien zusammengesetzten UDF ist die Tatsache, daß sie über keinen eigenen aussichtsreichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl verfügte und sich auf die Unterstützung eines der beiden RPR-Kandidaten Balladur und Chirac beschränken mußte.

Indes ist die neue präsidentielle Mehrheit alles andere als homogen. Gegensätze zwischen Wirtschaftsliberalen und Staatsinterventionisten, zwischen Anhängern einer klassischen Stabilitätspolitik und einer verstärkten Wachstumsförderung, zwischen den Verfechtern einer Währungspolitik des „starken Franc“ und einer mehr binnenwirtschaftlich orientierten Strategie, zwischen Befürwortern und Gegnern des Maastricht-Vertrages über die Europäische Union durchziehen beide Regierungsparteien, vor allem aber die Partei des Präsidenten. Diese Gegensätze sind seit Beginn der neunziger Jahre wiederholt aufgebrochen und dürften die Politik des neuen Präsidenten von Anfang an begleiten<sup>3</sup>.

Die Linke hat zwar durch das unerwartet gute Abschneiden des Sozialisten Lionel Jospin einigen Auftrieb erfahren. Dennoch ist sie insgesamt geschwächt und zudem zersplittert. Während die Kommunistische Partei sich offensichtlich auf einem Niveau von acht bis elf Prozent der Wähler-

---

2 Auch nach den Kommunalwahlen vom 11. und 18. Juni 1995 hat sich diese Verteilung nur unwesentlich verändert. Die regierenden Rechtsparteien stellen nunmehr 191 der Bürgermeister in Städten über 20 000 Einwohnern, die Linke 194. Vgl. *Le Monde* vom 21. Juni 1995, S. 11.

3 Vgl. zu den Gegensätzen Henrik Uterwedde, *Eine neue Wirtschaftspolitik für Frankreich nach der Wahl? Programme und Widersprüche der Rechtsparteien*, in: *Dokumente*, (1993) 1, S. 10–16.

---

1 Hier stellen UDF (117 Sitze) und RPR (88) knapp zwei Drittel der 321 Senatoren gegenüber 67 Sozialisten und 15 Kommunisten. Vgl. *Frankreich-Jahrbuch 1992*, Opladen 1992, S. 242.

stimmen (dies bedeutet eine Halbierung gegenüber ihren Ergebnissen bis Anfang der achtziger Jahre) halten kann, verzeichneten die im vergangenen Jahrzehnt als Regierungspartei noch dominierenden Sozialisten bei den Parlamentswahlen von 1993 und den Europawahlen 1994 empfindliche Einbußen, die die internen Richtungskämpfe erneut aufleben ließen. Ihre notwendige personelle und inhaltliche Erneuerung steckt noch in den Anfängen. Ihr Erfolg wird unter anderem davon abhängen, ob Lionel Jospin – der seine Kandidatur gegen den Willen der amtierenden Parteiführung nur durch eine Mitglieder-Urwahl durchsetzen konnte – die Dynamik seines relativ erfolgreichen Präsidentschaftswahlkampfes nutzen kann, um eine moderne Partei sozialdemokratischen Zuschnitts zu schaffen.

## 2. Abkehr von der Politik?

Über die Klärung der Machtverhältnisse hinaus geben die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 23. 4. 1995 und 7. 5. 1995 Aufschluß über die politische Landschaft, innerhalb derer sich der neue Präsident bewegen wird, sowie über die Befindlichkeit der Gesellschaft und ihre – durchaus widersprüchlichen – Ängste, Werte und Erwartungen.

Zum ersten hat sich die seit einigen Jahren zu beobachtende Entfremdung einer wachsenden Zahl von Wählern gegenüber der Politik im allgemeinen und den etablierten Parteien im besonderen fortgesetzt<sup>4</sup>. Dies zeigt sich in der Wahlenthaltung, die in keiner Präsidentschaftswahl (mit Ausnahme von 1969) so hoch war wie 1995: 21,6 Prozent im ersten, 20,3 Prozent im zweiten Wahlgang. Dazu kommt noch der Anteil ungültiger und weißer Stimmzettel, der mit 6 Prozent im zweiten Wahlgang 1995 einen neuen Rekord erreicht hat. Schließlich hat auch die Zahl derjenigen Franzosen zugenommen, die sich gar nicht in die Wählerlisten eintragen lassen und somit aus den Wahlstatistiken völlig herausfallen: 1995 waren dies rund drei Millionen Personen, das entspricht 7 Prozent der potentiellen Wählerschaft (1981: 3,5 Prozent, 1988: 5,5 Prozent). Kumuliert man alle diese Formen der Nichtbeteiligung, so erreicht sie im ersten Wahlgang 1995 geschätzte 28 Prozent (gegenüber 22,5 Prozent bei der Präsidentschaftswahl 1988)<sup>5</sup>.

4 Vgl. dazu auch Roland Cayrol, *Le grand malentendu*, Paris 1994.

5 Die Enthaltung ist traditionell im ersten Wahlgang höher als im zweiten. 1974 betrug sie 15,8 Prozent bzw. 12,7 Prozent, 1981 lag sie bei 18,9 Prozent und 14,1 Prozent, 1988 bei 18,6 Prozent und 16 Prozent. Der Anteil der ungültigen und

Zum zweiten hat das Vertrauen der Wähler in die „etablierten“ Parteien der Linken und der Rechten, die in den vergangenen Jahren Regierungsverantwortung getragen haben, deutlich abgenommen: Nur 62 Prozent der Wähler stimmten im ersten Wahlgang für die drei Kandidaten Jospin, Chirac und Balladur. Knapp 38 Prozent wandten sich peripheren Kandidaten zu, davon allein 14 Prozent den linken (8,6 Prozent für den Kommunisten Robert Hue, 5,3 Prozent für die trotzkistische Dauerkandidatin Arlette Laguiller) und 20 Prozent den rechtskonservativen (Philippe de Villiers: 4,8 Prozent) bzw. rechtsextremistischen Protestkandidaten (Jean-Marie Le Pen: 15,1 Prozent).

Dabei ist vor allem der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg des rechtsextremistischen Front National bemerkenswert, der zum ersten Mal bei einer nationalen Wahl die 15-Prozent-Grenze überschritten hat. In seinen Hochburgen – überwiegend die Ballungsgebiete im Norden, Osten, Südosten und dem Mittelmeerraum – ist er deutlich stärker und mit Ergebnissen über 20 Prozent teilweise die stärkste politische Formation geworden<sup>6</sup>. Wenngleich der Front National bis auf wenige Ausnahmen politisch weiterhin isoliert bleibt, hat er sich doch in vielen Gebieten fest verankern können, was die jüngsten Kommunalwahlen erneut gezeigt haben<sup>7</sup>.

Bemerkenswert ist ferner, daß die Abkehr von den etablierten Parteien deutlichen sozialen Mustern folgt: Während bessergestellte soziale Gruppen – wie die höheren Führungskräfte (20 Prozent) und die freien Berufe (23 Prozent) – nur wenig Neigung zu den vier extremistischen bzw. den Protestkandidaten zeigten, waren es 53 Prozent der Arbeiter, 49 Prozent der Arbeitslosen und 42 Prozent der einfachen Angestellten – diejenigen sozialen Schichten also, die unter der gegenwärtigen sozialen Krise am meisten leiden. Unter den Arbeitern

weißen Stimmzettel (blancs et nuls) stieg ebenfalls seit 1974 (1,3 Prozent) stetig an. Zahlen nach *L'élection présidentielle, 23 avril – 7 mai 1995. Dossiers et documents du Monde, numéro spécial, Mai 1995, S. 39, 62.*

6 So in den elsässischen bzw. lothringischen Départements Bas-Rhin (25,8 Prozent), Haut-Rhin (24,8 Prozent), Moselle (23,8 Prozent) sowie im Großraum um Marseille Vaucluse (23,1 Prozent), Var (22,4 Prozent) und Bouches-du-Rhône (21,4 Prozent). Vgl. *L'élection présidentielle (Anm. 5), S. 43f.*

7 Der Front National hat am 11. 6. 1995 seine Kommunalwahlergebnisse in den Städten gegenüber 1989 deutlich verbessert, in einer Reihe von Kommunen Ergebnisse über 30 Prozent erzielt und am 18. 6. 1995 mit Toulon (170 000 Einw.), Marignane und Orange erstmals drei Städte über 30 000 Einwohner erobern können. Vgl. Jérôme Jaffré, 1995, *année faste pour le front national*, in: *Le Monde* vom 17. Juni 1995, S. 1, 15.

**Tabelle: Präsidentschaftswahl vom 23. 4. und 7. 5. 1995**

	1. Wahlgang (23. 4. 1995)		2. Wahlgang (7. 5. 1995)	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Wahlberechtigte	39 992 912	100	39 976 944	100
Abgegebene Stimmen	31 345 794	78,38	31 845 819	79,67
Gültige Stimmen	30 462 633	75,56	29 943 671	73,70
Jacques Chirac	6 348 375	20,84	15 763 027	52,64
Lionel Jospin	7 097 786	23,30	14 180 644	47,36
Edouard Balladur	5 658 796	18,58		
Jean-Marie Le Pen	4 570 838	15,00		
Robert Hue	2 632 460	8,64		
Arlette Laguiller	1 615 552	5,30		
Philippe de Villiers	1 443 186	4,74		
Dominique Voynet	1 010 681	3,32		
Jacques Cheminade	86 959	0,28		

Quellen: Le Monde vom 28. 4. 1995, S. 10, und vom 16. 5. 1995, S. 11 (Zahlen des Conseil constitutionnel).

hat beispielsweise Front-National-Chef Le Pen im ersten Wahlgang mit 30 Prozent die meisten Stimmen erringen können.

Ein ähnlich markantes, sozial bestimmtes Wählerverhalten war erstmals beim Referendum über den Vertrag von Maastricht im September 1992 aufgetreten, als sich fast die Hälfte der Wähler, überwiegend aber Angehörige einfacher sozialer Schichten gegen den Vertrag über die Europäische Union ausgesprochen hatten<sup>8</sup>. So verwundert auch nicht, daß 52 Prozent der Maastricht-Gegner, aber nur 19 Prozent der Maastricht-Befürworter von 1992 drei Jahre später ihre Stimme den Protestkandidaten gaben<sup>9</sup>.

### 3. Eine „Krisenwahl“

In dieser starken Fragmentierung der Wählerschaft und ihrer sozialspezifischen Ausprägung spiegeln sich tiefe Brüche und Krisenerscheinungen in der französischen Gesellschaft wider: Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und die Gefahr sozialer Ausgrenzung wachsender Bevölkerungsschichten gehen einher mit einem Verlust sozialer Bindungen und Orientierungen. Angesichts der weitgehenden Ratlosigkeit linker wie rechter Regierungen gegenüber der sozialen Krise hat sich

ein Gefühl der Ohnmacht und Resignation ausgebreitet, das – sicherlich mehr noch als die in den achtziger Jahren vervielfachten Skandale und Korruptionsaffären – die Entfremdung zwischen einem wachsenden Teil der Bevölkerung und der politischen Klasse befördert hat. Es ist kein Zufall, daß gerade diejenigen Bevölkerungsschichten, die die Hauptlast der Krise tragen, sich am stärksten von den tradierten Parteien abgewendet haben.

Insofern „kann man zum ersten Mal in der Geschichte der V. Republik von einer wirklichen Krisenwahl sprechen. Die soziale Krise, die Malaise zahlreicher einfacher Bevölkerungsschichten, der Verlust der Maßstäbe haben sich in dieser Wahl in extrem lebhafter Form ausgedrückt...“<sup>10</sup> Gleichzeitig ist aber auch zum ersten Mal bei einer herausragenden politischen Wahl diese Krise von nahezu allen politischen Kräften thematisiert und in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt worden. Damit ist die Problematik einer drohenden Gesellschaftsspaltung und Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsschichten in einer bislang unerreichten Eindringlichkeit und Dramatik von führenden Politikern nahezu aller Parteien diskutiert worden.

Es war in erster Linie Jacques Chirac, der die Gefahr einer Gesellschaftsspaltung, eines „sozialen Bruchs“ (fracture sociale), konsequent in den

<sup>8</sup> Vgl. Olivier Duhamel/Gérard Grunberg, Les dix France, in: SOFRES (Hrsg.), L'état de l'opinion 1993, Paris 1993.

<sup>9</sup> Zahlen nach der Nachwahluntersuchung des Ifop-Institutes, vgl. Libération vom 25. April 1995, S. 8. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das BVA-Institut; vgl. Le Monde vom 25. April 1995, S. 10.

<sup>10</sup> So der Direktor des Forschungszentrums CEVIPOF (Centre d'étude de la vie politique française), Pascal Perrineau: „Le vote du 23 avril permet de parler d'une vraie élection de crise“, Le Monde vom 26. April 1995, S. 10.

Mittelpunkt seiner Wahlaussagen stellte und erfolgreich zu einem beherrschenden Thema des Präsidentschaftswahlkampfes machte. Davon ausgehend hat er sich für eine „Erneuerung des Denkens und des Handelns“ ausgesprochen sowie einen tiefgreifenden Wandel und eine neue Logik der Wirtschafts- und Sozialpolitik angekündigt, in deren Mittelpunkt der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung stehen soll<sup>11</sup>. Damit traf Chirac offensichtlich die Stimmungslage und Erwartungen der Wähler am besten und konnte sich nebenbei sowohl vom Erbe der sozialistischen Regierungen als auch von der Politik seines Rivalen aus den eigenen Reihen, Premierminister Balladur, distanzieren. Der Wunsch nach Veränderungen und Reformen war für 65 Prozent der Chirac-Wähler Hauptmotiv für ihre Entscheidung. Nachwahluntersuchungen bestätigen, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit für 92 Prozent der Wähler absolute Priorität besitzt<sup>12</sup>.

---

## II. Der Ruf nach einem „Wandel“

---

Der vom neuen Präsidenten in Aussicht gestellte Wandel ist mehr als ein rhetorisch im Wahlkampf proklamierter Abschied von „14 Jahren Sozialismus“. Er ist als Reaktion auf eine Reihe tiefgreifender, teilweise krisenhafter Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit den achtziger Jahren zu sehen. Demgegenüber hat Chirac eine grundlegende Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik proklamiert, die nicht nur die insgesamt zehnjährige Regierungspolitik der Sozialisten (1981–1986 und 1988–1993) in Frage stellt, sondern auch den Kurs der von den Rechtsparteien gestellten Cohabitations-Regierungen Chirac (1986–1988) und Balladur (1993–1995). Denn die seit der 1983 vollzogenen wirtschaftspolitischen Wende der sozialistischen Regierung verfolgte Wirtschafts- und Sozialpolitik Frankreichs ist in ihren Grundzügen von allen seitherigen Regierungen weiter verfolgt worden; sie konnte sich jahrelang auf einen weitgehenden, parteiübergreifenden politischen Konsens stützen.

---

11 Vgl. Jacques Chirac, *Une nouvelle France*, Paris 1994, S. 138; ders., *La France pour tous*, Paris 1995. Beide Schriften fassen die programmatischen Überlegungen des neuen Präsidenten gut zusammen.

12 Ferner werden genannt: soziale Sicherung (55 Prozent), Einwanderungspolitik (38 Prozent), Kampf gegen soziale Ausgrenzung (37 Prozent) sowie weitere fünf Themen. Vgl. Nachwahluntersuchung des SOFRES-Instituts, nach: *Le Monde* vom 11. Mai 1995, S. 9.

## 1. Zwiespältiges Erbe der Ära Mitterrand

Diese Politik orientierte sich vorrangig am Ziel der Preisstabilität, der marktwirtschaftlichen Struktur-anpassung, der ordnungspolitischen Liberalisierung und an einem „starken Franc“ innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS). Sie ordnete ihre binnenwirtschaftlichen Ziele weitgehend den außenwirtschaftlichen Zwängen und währungspolitischen Einbindungen unter, was insbesondere die Möglichkeiten für die nationale Wachstumspolitik einengte. Zusätzlich vergrößerte der von Frankreich maßgeblich mitbetriebene Ausbau des EG-Binnenmarktes (1986–1993) die europäischen Anpassungszwänge und trieb insbesondere den Abbau staatlicher Reglementierungen voran. Der ordnungspolitische Rückzug des Staates wurde ferner ab 1986 mit den Reprivatisierungen vorangetrieben.

Diese Politik hat eine Reihe von Erfolgen aufzuweisen: Ihr ist es gelungen, die bis Anfang der achtziger Jahre aus den Fugen geratenen binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichte wiederherzustellen. Das Vertrauen in die Stabilität des Franc konnte wiederhergestellt werden. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Exportwirtschaft wurde ebenso nachhaltig verbessert wie die unternehmerischen Finanzierungsspielräume und Rahmenbedingungen. Allerdings ist diese unbestreitbare Erneuerung und marktwirtschaftliche Neuorientierung der Wirtschaft noch un abgeschlossen und in sich widersprüchlich<sup>13</sup>. Zudem wurde sie nur um den Preis wachsender sozialer Verwerfungen erreicht.

Die Massenarbeitslosigkeit hat mit 3,2 Millionen (12 Prozent) ein Niveau erreicht, das von den großen Staaten der Europäischen Union nur noch von Spanien übertroffen wird. Frankreich ist auch das europäische Land, in dem die Arbeitslosigkeit seit Ende der achtziger Jahre am stärksten angestiegen ist. Zusätzlich befinden sich 1,4 Millionen Menschen (5,3 Prozent) in ungesicherten, „prekären“ Arbeitsverhältnissen. Damit ist fast jeder fünfte Franzose von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen. Herkömmliche Strukturen der sozialen Ungleichheit werden dadurch verfestigt, daß bestimmte Gruppen (Frauen, Ausländer, junge und wenig qualifizierte Arbeitnehmer sowie auch Arbeiter und einfache Angestellte) deutlich überdurchschnittlich betroffen sind.

---

13 Vgl. Henrik Uterwedde, *Französische Wirtschaftspolitik in den neunziger Jahren. Veränderte Rahmenbedingungen und neue Handlungsansätze*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32/93, S. 3–9.

Langzeitarbeitslosigkeit, massive Probleme der beruflichen Ersteingliederung von Jugendlichen sowie der Zerfall traditioneller Sozialbindungen haben Verarmungsprozesse ausgelöst, die mittlerweile schätzungsweise fünf Millionen Menschen erfaßt haben<sup>14</sup>. Besonders augenfällig ist die soziale Krise in den städtischen Ballungszentren, vor allem in zahlreichen Trabanten- und Vorstadtsiedlungen, wo die geschilderten Probleme konzentriert auftreten und sich wiederholt in Form gewalttätiger Konflikte entladen<sup>15</sup>.

Die Politik der vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich trotz vielfacher Ansätze – etwa in der Arbeitsmarktpolitik, der Stadtentwicklungspolitik oder der Armutsbekämpfung – dieser Entwicklung gegenüber weitgehend als hilflos erwiesen. Weder die Sozialisten noch, in den zwei Cohabitationsphasen 1986–1988 und 1991–1993, die bürgerlichen Parteien konnten die scheinbar unaufhaltbare Krisenspirale umkehren<sup>16</sup>. Damit verbreitete die Politik zunehmend ein Bild der Ratlosigkeit, ja der Resignation gegenüber diesem schleichenden Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts, was in einem gewissen Gegensatz zu der unerbittlichen Konsequenz ihrer Stabilitäts- und Währungspolitik des „starken Franc“ stand.

Zur Desorientierung der Bevölkerung trug weiterhin bei, daß mit den umfassenden Deregulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen der achtziger Jahre ein Abbau des tradierten französischen Interventionsstaates vollzogen wurde, der die Nachkriegsjahrzehnte nachhaltig geprägt hatte. Die Notwendigkeit eines grundlegenden Umbaus der bisherigen Interventionsmuster ist mittlerweile unbestritten; allerdings gestaltet sich die Suche nach einem neuen, tragfähigen wirtschaftlich-sozialen Entwicklungsmodell und nach einer neuen Rolle des Staates erratisch und widersprüchlich<sup>17</sup>.

## 2. Wirtschaftspolitische Kontroversen

Das offensichtliche Scheitern der Bemühungen der linken, aber auch rechten Regierungen, die wirtschaftliche und die soziale Modernisierung gleich-

gewichtig voranzutreiben, hat in den vergangenen Jahren verstärkte Zweifel an dem seit 1983 verfolgten Kurs genährt. Stein des Anstoßes waren vor allem die von Regierung und Experten wiederholt herausgestellten europäischen Einbindungen und Anpassungszwänge. Der Spielraum für eine nationale französische Wachstums- und Beschäftigungspolitik fand sich durch die Teilnahme am Europäischen Währungssystem und durch das Ziel der Europäischen Währungsunion gleich in mehrfacher Weise eingeengt.

Vor diesem Hintergrund formierten sich zunächst auf der Linken (die Kommunistische Partei sowie innerhalb der Sozialisten der Parteiflügel um Jean-Pierre Chevènement) und in den vergangenen Jahren vor allem auf der Rechten (mit Parlamentspräsident Philippe Séguin und dem früheren Innenminister Charles Pasqua als Wortführern) die Vertreter einer „anderen Politik“. Sie geißelten die Selbstfesselung einer Wirtschaftspolitik, die sich mit ihrem Kurs des „starken Franc“ de facto der Deutschen Bundesbank unterordne und eigenständige Gestaltungsspielräume unnötig beschneide, die mit ihren deflationären Wirkungen die französische Wirtschaft lähme und damit die soziale Krise verschärfe<sup>18</sup>.

Die Stoßrichtung dieser Kritik ist eine doppelte: Es geht zum einen um eine „andere“, stärker wachstumsbetonte Wirtschaftspolitik, um mehr Spielraum für Beschäftigung und die Überwindung der sozialen Krise zu gewinnen. Zum anderen aber geht es, über die Wirtschaftspolitik hinaus, um den Erhalt bzw. die Rückgewinnung des Gestaltungsspielraums der nationalen Politik angesichts einer fortschreitenden Internationalisierung und Europäisierung<sup>19</sup>.

Der Kampf gegen den Vertrag von Maastricht im Herbst 1992 verband in idealer Weise beide Elemente (Bedrohung der nationalen Souveränität; Ziel der Europäischen Währungsunion mit ihren harten stabilitäts- und haushaltspolitischen Konvergenzkriterien). Auch nach dem knappen Scheitern der Maastricht-Gegner setzten sich die Auseinandersetzungen um eine Erneuerung der Wirtschaftspolitik fort und verstärkten sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 1995. Aus den

14 Vgl. dazu die beiden Dossiers der Zeitschrift *Alternatives économiques*, Les chiffres de l'économie et de la société, Sonderheft 22, 1994, und Spécial emploi, Sonderheft 21, 1994; ferner *La France et son chômage*, in: *Esprit*, (Aug.–Sept. 1994) 204, S. 5–79.

15 Zur Misere der Städte vgl. den Themenschwerpunkt „Stadt und Gesellschaft“ im *Frankreich-Jahrbuch 1993*, Opladen 1993, S. 41–130.

16 Vgl. Henrik Uterwedde, *Frankreich 1993–94: Bruchlinien und Ungewißheiten am Ende der Ära Mitterrand*, in: *Frankreich-Jahrbuch 1994*, Opladen 1995, S. 11–32.

17 Vgl. ebd., S. 20–25.

18 Zu den Vorstellungen einer „anderen“ Politik vgl. Gérard Moatti/Henri Gibier, *Y a-t-il une autre politique?*, in: *L'Expansion* vom 5./18. Mai 1994, S. 44–50.

19 Vgl. dazu Gilbert Ziebur, *Europäische Union und Gesellschaft*, in: Oliver Thränert (Hrsg.), *Europäische Union und Europa*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1994, S. 13–27; ders., *Frankreich nach der vierten Alternance. Ein Ende der Geschichte à la française?*, in: *Lendemains*, (1993) 69/70, S. 260–269.

Reihen Séguins und Pasquas begann eine Kritik des „Einheitsdenkens“ (*pensée unique*), mit dem die seit 1983 vorherrschende wirtschaftspolitische Doktrin, vor allem ihre europäisch-liberale Logik, ihr elitärer und technokratischer Charakter sowie ihre Ausrichtung an ökonomischen Kennziffern statt an den realen Problemen der Menschen, angegriffen wurde<sup>20</sup>.

Einer der Hauptvertreter des so angegriffenen „Einheitsdenkens“ ist Alain Minc. Als Vorsitzender einer von Premierminister Balladur eingesetzten Arbeitsgruppe im Rahmen der *Planification* hatte er im November 1994 einen Bericht vorgelegt, der die Möglichkeit einer alternativen Politik verneinte und davor warnte, zu glauben, Frankreich könne sich den europäischen Einbindungen und Anpassungszwängen entziehen: „Angesichts der Herausforderungen der kommenden Jahre... kann Frankreich das Gewicht der Anpassungszwänge nur durch die Glaubwürdigkeit gegenüber den Märkten erleichtern, insbesondere durch den unwiderruflichen Charakter der Entscheidung für eine stabile Währung und damit durch die Verringerung der öffentlichen Defizite.“<sup>21</sup> Folglich spricht sich Minc für das Festhalten an der europäisch orientierten Wirtschafts- und Währungspolitik aus und plädiert für weitgehende Strukturanpassungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: So soll in der Sozialstaatspolitik das bisher maßgebliche Gleichheitsprinzip zugunsten eines Gerechtigkeitsprinzips aufgegeben werden; der interventionistische Staat soll einem regulierenden, „strategischen“ Staat Platz machen.

Eine Art Kontrastprogramm dazu entwickelte ein im März 1995 veröffentlichtes, viel beachtetes Buch des Präsidenten des Wirtschaftsforschungsinstituts OFCE (*Observatoire Français des Conjonctures Economiques*), Jean-Paul Fitoussi. Unter dem bezeichnenden Titel „Die verbotene Debatte“ unternimmt Fitoussi den Versuch, die seiner Ansicht nach falsche Alternative zwischen der bisherigen Wirtschafts- und Währungspolitik und der „anderen Politik“ zu überwinden<sup>22</sup>. Er wirft der bisher verfolgten Politik Eindimensionalität vor, weil sie in ihrer Fixierung auf die Franc-DM-

Parität vitale ökonomische und soziale Zielsetzungen sträflich vernachlässigt habe: „Kann eine Währung stark sein, wenn die Wirtschaft und die Gesellschaft... Ungleichheiten aufweisen? Kann sich die Stärke einer Währung aus den Brüchen einer Gesellschaft, aus der Arbeitslosigkeit, der sozialen Ausgrenzung, der Armut nähren?“<sup>23</sup>

Fitoussi plädiert für eine einheitliche europäische Währung, aber auch für eine stärker nachfrage- und wachstumsorientierte Politik, weil ein ausreichendes Wachstum die notwendige Voraussetzung für eine Rückkehr zum Haushaltsgleichgewicht und für eine dauerhaft stabile Währung sei. Oberstes Ziel müsse der politische Wille sein, „die Wirtschaftspolitik in den Dienst der Beschäftigung zu stellen“ und „feierlich die Rückkehr zur natürlichen Hierarchie der wirtschaftspolitischen Ziele, d.h. die absolute Priorität der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, anzukündigen“<sup>24</sup>.

Minc und Fitoussi können stellvertretend für die beiden Hauptströmungen der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte in Frankreich stehen: Hier ein Konzept liberaler Anpassung an die Anpassungszwänge, die von der europäischen Integration und den internationalen Märkten ausgehen; dort ein Konzept der Rückgewinnung von Spielräumen für Wachstums- und Beschäftigungspolitik (bei grundsätzlicher Bejahung der internationalen Einbindungen). Dabei ist es bezeichnend für den Klimawechsel, daß – nach jahrelanger Dominanz der „euro-liberalen“ Thesen à la Minc – sich nunmehr eine Strömung in den Vordergrund drängt, die einen seriösen, nicht demagogischen Weg aus der Krise sucht.

Dies ist nicht zuletzt auf den neuen Präsidenten zurückzuführen, der sich die Kritik des „Einheitsdenkens“ und die Thesen der „anderen Politik“ weitgehend zu eigen gemacht und einen neuen, voluntaristischen Ansatz zur Überwindung der sozialen Krise proklamiert hat.

---

### III. Begrenzte Spielräume

---

Gewählt im Zeichen des „Wandels“, hat Jacques Chirac keinen Zweifel daran gelassen, daß er einen neuen politischen Ansatz verfolgt, der der Überwindung von Massenarbeitslosigkeit und Verarmung absolute Priorität zuschreibt. So prokla-

20 Vgl. Henri Guaino, *Anatomie de la pensée unique*, in: *Le Monde* vom 18. April 1995, S. 10; ders., *L'homme qui souffle le vent de l'autre politique*, in: *Le Nouvel Economiste*, Nr. 994 vom 28. April 1995, S. 27.

21 *La France de l'an 2000*, Rapport au Premier ministre de la commission présidée par Alain Minc, Paris 1994, S. 31.

22 Vgl. Jean-Paul Fitoussi, *Le débat interdit*, Paris 1995. Vgl. auch die Diskussion zwischen beiden Autoren über die ersten Schritte der Regierung Juppé: Fitoussi-Minc: *Le débat possible*, in: *Le Nouvel Economiste*, Nr. 999 vom 2. Juni 1995, S. 62–65.

23 Ebd., S. 9.

24 Ebd., S. 299.



mierte der neue Premierminister Alain Juppé in seiner Regierungserklärung vor der Nationalversammlung, sein Programm bestehe „in einem einzigen Wort: Arbeit“<sup>25</sup>. Für den Präsidenten ist dies die Grundvoraussetzung für die Erneuerung des „republikanischen Paktes“ zwischen Staat und Bürgern, dessen zentrale Werte in der Chancengleichheit, der Solidarität, der Toleranz und im Patriotismus liegen. Es geht ihm damit auch um die Rehabilitierung der Politik und ihrer Gestaltungsfähigkeit gegenüber anonymen „Sachzwängen“ und selbsternannten Technokraten<sup>26</sup>. Letztlich geht es um die Wiederherstellung des aus den Fugen geratenen Gleichgewichts zwischen ökonomischen Zwängen und politischem Gestaltungswillen, zwischen europäisch-internationalen Einbindungen und nationalem Handlungsspielraum, zwischen ökonomischer und sozialer Ratio<sup>27</sup>.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung haben entsprechende Akzente gesetzt<sup>28</sup>. Ein interministerieller Ausschuss für Beschäftigung unter der Leitung eines Staatssekretärs wurde gebildet, der alle beschäftigungswirksamen Maßnahmen sämtlicher staatlichen Ebenen koordinieren soll. Die Präfekten wurden angehalten, die lokalen, departementalen und regionalen Akteure zu mobilisieren. Zwei beschäftigungspolitische Programme wurden aufgelegt: Eine zweijährige vollständige Befreiung von den Arbeitgeberabgaben zur Sozialversicherung und eine monatliche Prämie in Höhe von 2 000 Francs sollen Unternehmen zur Einstellung von Langzeit-Arbeitslosen anreizen (Contrat initiative-emploi). Die berufliche Eingliederung von Jugendlichen, die eine praktische, berufsqualifizierende Ausbildung hinter sich haben, soll durch die Schaffung von Eingliederungs-Arbeitsverträgen und entsprechende finanzielle Hilfen an die Unternehmen gefördert werden (Contrat d'accès à l'emploi). Ferner werden denjenigen Klein- und Mittelunternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, Ermäßigungen der Sozialversicherungslasten in Aussicht gestellt.

Längerfristig der Beschäftigungsförderung dienen soll auch die für den Herbst angekündigte Steuer- und Abgabenreform, deren Eckpunkte die Senkung der Soziallasten im Bereich der

Niedriglöhne, die Übernahme bestimmter Finanzierungslasten der Sozialversicherung durch den Staatshaushalt und eine Senkung der Einkommensteuerbelastung darstellen.

Im Bereich der Armutsbekämpfung wurde ein Dringlichkeitsprogramm zum Bau neuer Sozialwohnungen für bedürftige Bevölkerungsschichten beschlossen; eine Reform der Wohnungsbauförderung mit dem Schwerpunkt der Eigentumsförderung wurde für den Herbst versprochen. Ein „nationales Programm für die städtische Integration“ soll in problembelasteten städtischen Wohnvierteln die wirtschaftliche und soziale Lage mit Hilfe von Ausnahmeregelungen verbessern helfen. Schließlich wurde für den Herbst ein Pflegegeld für pflegebedürftige ältere Personen (allocation dépendance) angekündigt.

Die Anhebung der Altersrenten und des staatlich festgelegten, branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohnes SMIC (Salaire minimum interprofessionnel de croissance) hatte ebenfalls das Ziel, den neuen Kurs zu symbolisieren, der auch auf die Stärkung der Nachfrage der Masseneinkommen setzt, um den Wirtschaftsaufschwung zu stützen. In diesem Sinne hatte Chirac schon zu Beginn des Jahres die gewerkschaftlichen Forderungen nach Lohnerhöhungen unterstützt.

Die sich abzeichnende Politik überzeugt mehr durch ihren neuen Elan und Voluntarismus als durch ihre teils widersprüchliche, teils wenig innovative inhaltliche Ausrichtung<sup>29</sup>. Sie steht überdies vor äußerst schwierigen Zielkonflikten: Die haushaltspolitischen Spielräume sind angesichts eines öffentlichen Schuldenstandes von gut 3 000 Mrd. Francs und einer Neuverschuldung in diesem Jahr in Höhe von über 300 Mrd. Francs äußerst begrenzt<sup>30</sup>. Die Reduzierung der öffentlichen Haushaltsdefizite ist damit eine zwingende Priorität für die Regierung, während das ehrgeizige Wachstums- und Beschäftigungsprogramm im Gegenteil erhebliche Mehrausgaben verlangt. Die Gegenfinanzierung durch Mehreinnahmen aus der Wachstumsbelebung, den Privatisierungserlösen (jährlich ca. 55 Mrd. Francs) und der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18,6 Prozent auf 20,6 Prozent wird nicht ausreichen.

25 Zitiert nach Le Monde vom 25. Mai 1995, S. 7.

26 Vgl. J. Chirac, La France pour tous (Anm. 11), S. 33ff.

27 Die Ähnlichkeit mit den Zielsetzungen der Linken vor dem Machtwechsel 1981 ist auffallend. Vgl. Henrik Uterwedde, Die Wirtschaftspolitik der Linken in Frankreich, Frankfurt a. M. – New York 1988, S. 61ff.

28 Vgl. zum folgenden die Regierungserklärung von Premierminister Juppé und die Analysen und Kommentare in Le Monde vom 25. Mai 1995, S. 6–14.

29 Vgl. Corinne Lhaik, Trois clefs pour l'emploi, in: L'Express, Nr. 2291 vom 8. Juni 1995, S. 16f.

30 Dies entspricht ca. 5,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, während das Kriterium für den Eintritt in die Europäische Währungsunion bei 3 Prozent liegt. Vgl. dazu Et maintenant, où trouver l'argent?, in: L'Expansion, Nr. 502 vom 29. Mai/11. Juni 1995, S. 40–46; Le Monde vom 18./19. Juni 1995, S. 5.

Chirac und Juppé haben mehrfach bekräftigt, am bisherigen Kurs der Währungspolitik (Stabilität des Franc innerhalb des EWS, Teilnahme an der Europäischen Währungsunion 1999) festzuhalten, und allen Spekulationen etwa auf eine Franc-Abwertung eine Absage erteilt<sup>31</sup>. Angesichts der hohen Staatsverschuldung und der unklaren Finanzierungsgrundlage der neuen Wachstums- und Beschäftigungspolitik wird die Tragfähigkeit dieser Politik von den Finanzmärkten aber teilweise angezweifelt, was den Franc unter Druck bringen – und die Verantwortlichen in Paris zum Handeln zwingen könnte<sup>32</sup>. In diesem Zusammenhang sind

31 So erklärte Chirac bei seinem Treffen mit Bundeskanzler Kohl in Straßburg am 18. 5. 1995: „Unser Wille ist es, daß die Verpflichtungen im Rahmen des Vertrages von Maastricht eingehalten werden... Eine Wirtschafts- und Währungspolitik, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten würde, kommt für Frankreich nicht in Frage.“ Le Monde vom 20. Mai 1995, S. 2.

32 Vgl. La politique économique sous la surveillance des marchés, in: Le Monde vom 13. Mai 1995, S. 1, 18.

schon im Vorfeld der Wahlen die kurzfristigen Zinssätze auf ein Niveau gestiegen, das um drei Prozentpunkte über dem in Deutschland und um fünf Punkte über der Inflationsrate liegt. Damit ist von der Zinspolitik vorerst kein Beitrag zur Wachstumsbelebung zu erwarten.

Angesichts dieser restriktiven Bedingungen sind, trotz des bereits begonnenen Wirtschaftsaufschwunges, keine Wunder in der Beschäftigungsentwicklung zu erwarten. Die Regierung wandert zudem auf einem schmalen Pfad zwischen den geweckten hohen Erwartungen an den „Wandel“ einerseits, den haushalts-, zins- und währungspolitischen Zwängen andererseits<sup>33</sup>. Bei einer Zuspitzung der Lage ist mit einem erneuten Aufleben der Debatte um eine „andere“, stärker national orientierte Politik zu rechnen. Spätestens dann wird die Nagelprobe für Chiracs Politik des „Wandels“ beginnen.

33 Vgl. Que va faire Chirac?, in: Alternatives économiques, (1995) 128, S. 14–16.

## Das deutsch-französische Verhältnis nach der historischen Zäsur des Jahres 1989

Das deutsch-französische Verhältnis der Gegenwart, das sich unter den Prämissen der Nachkriegsordnung (die doppelte deutsche und europäische Teilung zwischen zwei ideologisch und machtpolitisch antagonistischen Blöcken) herausgebildet hat, blieb bis zum Wendejahr 1989/90 in seiner den Bilateralismus prägenden Arbeitsteilung an die Bedingungen des Ost-West-Konflikts gebunden. Während sich Frankreich das Feld der Außenpolitik vorbehielt, war die Bundesrepublik für das Ökonomische zuständig. In dem Maße wie die „geopolitische Zäsur“<sup>1</sup>, die die Überwindung der Nachkriegsordnung darstellt, auch die bisherigen Rahmenbedingungen des deutsch-französischen Bilateralismus und die ihm zugrundeliegende Arbeitsteilung tangiert, stellt sich die Frage der Funktionsfähigkeit dieses Bilateralismus unter den neuen Prämissen. Insbesondere die mit der Verwirklichung der deutschen Einheit und dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung obsolet gewordene Grundlage der deutsch-französischen Arbeitsteilung und die notwendig gewordene deutsche Abkehr von der außenpolitischen Abstinenz der Nachkriegszeit berühren zutiefst ein bilaterales Verhältnis, das auch schon in der Vergangenheit von Spannungen und Krisen geschüttelt wurde, sobald sich die Bundesrepublik auf das Feld der Außenpolitik vorzuwagen versuchte.

Vier historische Phasen lassen sich bis 1989 im deutsch-französischen Verhältnis unterscheiden; sie werden in den folgenden Kapiteln im Überblick charakterisiert:

1. Eine Phase der Vorbereitung in den Nachkriegsjahren und im Verlauf der fünfziger Jahre, in der die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich in die Wege geleitet und die Basis für die europäische Integration gelegt wird.
2. Die initiale Phase französischer Außenpolitik in der Ära de Gaulle, die den Bilateralismus begründet.

3. Eine passive Phase französischer Politik unter den Nachfolgern de Gaulles im Zeichen der deutschen Ostpolitik und intersystemarer Entspannungsbemühungen, in der die Erhaltung des europäischen Status quo das Ziel Frankreichs ist.
4. Die Phase der Reaktivierung des Bilateralismus und Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses in der Ära Mitterrand.

---

### I. Die Phase der Aussöhnung und die Grundlegung der europäischen Integration

---

Wenn Frankreich in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch lange an den Zerstückelungsplänen des besiegten Deutschlands festgehalten hatte, die die „Großen Drei“ schon im Vorfeld der Potsdamer Konferenz beiseite gelegt hatten, ferner den aus dem Potsdamer Abkommen hervorgegangenen Kontrollrat durch eine ausgesprochene Obstruktionspolitik nachhaltig blockiert hatte, so sorgten doch bald unter dem Einfluß der zunehmenden Ost-West-Konfrontation die deutsche Spaltung und die Blockbildung in Europa für eine Anpassung der französischen Deutschlandpolitik an die der Westalliierten. Mit der Hinwendung zur europäischen Lösung sollte Frankreich dann versuchen, den drohenden Verlust an Kontrolle über Westdeutschland zu kompensieren.

Der vom französischen Plankommissar Jean Monnet entworfene Schuman-Plan des Jahres 1950 – Grundlage der Montan-Union und später der EWG – strebte nicht nur an, durch die Vergemeinschaftung von Kohle und Stahl die Überlegenheit der westdeutschen Stahlindustrie aufzufangen und – abgesehen vom wirtschaftlichen Nutzen – die Sicherheit vor Deutschland zu verbessern. Der Schuman-Plan vermochte überdies zweierlei: den französischen Führungsanspruch in Europa zu retten und andererseits durch die Einbindung

<sup>1</sup> Michel Korinman, Das letzte Tabu der Nachkriegszeit, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. März 1994.

Deutschlands in den übergreifenden Rahmen des europäischen Einigungsprozesses das Ziel der „Kontrolle durch Integration“ zu verfolgen.

Aus deutscher Sicht wiederum beinhaltete der Schuman-Plan eine unerhörte Wiederaufwertung und die Wiedereinführung in die internationale Gemeinschaft. Für Konrad Adenauer war die Aussöhnung mit Frankreich, die für ihn eine „axiomatische Bedeutung“ besaß<sup>2</sup>, der Anker der Westbindung der jungen Bundesrepublik und der Eckstein auf dem Weg nach Europa.

Wenngleich Mißtrauen oder gar Angst vor dem deutschen Partner auf französischer Seite – wie die Krise der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Erinnerung rufen sollte – noch eine Komponente der deutsch-französischen Beziehungen darstellte, so wurde unter der Macht des Faktischen, wozu sowohl das dichter werdende Netz wirtschaftlicher Beziehungen als auch der sanfte Druck der amerikanischen Vormacht zählten, die deutsch-französische Annäherung das Kernstück jenes sich im Windschatten des Ost-West-Konflikts herausbildenden westeuropäischen Mikrokosmos.

---

## II. Die Entstehung des Bilateralismus in der Ära de Gaulle

---

Die Rückkehr General de Gaulles an die Macht im Mai 1958 brachte eine bedeutende Akzentverlagerung für das deutsch-französische Verhältnis. Nach dem Scheitern der von de Gaulle zunächst angestrebten Umgestaltung der Bündnisstrukturen mit dem Ziel, Frankreich als dritte westliche Ordnungsmacht anerkannt zu sehen (Trilateralismus bzw. Tripartismus), und nach dem darauf folgenden, ebenfalls fehlgeschlagenen Versuch, die amerikanische Vormachtstellung im Bündnis durch die Schaffung einer politischen und militärischen Union Westeuropas (Fouchet-Pläne) zurückzudrängen, wandte sich de Gaulle dem Bilateralismus mit der Bundesrepublik zu.

Da nach dem Scheitern des Tripartismus klar geworden war, daß Frankreich seinen Großmachtstatus nur zurückgewinnen würde, wenn es ihm gelänge, das der europäischen Sicherheit zu-

grundliegende System beider antagonistischer Bündnisse mit ihrer jeweiligen Vormacht zu überwinden, strebte de Gaulle in einer globalisierten Strategie danach, eben diese Folgen des Kalten Kriegs abzubauen. Zielten die Fouchet-Pläne darauf, eine von den USA getrennte politische und militärische Union Westeuropas herauszubilden, die nach der ebenfalls angestrebten Lockerung des Warschauer Pakts in eine gesamt-europäische Lösung münden sollte, in der sich Frankreichs Führungsanspruch hätte verwirklichen lassen können, so rückte nun nach dem Scheitern der europäischen Schiene die Bundesrepublik zum Hauptpartner Frankreichs in dem Maße auf, wie de Gaulle die den Fouchet-Plänen zugrundeliegende Konzeption auf die deutsch-französischen Beziehungen übertrug.

Zwar kam in der gaullistischen Vorstellung der Bundesrepublik nicht der gleiche weltpolitische Status wie Frankreich zu, doch auch in der Rolle des Juniorpartners war Adenauer für die Überwindung der Folgen des Kalten Kriegs zu gewinnen. Zudem war dieser über die Kennedy-Administration irritiert; die McNamara-Doktrin der „flexiblen Erwidern“ ließ bei ihm Zweifel an der US-Nukleargarantie aufkommen, und in der Berlin-Krise erschienen die Amerikaner unentschlossen.

Doch gerade die Übertragung der gaullistischen Ambitionen auf den deutsch-französischen Bilateralismus sollte dessen Grenzen aufzeigen, und zwar dort, wo er an die deutsche Frage rührte. In seinem Streben, die amerikanische Vormachtstellung zurückzudrängen und die Bundesrepublik – in der Hoffnung, die anderen EWG-Mitglieder würden sich dann anschließen – zu einem „Weg von den USA, hin zu Frankreich“ zu bewegen (davon zeugte das Kernstück des Elysee-Vertrags, die bilaterale militärische Kooperation, die, wäre der Vertrag ohne Abstriche erfüllt worden, eine Abkehr der Bundesrepublik von ihren bisherigen sicherheitspolitischen Prioritäten bedeutet hätte), konnte de Gaulle nur mit der deutschen Frage locken. Ohnehin wäre die deutsche Wiedervereinigung Voraussetzung oder Folge eines getreu seinem gesamteuropäischen Konzept dem Machtbereich der Blöcke entzogenen Europas gewesen. Doch wäre ein wiedervereinigtes Deutschland – selbst in der Form einer lockeren Konföderation, wie es de Gaulle vorschwebte – wohl kaum in der Rolle des Juniorpartners eines die europäische Führung beanspruchenden Frankreichs geblieben. An diesem Punkt kristallisierte sich jenes französische

<sup>2</sup> Gilbert Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945: Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970, S. 61.

Dilemma, das Paris auch künftig dazu führte, ideell zwar für die Wiedervereinigung einzutreten, jedoch nur so lange, wie diese nicht wirklich auf der Tagesordnung stand.

Angesichts der nur vagen Hoffnung, de Gaulle würde sich unter bestimmten Umständen für eine Wiedervereinigung einsetzen, und gleichzeitig von Washington unmißverständlich vor die Wahl gestellt, sich zwischen Frankreich und den USA zu entscheiden, setzte der Bundestag dem Elysée-Vertrag eine Präambel voran, die die atlantische Grundorientierung der Bundesrepublik erneut betonte und im übrigen ein Inventar all dessen darstellte, was den gaullistischen Zielsetzungen zuwiderlief<sup>3</sup>. Die gaullistische Deutschlandpolitik geriet wiederum aufgrund der Unlösbarkeit ihres Dilemmas in jenen „Byzantinismus“ (Stanley Hoffmann), der in seiner Vielschichtigkeit und seinen konträren Rückversicherungsversuchen (den Deutschen gegenüber hält man am Ideal der Wiedervereinigung fest, damit sie nicht separat den Dialog mit Moskau suchen, den anderen Mächten gegenüber deutet man an, daß alles unter Kontrolle bleiben wird) den Handlungsspielraum bis zur Handlungsunfähigkeit einengte<sup>4</sup>.

Damit war nicht nur die verteidigungspolitische Kooperation – wenn man von einigen Wiederbelebungsversuchen auf der symbolischen Ebene in den achtziger Jahren absieht – aus dem Bilateralismus ausgeklammert; es war auch klargeworden, daß der Bilateralismus seine Grenzen dort finden würde, wo er an die europäische Nachkriegsordnung rühren könnte. Implizit waren damit seine Prämissen deutlich geworden: Es waren diejenigen des Ost-West-Gegensatzes, in dessen Windschatten sich die europäische Konstruktion konstituieren und Frankreich – durch seine Nuklearfähigkeit legitimiert und durch die deutsche Teilung dazu in die Lage versetzt – seinen Führungsanspruch sichern konnte. Nach dem Rücktritt de Gaulles 1969 zielte die französische Außenpolitik auf die Erhaltung des europäischen Status quo sowie auf die Konsolidierung des Bilateralismus in der Form einer Arbeitsteilung, wonach die zunehmend wirtschaftsstärkere Bundesrepublik für die Wirtschaftspolitik zuständig ist und Frankreich sich das Feld der Außenpolitik vorbehält.

3 Vgl. Alfred Grosser, *Das Bündnis*, München 1978, S. 291.

4 Vgl. Stanley Hoffmann, *Verlobt, doch nicht verheiratet: Frankreich zwischen dem Wunsch nach Einbindung der Bundesrepublik und eigener Unabhängigkeit*, in: *Die Zeit* vom 29. März 1985. Vgl. auch Ernst Weisenfeld, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München 1986, S. 112.

---

### III. Die Erhaltung des Status quo als Ziel französischer Außenpolitik

---

Daß der deutsch-französische Bilateralismus an seine Grenzen stieß, wenn die Bundesrepublik sich aus ihrer vom Ost-West-Konflikt auferlegten Abstinenz in der Außenpolitik zu emanzipieren versuchte und initiativ wurde, zeigt jene Krise in den bilateralen Beziehungen, die im Zeichen der Ostpolitik auftrat. Zwar war die durch den nach der Kuba-Krise einsetzenden intersystemaren Entspannungsprozeß ermöglichte Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung eher ein Versuch, in dem durch die Entspannung erweiterten Handlungsspielraum der Bundesrepublik eine Erleichterung in den Ost-West-Beziehungen, insbesondere in den innerdeutschen Beziehungen zu erreichen, doch wurde sie in Paris als verkappete Wiedervereinigungspolitik verstanden. Paris fürchtete, daß sich eine Lösung der deutschen Frage im Einvernehmen zwischen Bonn und Moskau oder im Einvernehmen zwischen den Weltmächten anbahnen könnte. Nach dem Brandt-Breschnew-Treffen von Oreanda auf der Krim (1971) erschien in Paris wieder jenes „Rapallo-Gepensst“, das fortan bei jeder sich bietenden Gelegenheit wiederkehren sollte. Das seit 1945 stets latente französische Trauma eines deutschen Arrangements mit der Sowjetunion um der Wiedervereinigung willen, das sich in einer Neutralisierung des gesamten Deutschlands – so die französische Befürchtung – hätte verwirklichen lassen, hätte sowohl die seit dem Scheitern der gaullistischen Politik nun in der Erhaltung der Nachkriegsordnung liegende Voraussetzung für die französische Führungsrolle in Westeuropa als auch die für die französische Sicherheit unerläßliche Funktion des NATO-verteidigten deutschen Vorfelds ins Wanken gebracht. In der Tat brauchte Paris die Erhaltung des europäischen Status quo sowohl für seine politischen Führungsambitionen als auch für seine Sicherheit, denn der französische Sonderstatus im Bündnis, der Frankreich sozusagen einen „Trittbrett-Fahrer-Vorteil“ (W. Schütze)<sup>5</sup> garantierte, war nur in dem Maße praktikabel, wie Frankreich kein „Frontstaat“ war und das westdeutsche Vorfeld unter dem amerikanischen Schutzschild für Frankreich die Funktion des „Glacis“ erfüllen konnte.

5 Vgl. Walter Schütze, *Frankreichs Verteidigungspolitik, 1958–1983. Eine Dokumentation*, Frankfurt a. M. 1983, S. 25.

Zwar hatten Pompidou und – vielleicht noch dezidiierter – Giscard d'Estaing, die beiden Nachfolger de Gaulles, das von de Gaulle als Hebel der Überwindung des Blocksystems und der Wiedergewinnung des Großmachtstatus Frankreichs – also als dynamisches Element – konzipierte besondere Verhältnis zur Sowjetunion zu einem Instrument der Rückversicherung gegen Veränderungen im europäischen Status quo – also zu einem statischen Element – umdefiniert. Danach war die Sowjetunion für Frankreich zum Garanten des europäischen Status quo – und damit de facto auch der deutschen Teilung – geworden. Insbesondere Giscard d'Estaing, der kaum weniger als Pompidou eine Änderung des europäischen Status quo fürchtete und im Fortdauern der deutschen Teilung die Grundlage der deutsch-französischen Beziehungen sah, strebte zur verstärkten Garantie der Nachkriegsordnung eine Neubelebung der in der Amtszeit Pompidous etwas lockerer gewordenen Zusammenarbeit mit Moskau an. Indes und trotz aller Rückversicherungsgarantien durch die „schöne und gute Allianz“ (de Gaulle) fürchtete Paris stets ein deutsch-sowjetisches Arrangement genauso, wie es auch ein Arrangement beider Supermächte fürchtete, das die politische Landkarte Europas auf seine Kosten hätte verändern können.

Nicht zuletzt aus diesem Grund hatte sich Pompidou der beginnenden KSZE gegenüber äußerst zurückhaltend gezeigt, denn es galt in Paris die Überzeugung, daß die Bundesrepublik stets der Nutznießer der Entspannung sein würde. Sein Nachfolger Giscard d'Estaing hatte sich zur Helsinki-Schlußakte von 1975 nur deswegen bekannt, weil er darin eine definitive Festschreibung der europäischen Landkarte sah. Vor diesem Hintergrund war die deutsche Ostpolitik geeignet, den der Bundesrepublik gegenüber überaus mißtrauischen Pompidou zutiefst zu beunruhigen. Die Krise in den bilateralen Beziehungen legte sich erst, als die deutsche Ostpolitik in die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), welche Frankreich ansonsten nicht sonderlich interessierte, eingebettet und damit in den EG-Rahmen nach dem Motto einer „Kontrolle durch Integration“ eingebunden wurde.

Die Krise hatte aber gezeigt, daß die Grenzen des reibungslosen Funktionierens des deutsch-französischen Gespanns nicht zuletzt dort lagen, wo die stillschweigende „Arbeitsteilung“ in Frage gestellt werden konnte; anders ausgedrückt: daß diese Grenzen durch die Bedingungen des Ost-West-Gegensatzes gesetzt waren. Jede nicht von

Frankreich initiierte Bewegung im Ost-West-Verhältnis ließ französische Befürchtungen aufkommen, daß sie die politischen Rahmenbedingungen sowohl für die französische Rolle in Westeuropa als auch für die französische Sicherheit grundlegend verändern könnte.

Wenngleich der Imperativ der Aufrechterhaltung dieser Rahmenbedingungen dazu führte, daß nicht multilateral eingebundene deutsche außenpolitische Initiativen schnell in den Verdacht einer Wiederauflage von Rapallo gerieten und dadurch an das Fundament des deutsch-französischen Bilateralismus rührten, oszillierten die französischen Befürchtungen eigentlich zwischen zwei entgegengesetzten Polen: Quasi antagonistisch zu der befürchteten Neutralisierung der Bundesrepublik kam etwa ab Mitte der siebziger Jahre die Sorge auf, daß die deutsche Wirtschaftskapazität zu einer wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik in der EG führen könnte.

Die Bundesrepublik hatte die Ölkrise des Jahres 1973 viel schneller als Frankreich überstanden, was eine zunehmende wirtschaftliche Disparität zwischen den beiden Ländern erkennbar werden ließ. Unter den Prämissen des Kalten Kriegs waren die Machtattribute jedoch vorwiegend militärischer Natur. Nicht die Wirtschaftskapazität, sondern die Nuklearfähigkeit vermochte den französischen Führungsanspruch in der EG – und darüber hinaus sein Mitgestaltungsrecht in Europa – zu legitimieren. Durch diese Ausgleichsfähigkeit der Nuklearkapazität konnten die immer wiederkehrenden französischen Befürchtungen vor einer deutschen wirtschaftlichen Dominanz – die am Ende der Amtszeit Giscard d'Estaings einen vorläufigen Höhepunkt erreichten – die bilateralen Beziehungen weniger beeinträchtigen als die außenpolitischen Emanzipationsversuche der Bundesrepublik. Doch die Tatsache, daß das Gleichgewicht in den bilateralen Beziehungen so eindeutig an die durch die Prämissen des Kalten Kriegs begründete Ausgleichsfähigkeit der wirtschaftlichen durch die nukleare Kapazität gebunden war, machte dieses Gleichgewicht wiederum von der Aufrechterhaltung dieser Prämissen abhängig. Gerade diese Abhängigkeit tangierte in der nachfolgenden Phase der achtziger Jahre erneut die Grundlage des Bilateralismus, als infolge der Reformpolitik in der Sowjetunion und eines neuen Einverständnisses zwischen den Weltmächten von französischer Seite eine Entnuklearisierung der doppelten Teilung befürchtet wurde – und dies erst recht nach der Zäsur des Jahres 1989.

---

## IV. Reaktivierung des Bilateralismus und Beschleunigung der europäischen Integration

---

Mit den zunächst durch die Nachrüstungsdebatte eingeleiteten und dann vor dem Hintergrund der Umwälzungen im Osten Europas mit dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung endenden achtziger Jahren entwickelte sich eine neue Phase in den deutsch-französischen Beziehungen, die einige Parallelen mit der Zeit der Ostpolitik – wenngleich auch bei einem fundamentalen Bruch in der traditionellen französischen Außenpolitik – aufweist: Mitterrand, der sein Amt antrat, als die Nachrüstungsdebatte das Bündnis erschütterte, brach zunächst mit dem Vorsatz aller seiner Vorgänger seit de Gaulle, sich in eine interne Strategiediskussion des Bündnisses nicht einzumischen, und trat zugunsten der NATO-Nachrüstung ein. Die in der Bundesrepublik aufflammende Nachrüstungsdebatte hatte die seit der Zeit der Ostpolitik in den Hintergrund getretenen französischen Befürchtungen vor einem deutschen Abdriften erneut belebt. Man fürchtete wieder, daß unter dem Druck der Friedensbewegung und eines überparteilichen Widerstands die Bundesrepublik ein Arrangement mit der Sowjetunion suchen könnte: daß also um den Preis der „Neutralität“, gar einer „Finnlandisierung“, die Bundesrepublik in eine Lage geraten würde, die den europäischen Status quo ändern und Frankreich seines deutschen Vorfeldes berauben würde, oder wie es Ramond Aron 1983 kurz vor seinem Tode ausdrückte: „Zum ersten Mal seit langer Zeit in der Geschichte haben die Franzosen nicht Angst vor der Stärke der Deutschen, sondern davor, daß sie schwach werden könnten.“<sup>6</sup> Auch der in Deutschland zum ersten Mal artikulierte Anti-Amerikanismus ließ Paris fürchten, daß ein „Nationalpazifismus“ oder „Nationalneutralismus“ indirekt die deutsche Frage wieder auf die Tagesordnung bringen könnte. Nicht von ungefähr bemerkte ein Berater Mitterrands, „mit der NATO-Nachrüstung sei die deutsche Frage für die kommenden 20 Jahre gelöst“.

Die französische Befürchtung, die Sowjetunion könnte nun „die deutsche Karte“ spielen und eine Wiedervereinigung um den Preis der deutschen Neutralität anbieten, ließ Mitterrand auf die eingespielte Tradition der Erhaltung des europäischen Status quo durch das Einvernehmen mit Moskau

verzichten und statt dessen die verstärkte Verankerung der Bundesrepublik im Westen durch die Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses und eine Aktivierung des Bilateralismus anstreben. Der Versuch, auch die seit dem Elysée-Vertrag in Klammern gesetzte bilaterale militärische Zusammenarbeit (Gründung der deutsch-französischen Brigade und des Verteidigungsrates) zu aktivieren, fand aber erneut seine Grenzen darin, daß – trotz der Annäherung Frankreichs an das Bündnis infolge der Nachrüstungsdebatte und des französischen Verzichts auf die Rolle Moskaus als Garant des europäischen Status quo – die Inkompatibilitäten zwischen dem nicht integrierten Frankreich und der vollintegrierten Bundesrepublik nach wie vor bestanden. Eine weitere Einschränkung lag darin, daß Frankreich weder bereit noch in der Lage war, eine nukleare Zusatzgarantie zu bieten, so daß die Belebung der militärischen Zusammenarbeit notwendigerweise auf die symbolische Ebene verschoben werden mußte.

Die Reformpolitik Gorbatschows und vor allem der INF-Vertrag über den Abbau der Mittelstreckenraketen zwischen den Weltmächten sollte dann wieder einmal die alten französischen Ängste, wie sie sich auch schon hinsichtlich der Ostpolitik artikuliert hatten, in den Vordergrund treten lassen. Erneut fürchtete Frankreich, die Bundesrepublik könnte als Gewinner der neuen Entspannung eine Ostpolitik auf eigene Faust treiben, und vor allem, Paris würde infolge des als „Entnuklearisierung“ Europas – d. h. im französischen Verständnis als Entnuklearisierung der deutschen Teilung – verstandenen INF-Vertrags seinen Mitgestaltungsanspruch verlieren und die deutsche Frage wieder aktualisiert werden. Als sich dann infolge der Umwälzungen in Osteuropa die Wiedervereinigung anbahnte, geriet die französische Diplomatie in Kurzatmigkeit. Mitterrand versuchte mit seinem Besuch in Kiew im Dezember 1989 auf die Rolle der Sowjetunion als Garant des europäischen Status quo zurückzugreifen, kollidierte aber mit den anders gelagerten Interessen Gorbatschows. Auch seine versuchsweise Aufwertung der DDR in letzter Minute scheiterte an dem sich bereits in Auflösung befindenden ostdeutschen Staat. Schließlich versuchte Mitterrand noch, die polnische Karte zu spielen, indem er eine anfängliche deutsche Undeutlichkeit in der Frage der Oder-Neiße-Grenze geschickt ausnutzte. Doch lag der Schlüssel zur deutschen Wiedervereinigung nicht in Paris.

Auf den sich anbahnenden Wiedervereinigungsprozeß reagierte Mitterrand mit einer Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses, welchen er schon ab Mitte der achtziger Jahre nicht

<sup>6</sup> Ramond Aron, Über die Demokratie in Frankreich und Deutschland, in: Dokumente, 40 (1984) Sonderheft, S. 108.

zuletzt vor dem Hintergrund der französischen Befürchtungen vor einem deutschen Abdriften mit dem Ziel vorangetrieben hatte, die Bundesrepublik fester im Westen zu verankern.

---

## V. Die Zäsur der Jahre 1989/90

---

Mit dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung (des europäischen Status quo) und mit der deutschen Wiedervereinigung waren auch die Prämissen beseitigt worden, unter denen das deutsch-französische Gespann auf den Weg gebracht worden war und sich schließlich entwickelt hatte. Unter den neuen Prämissen der Ära nach dem Kalten Krieg haben sich nun die Parameter des bisherigen Bilateralismus gründlich verändert. Für beide Partner ist eine Umorientierung erforderlich, die das eingependelte Gleichgewicht im Bilateralismus empfindlich tangiert. Die Überwindung der europäischen Teilung droht – aus französischer Sicht – Frankreich an die Peripherie eines sich epizentrisch nach Osten verlagernden Europas zu drängen und es zu marginalisieren. Die Überwindung der deutschen Teilung läßt Paris überdies fürchten, das Gewicht des größer und stärker gewordenen Deutschlands nicht mehr ausbalancieren zu können. In dem Maße wie die Nuklearkapazität wegen ihres Bedeutungsverlustes nach dem Ende des Kalten Krieges die deutsche Wirtschaftskapazität nicht mehr auszugleichen vermag und wie die Wirtschaftskapazität nun anstelle der Nuklearfähigkeit zum neuen Attribut der politischen Dominanz zu werden scheint, fürchtet Paris den Aufstieg Deutschlands zur neuen regionalen Führungsmacht. Auch die notwendige Emanzipation der deutschen Außenpolitik von den Bedingungen des Ost-West-Konflikts, die Abkehr von einer Quasiabstinenz – allein schon in der Wahrnehmung der eigenen geographischen Brückenlage zu den Ländern Ostmittel- und Osteuropas –, stört nicht nur den bisherigen arbeitsteiligen Konsens im deutsch-französischen Gespann, sondern weckt in Frankreich Befürchtungen, die schließlich an die Rivalitäten des versunkenen Staatensystems anzuknüpfen drohen.

Alle diese Befürchtungen, in denen sich die Schlagwörter aus einer nach einer vierzigjährigen Parenthese wieder in Gang gesetzten europäischen Geschichte wie „Mitteleuropa“, „Drang nach Osten“ usw. zusammenballen und zu denen sich die Angst vor jener von George Bush vorgeschlagenen „Leadership in Partnership“ gesellt, dräng-

ten Paris zu dem obsessiven Wunsch, Deutschland noch stärker einzubinden, es im Westen fest zu verankern – gleichsam „Gulliver zu fesseln“. Paris schien der breitere Rahmen der EG bzw. der Europäischen Union zweckdienlicher als der Bilateralismus, um die wiedererwachten Gespenster zu bannen – wengleich die Motorfunktion des deutsch-französischen Gespanns weiterhin für die Beschleunigung der westeuropäischen Einigung sorgen sollte. Paris setzte eindeutig sein Primat der EG-Vertiefung gegenüber der Erweiterung fest, was Bonn zur Sprachregelungsakrobatik einer Komplementarität beider Begriffe zwang, obwohl die Vertiefungspriorität ohne Zweifel im französischen Verständnis als Bremse des vermeintlichen deutschen Drangs nach Mitteleuropa konzipiert war. Denn nur im sich noch stärker integrierenden westeuropäischen Mikrokosmos kann Paris hoffen, auch nach dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung seinen Führungsanspruch aufrechtzuerhalten. Die 1990 beschlossene Wirtschafts- und Währungsunion, die von Paris mittlerweile zur Gretchenfrage der deutschen Europa-Gesinnung hochstilisiert worden war, sollte darüber hinaus eine deutsche Wirtschafts- und Währungsdominanz und damit eine deutsche Führungsrolle in der zur EU gewordenen EG verhindern. Wengleich Bonn zunächst der Währungsunion nur im Junktum mit einem Ausbau der föderativen Struktur der EU zugestimmt hatte, ließ Bundeskanzler Kohl in Maastricht schließlich diese Forderung fallen. Ohnehin wollte Paris nur eine Integration „à la carte“ auf denjenigen Teilgebieten, wo sie ihm zweckdienlich erschien, d.h. „ein föderales Europa auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Währungsunion, aber ein intergouvernementales Europa auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik“<sup>7</sup>.

Vor dem Hintergrund des Maastrichter Prozesses bahnte sich gleichwohl ein Konflikt zwischen Bonn und Paris an, der wie ein „Remake“ aus den sechziger Jahren anmutete. Nach der Überwindung der bipolaren Weltordnung strebte nun Paris – gestützt auf die europäische Konstruktion und die Anknüpfung an den deutsch-französischen Bilateralismus gaullistischer Prägung – erneut danach, die amerikanische Vormachtstellung in Europa zurückzudrängen, die Bündnis-Kompetenz auf den unwahrscheinlich gewordenen Fall einer europäischen Konfrontation zu beschränken und durch den Ausbau einer konkurrierenden europäischen Organi-

---

7 Nicole Gnesotto, zit. bei Michel Fortmann, *Entre l'eurovolontarisme et le réalisme: La France et la sécurité européenne en mutation*, in: *Relations internationales et stratégiques*, (1993) 12, S. 37.



sation um die Achse EU-WEU, die für die neuartigen Konflikte in der Welt zuständig wäre, sowohl seine an den Bedingungen des Ost-West-Konflikts gescheiterten Weltordnungsmachtansprüche als auch seine Führungsansprüche in Europa über die Veränderung der Prämissen hinweg zu retten. Die Aufstockung der deutsch-französischen Brigade zur Armeeekorpsstärke (Euro-Korps) und seine Umdefinition als Kern einer europäischen Verteidigungskapazität zielten in französischer Sicht zweifellos darauf, die NATO auszubooten und wieder an die gaullistischen Ambitionen anzuknüpfen. Der Rückgriff auf den Neo-Gaullismus drohte wiederum in Bonn die Konflikte aus den sechziger Jahren zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ wieder aufflammen zu lassen. Zwar billigte der NATO-Gipfel vom Januar 1994 eine globale Arbeitsteilung zwischen Westeuropa und den USA, die einer Relativierung des Militärischen als „Währung“ der internationalen Beziehungen Rechnung trägt und damit auch seine Instrumentalisierung relativiert. Nichtsdestoweniger können die latenten französischen neo-gaullistischen Ambitionen Bonn immer wieder zum – allerdings bereits eingeübten – Spagat zwischen Paris und Washington veranlassen.

Doch gravierender als der Neo-Gaullismus, der im trilateralen Spannungsfeld die deutsch-amerikanischen Beziehungen stärker als die deutsch-französischen belastet, sind für den Bilateralismus die Interessenkonflikte, die sich daraus ergeben, daß mit der Überwindung der Rahmenbedingungen des Ost-West-Konflikts die dem Bilateralismus zugrundeliegende Arbeitsteilung nun obsolet geworden ist. Mit dem notwendigen Abschied Deutschlands von seiner außenpolitischen Abstinenz geraten die bilateralen Beziehungen in ein bisher unbekanntes Spannungsfeld.

---

## VI. Das Ende des Bilateralismus?

---

In der europäischen Dimension, d. h. hinsichtlich der Gestaltung und der Strukturen des neuen Europas, prallen – trotz der Bonner diplomatischen Sprachregelung einer Komplementarität von Vertiefung und Erweiterung – grundsätzlich antagonistische Interessen aufeinander. Paris fürchtet, daß sich mit einer Osterweiterung das Gravitationszentrum einer erweiterten EU nach Deutschland verschiebt. Die Furcht vor dem Wiedererstehen eines „germanischen Blocks“ hatte nicht nur Mittelrand dazu veranlaßt, den mittelosteuropäischen Län-

dern quasi als Trostpreis anstelle einer EU-Mitgliedschaft eine eher nebulöse Konföderation anzubieten; sie vermochte darüber hinaus zeitweise die Ratifizierung der Verträge mit Österreich, Schweden und Finnland in Frage zu stellen. Dagegen ist für Deutschland von vitaler Bedeutung, daß seine Ostgrenze nicht als Demarkationslinie zwischen einem reichen Westen und einem von politischen Instabilitäten und wirtschaftlichem Chaos bedrohten armen Osten fungiert. Nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Interessen ist für die Bundesrepublik eine Einbindung der ostmitteleuropäischen Länder in die westeuropäische Gemeinschaft eine Priorität.

Wirtschaftliche und daher politische Stabilität in den aus der Erbmasse der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten und insbesondere in Rußland ist für Deutschland ein sicherheitspolitischer Imperativ, der die Zielsetzungen der deutschen Außenpolitik nachhaltig zu prägen vermag. Von französischer Seite wird hingegen nicht nur die Restauration eines determinierenden deutschen wirtschaftlichen Einflusses in Osteuropa befürchtet, sondern infolge der neuen deutsch-russischen Beziehungen Rußland als offenes Feld für eine deutsche wirtschaftliche und kulturelle Einflußnahme gesehen.

Auch in der Frage der von Paris als Gegengewicht zur gefürchteten „Nordlastigkeit“ der EU vorangetriebenen Öffnung zum Mittelmeerraum und den Maghreb-Staaten, die es Frankreich als Anführer einer europäischen „Südschiene“ ermöglichen würde, die innereuropäische „Balance of Power“ für sich günstiger zu gestalten, sind die Interessen alles andere als deckungsgleich – zumal die französische Südinitiative von den EU-Nettozahlern, und nicht zuletzt von Deutschland, zu finanzieren wäre, das ohnehin schon die Osthilfe weitgehend allein zu tragen hat. Sowenig der Mittelmeerraum angesichts der sicherheitspolitischen und sonstigen neuen Herausforderungen zu vernachlässigen sein mag, sowenig sind die geopolitischen Interessen eines sich erneut nach Süden orientierenden Frankreichs und eines mitteleuropäischen Deutschlands, das sich dem Osten Europas nicht verschließen kann, also kompatibel. Überhaupt vermag die Renaissance der Geopolitik – die in Frankreich viel stärker als in Deutschland wahrgenommen wird – nicht zuletzt aufgrund der mit ihr verbundenen Begriffe wie „Einflußzonen“, „Balance of Power“ und dergleichen die Interessenkonvergenz zu erschweren.

Nun nützt es aber nichts, die Renaissance der Begriffe zu verdammen. Sie beschreiben nur die

Realität, die schließlich in der Balkan-Krise auf erschreckende Weise zeigt, wie selbst die eingespielten EG-Mechanismen trotz des vielfach angekündigten Strebens nach einer gemeinsamen Außenpolitik versagen, wenn die über die letzten 50 Jahre der europäischen Geschichte hinweggeretteten Rivalitäten aus dem europäischen Staatensystem gleichsam in Anknüpfung an die Anfangsjahre dieses Jahrhunderts die außenpolitischen Zielsetzungen – wenngleich im Verborgenen – zu determinieren vermögen. Daß Paris im deutschen Vorpreschen zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens den Versuch einer Wiederherstellung ehemaliger Einflußzonen auf dem Balkan zu erkennen glaubte, trug nicht nur dazu bei, daß eine gemeinsame europäische Außenpolitik in Sarajevo – oder in Zagreb – begraben wurde. Es zeigte darüber hinaus, daß die Definition einer deutschen Außenpolitik, die sich nicht mehr in der durch den Ost-West-Konflikt zugewiesenen Nische einschränken lassen kann, die Basis des bisherigen Bilateralismus nachhaltig berührt, weil alle bisherigen Regulierungsmechanismen an die Bedingungen des Ost-West-Konflikts gebunden waren. Wenn für Paris der Schatten Bismarcks über der deutschen Außenpolitik zu schweben droht – so u. a. Lionel Stoléro in „Le Monde“<sup>8</sup> –, dann ist auch unter dem Feigenblatt der EU die Grundlage des Bilateralismus gleichsam als Spiegelbild der Prämissen der Nachkriegsordnung unwiderruflich versunken.

Nicht nur in der Außen-, sondern auch in der Wirtschaftspolitik droht die Verabschiedung von den bisherigen Prämissen das bislang einigermaßen funktionierende Gespann Deutschland–Frankreich empfindlich zu stören. In den GATT-Verhandlungen standen sich nicht nur zwei entgegengesetzte Handelsphilosophien – der französische Protektionismus und der mit einer großen Exportabhängigkeit einhergehende deutsche Freihandelsimperativ – gegenüber. Die GATT-Verhandlungen sind darüber hinaus Bestandteil einer globalen neuen Weltordnung, die den veränderten Gewichten der Ära nach dem Kalten Krieg und insbesondere dem zunehmenden Gewicht der Handelsbeziehungen anstelle der militärischen Potenz Rechnung trägt. Ohne Zweifel gehört – wie die Clinton-Administration paradigmatisch vorführt – die Fähigkeit zum Freihandel nun zum Attribut der

globalen oder regionalen Führungsmächte. Zwar ist mit Hilfe der EU-Kompensationsmechanismen der GATT-Konflikt zunächst beigelegt worden, doch auch in der wirtschaftlichen Dimension könnte zukünftig – zumal die deutsche Kapazität, für Kompensationen aufzukommen, an die Grenzen der Belastbarkeit sowie des innenpolitischen Konsenses zu stoßen droht – der bisherige Bilateralismus neue Einschränkungen erfahren.

Die Rückkehr zur gaullistischen nuklearen Herrlichkeit, die in der Wiederaufnahme der Atomtests zum Ausdruck kommt, kann nur zusätzlich die zentrifugalen Momente im Bilateralismus fördern. Denn anders als unter den Bedingungen des Kalten Kriegs, als die Bundesrepublik für ihre Sicherheit von einer nuklearen Abschirmung abhängig war, vermag die französische Nuklearkapazität nun nicht mehr die verbindende Funktion des Ausgleichs der deutschen Wirtschaftskapazität auszuüben. Unter den neuen Prämissen einer deutschen Emanzipation von einer nuklearen Abschirmung werden Nuklearkapazität und Wirtschaftskapazität, da sie nun von ihrer erzwungenen bindenden Komplementarität gelöst sind, zu konkurrierenden Momenten. Dies um so mehr, als sich in der Entkopplung beider Momente die konkurrierende Grundorientierung der EU als Militär- bzw. als Wirtschaftsmacht widerzuspiegeln vermag.

Wenn die erzwungene außenpolitische Abstinenz der Bundesrepublik die Bedingung für das Funktionieren des Bilateralismus war, war in der Tat die Grundlage des Bilateralismus ein Korrelat der Prämissen der Nachkriegsordnung. Aber auch in seiner wirtschaftspolitischen Komponente war der Bilateralismus im Grunde genommen in seinem durch die EG determinierten Rahmen an die Bedingungen des europäischen Status quo gebunden. In dem Maße wie mit der Überwindung der Prämissen der Nachkriegsordnung die wirtschaftliche Kapazität zum regionalen – gar globalen – Dominanzattribut gerät, könnte auch hier das Fundament des Bilateralismus sich als Korrelat jener aus den Bedingungen des Ost-West-Konflikts abgeleiteten bisherigen Arbeitsteilung im deutsch-französischen Gespann erweisen. Das Gleichgewicht im bisherigen Bilateralismus scheint an die Bedingungen einer unwiderruflich beendeten Ära gebunden gewesen zu sein. Ob sich ein neues Gleichgewicht einpendeln kann, ist nicht mit Sicherheit vorhersehbar.

8 Lionel Stoléro, Mark bis ou Bismarck?, in: Le Monde vom 13. April 1994.

# Eine Flucht nach vorn ohne Ende? Die deutsch-französische Achse und die Vertiefung der europäischen Integration

## I. Einleitung

„Die deutsch-französische Aussöhnung ist zu einer Binsenweisheit der internationalen Politik geworden.“ Diese Feststellung eines amerikanischen Kenners der deutsch-französischen Beziehungen stammt aus den späten siebziger Jahren<sup>1</sup>. Viele würden sagen, daß diese Charakterisierung heute, 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mehr denn je zutrifft. Nun haben es Binsenweisheiten an sich, nicht nur als allgemein bekannt, sondern auch als unumstößlich zu gelten. Was genau aber ist an der deutsch-französischen Aussöhnung „binsenweise“ und was (vielleicht) nur ein Gemeinplatz, ein Urteil (oder Vor-Urteil gar), das lediglich immer wiederholt wird?

Zu den Binsenweisheiten im Hinblick auf die Vergangenheit gehören insbesondere drei Einschätzungen: (1) daß die Aussöhnung ganz wesentlich das Verdienst von Persönlichkeiten wie Jean Monnet, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle war; (2) daß sich deutsch-französische Aussöhnung und europäische Integration wechselseitig bedingten; und (3) daß die Aussöhnung erheblich zur Stabilisierung des gesamten westeuropäischen Raumes beigetragen hat<sup>2</sup>. Von diesen Einschätzungen

Für wertvolle Hinweise und konstruktive Kritik einer ersten Fassung dieses Aufsatzes danke ich Sebastian Bartsch, Axel Sauder, Joachim Schild, Martin Setzer, Klaus Dieter Wolf und Reinhard Wolf sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Institutskolloquiums Politikwissenschaft an der TH Darmstadt.

1 Vgl. F. Roy Willis, Deutschland, Frankreich und Europa, in: Wolfram F. Hanrieder/Hans Rühle (Hrsg.), Im Spannungsfeld der Weltpolitik: 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949–1979), Stuttgart 1981, S. 159.

2 Ausgewogene neuere Überblicke zu diesen Fragen liefern u. a.: Franz Knipping/Ernst Weisenfeld (Hrsg.), Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870, Bonn 1988; Robert Picht/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Motor für Europa? Deutsch-französischer Bilateralismus und europäische Integration, Bonn 1990; Ingo Kolboom/Ernst Weisenfeld (Hrsg.), Frankreich und Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick, Bonn 1993; Patrick McCarthy (Hrsg.), France–Germany, 1983–1993: The Struggle to Cooperate, New York 1993; CIRAC, DFI, DGAP, IFRI (Hrsg.), Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt, Opladen 1995 (im Erscheinen).

haben insbesondere die zweite und dritte Maxime über die Jahrzehnte hinweg eine enorme handlungsleitende Wirkung auf die deutsche und die französische Europapolitik entfaltet: Wer Westeuropa stabilisieren und als eine Zone des Friedens festigen wollte, der mußte die europäische Integration voranbringen; und wer die europäische Einigung voranbringen wollte, der mußte den Konsens und das Zusammenrücken von Franzosen und Deutschen suchen. Dies war – vereinfacht ausgedrückt – die zur europapolitischen Maxime geronnene Lehre der Vergangenheit.

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat viele Maximen entwertet, diese jedoch anscheinend nicht – zumindest nicht, wenn man sich die Einschätzungen von Experten vor Augen hält<sup>3</sup>. Hält dieses zentrale handlungsleitende Denkmuster deutscher Europa- und Frankreichpolitik jedoch einer nüchternen Analyse noch stand? Ist es wirklich angemessen, die Fortsetzung der deutsch-französischen Zusammenarbeit durch eine Bezugnahme auf Krieg und Nationalismus zu beschwören<sup>4</sup>? Und muß derjenige, der die Friedens- und Wohlstandszone Westeuropas erhalten und nach Osten ausdehnen will, tatsächlich eine weitere Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen und der

3 Das in dieser Hinsicht auffallendste Dokument ist sicherlich das sogenannte „Schäuble-Lamers-Papier“ (CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Überlegungen zur Europäischen Politik, Bonn, 1. September 1994, Manuskript); dort (S. 8) heißt es u. a., daß die deutsch-französische Zusammenarbeit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts „nicht an Bedeutung verloren (hat), sondern ... im Gegenteil noch wichtiger geworden“ ist. Auf dieses Dokument werde ich im weiteren Verlauf der Analyse vor allem deshalb wiederholt zurückgreifen, weil sich hier in ungeschminkter Form jene dominanten Denkmuster wiederfinden, die über die Parteigrenzen hinweg für die überwiegende Mehrheit des außenpolitischen Establishments der Bundesrepublik prägend sind.

4 Vgl. hierzu u. a. das beschwörende Schlußwort von François Mitterrand in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament anlässlich der Vorstellung des Programms der französischen EU-Präsidentschaft am 17. Januar 1995: „Nationalismus bedeutet Krieg! Krieg ist nicht nur Vergangenheit, Krieg kann unsere Zukunft sein“, zit. nach: Dokumente, 51 (1995) 2, S. 138. Diese Aussage machte Mitterrand nach längeren, sehr persönlichen Äußerungen über sein Verhältnis zu Deutschland. Vgl. ähnlich Helmut Kohl, Le grand européen qui s'en va, in: Le Monde vom 11. Mai 1995, S. 13.

europäischen Integration anstreben? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Beitrages.

---

## II. 1989 und die Folgen für die deutsch-französischen Beziehungen

---

Es gibt wohl kaum zwei ähnlich gewichtige Staaten, die durch ein derart engmaschiges Beziehungsgeflecht miteinander verbunden sind, wie Deutschland und Frankreich. Dies gilt nicht nur für die offiziellen Beziehungen auf Regierungsebene, sondern auch für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtung. Dem Blick auf diese „objektiven“ Daten entgehen jedoch sehr grundlegende Unterschiede zwischen beiden Ländern – Faktoren, die für eine Beurteilung der Qualität und Stabilität ihrer Beziehungen nicht minder wichtig sind. Zum einen betrifft dies strukturelle Interessenunterschiede, zum anderen elementare Unterschiede in der politischen Kultur.

Die europäischen Umwälzungen seit 1989 haben am objektiven Tatbestand eines hohen Grades wechselseitiger Verflechtung wenig verändert. Wenn überhaupt, so wurde das Beziehungsgeflecht eher noch ausgebaut. Zugleich ist jedoch das Trennende zwischen beiden Ländern prononcierter zu Tage getreten. Die alte, vor allem von französischer Seite als solche wahrgenommene symmetrisch/asymmetrische Bindung zwischen der militärisch-politischen Großmacht Frankreich einerseits und der politisch-wirtschaftlichen Großmacht Bundesrepublik andererseits scheint dahin. Deutschland ist durch die Vereinigung nicht nur größer geworden, es hat auch durch den Rückzug der Roten Armee und die Aufhebung der Vier-Mächte-Rechte, an denen auch Frankreich partizipierte, vor allem gegenüber seinem wichtigsten westeuropäischen Verbündeten einen überproportionalen Sicherheits- und einen erheblichen Statusgewinn zu verbuchen<sup>5</sup>. Daß vor diesem Hintergrund die europäische Integration für beide Länder noch mehr als früher zu einem Gradmesser ihrer bilateralen Beziehungen werden würde, war angesichts der Bedeutung, die Europa auf beiden Seiten zugemessen wurde, zu erwarten. Zu erwarten (oder zu befürchten) war allerdings auch, daß die Unterschiede in den seit den fünfziger Jahren

sichtbar divergierenden Europakonzeptionen noch deutlicher hervortreten würden<sup>6</sup>.

Auf den ersten Blick schien die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen nach der Vereinigung diesen Erwartungen (oder Befürchtungen) nicht zu entsprechen. In unterschiedlichen Bereichen (z. B. äußere Sicherheit, Währungspolitik) ergriffen die Verantwortlichen in Bonn und Paris neue Initiativen, deren Reichweite teilweise auch kundige Beobachter überraschte<sup>7</sup>. Trotzdem vermochte die regelmäßige Zelebration der deutsch-französischen Freundschaft auf den Gipfeltreffen zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand nicht zu überdecken, daß es unter der Oberfläche brodelte.

Das deutlichste Beispiel lieferte im vergangenen Jahr der höchste französische Repräsentant in Deutschland, Botschafter François Scheer, als er wiederholt öffentlich Klage führte über die mangelnde Verständigung zwischen beiden Staaten. „Seit 32 Jahren ... sind wir in Wirklichkeit nicht sehr weit fortgeschritten im Verständnis füreinander“, urteilte der Vertraute Mitterrands. Er äußerte die Befürchtung, daß sich als Folge der Umwälzungen in Europa die „nationale Komponente“ in beiden Ländern verstärken, Deutschland seine Westbindung lockern und aufgrund von unterschiedlichen europapolitischen Interessen Deutschlands im Osten und Frankreichs im Süden die deutsch-französische Rivalität wieder aufbre-

---

6 Zu frühen Einschätzungen nach der deutschen Vereinigung vgl. Jean François-Poncet. Die europäische Herausforderung für Frankreich und Deutschland, in: Europa-Archiv, 46 (1991) 11, S. 327–331, sowie Ingo Kolboom, Die Vertreibung der Dämonen: Frankreich und das vereinte Deutschland, in: Europa-Archiv, 46 (1991) 15/16, S. 470–475. Zur Grundsatzproblematik unterschiedlicher deutscher und französischer Europakonzeptionen vgl. die Dissertation von Axel Sauder, Souveränität und Integration. Deutsche und französische Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges, Baden-Baden 1995 (im Erscheinen).

7 Nur um ein Beispiel übertriebener Skepsis zu nennen: Anlässlich der Indienststellung der 4000 Soldaten umfassenden deutsch-französischen Brigade im Oktober 1990 (also wenige Wochen nach der Vereinigung) urteilte der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, die Brigade wirke „mehr wie ein Relikt aus einer vergangenen Epoche denn als der nun eigentlich doppelt notwendige Keim zu einer europäischen Armee“ (Die deutsch-französische Brigade im Dienst, in: Neue Zürcher Zeitung vom 19. Oktober 1990, S. 3). In den nachfolgenden drei Jahren wurden Vereinbarungen über ein mehr als 40000 Soldaten umfassendes „Euro-Korps“ getroffen und von vielen für unmöglich erachtete Absprachen mit den NATO-Verbündeten erzielt. Zum Hintergrund der Euro-Korps-Initiative vgl. u.a. Peter Schmidt, The Special Franco-German Security Relationship in the 1990s (Chaillot Paper 8), Paris 1993, S. 40–45, sowie Philip H. Gordon, Die deutsch-französische Partnerschaft und die Atlantische Allianz, Bonn 1994, S. 19–32.

5 Unter den zahlreichen Stimmungsbildern, die diese französische Perzeption recht plastisch illustrieren, sei an dieser Stelle nur auf die Arbeit von Ulrich Wickert verwiesen: Hilfe – Europa wird deutsch! Was die Maastricht-Diskussion enthielt, in: I. Kolboom/E. Weisenfeld (Anm. 3), S. 75–86.

chen könnte<sup>8</sup>. Von offizieller deutscher Seite wurden diese Vorwürfe zwar zurückgewiesen, die Verstärkung der bereits zuvor unternommenen Bemühungen um eine möglichst enge Abstimmung der deutschen und französischen EU-Präsidentschaft signalisierte jedoch, daß sich beide Seiten der Sensitivität dieser Problematik bewußt waren<sup>9</sup>.

Wie immer dieser Vorfall in seiner Bedeutung auch zu bewerten sein mag – jene Stimmen, die für die deutsch-französischen Beziehungen schwierigere Zeiten heraufziehen sehen, sind im vergangenen Jahr lauter geworden<sup>10</sup>. Gleichzeitig sind allerdings auch die politisch Verantwortlichen auf beiden Seiten verstärkt mit Forderungen hervorgetreten, die Beziehungen zwischen beiden Staaten – vor allem im Zusammenhang mit der für 1996 anstehenden Regierungskonferenz über die Europäische Union – weiter zu vertiefen. Die Forderung im Schäuble-Lamers-Papier, daß Deutschland und Frankreich „den Kern des festen Kerns“ einer sich weiter vertiefenden Europäischen Union bilden und ihre Beziehungen „auf eine qualitativ neue Stufe stellen“ müßten, ist nur das prominenteste Beispiel einer weitverbreiteten Haltung innerhalb des politischen Establishments in Bonn<sup>11</sup>.

8 Zit. nach Dieter Wenz, Scheer: Über die zentralen Fragen reden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Dezember 1994, S. 5; vgl. ähnlich die früheren Äußerungen Scheers vom März 1994 gegenüber einer Gruppe von Bonner Journalisten: Claus Gennrich, In Paris regt sich leises Mißtrauen gegen den größeren deutschen Nachbarn, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März 1994, S. 1f. Diese Äußerungen Scheers hatten einen diplomatischen Eklat und seine aufsehenerregende „Einbestellung“ ins Auswärtige Amt zur Folge. Einige Beobachter behaupten allerdings, aus den Presseveröffentlichungen sei nicht hinreichend deutlich geworden, daß Scheer in seinem Hintergrundgespräch eine in der Summe sehr positive Bewertung der deutsch-französischen Beziehungen abgegeben habe. Vgl. Christian Deubner, Deutschland, Frankreich und die Europäische Union. Die Interessen laufen auseinander, in: Internationale Politik und Gesellschaft, (1994) 3, S. 211. Zudem habe es kurz vor diesem Gespräch Scheers in der Tat Äußerungen des deutschen Außenministers gegeben, die seine Besorgnis verständlich erscheinen ließen. Vgl. hierzu Joachim Schild, Bonn, Paris und die wachsende Gemeinschaft, in: Frankfurter Rundschau vom 17. November 1994, S. 14.

9 Vgl. Claus Gennrich, Bonn und Paris versichern sich der deutsch-französischen Eintracht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. März 1994, S. 1; ders., Billigung des Europaparlaments ungewiß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. April 1994, S. 7.

10 Vgl. neben C. Deubner und J. Schild (Anm. 8) Ingo Kolboom, Dialog mit Bauchgrimmen? Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, in: Europa-Archiv, 49 (1994) 9, S. 257–264.

11 Schäuble-Lamers-Papier (Anm. 3), S. 8; vgl. ähnlich Klaus Kinkel, Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 24. August 1994, abgedruckt in: Europa-Archiv, 49 (1994) 18, S. D541–542; Rudolf Scharping, Die deutsch-französische Zusammenarbeit vor neuen Herausfor-

Welches Denkmuster sich hinter dieser Forderung verbirgt, soll im übernächsten Abschnitt eingehender beleuchtet und auf seine Stimmigkeit hin überprüft werden<sup>12</sup>. Zuvor ist jedoch eine Einordnung in den größeren historischen Kontext angezeigt.

---

### III. Einbindungspolitik: Ein kurzer Rückblick auf eine vierzigjährige Erfolgsgeschichte deutscher Außenpolitik

---

Für die westdeutsche Nachkriegspolitik im allgemeinen und die Frankreich- und Europapolitik der Bundesrepublik im besonderen bestand die grundlegende außenpolitische Veränderung nach dem Zweiten Weltkrieg in einer aus Not und Einsicht geborenen Revision des dominanten machtsstaatlichen Denkmusters: Der für das traditionelle Konzept des Gleichgewichts der Mächte zentrale Gedanke, daß staatliche Autonomie ein Ziel an sich sei und durch geschickte machtpolitische Strategien erreicht und gesichert werden könne, wurde durch die Vorstellung verdrängt, daß Aussöhnung, Vertrauensbildung und Sicherheit mit den westeuropäischen Nachbarn durch „Einbindung“ (im Sinne von wechselseitigen Souveränitätsverzicht) besser zu erreichen sei<sup>13</sup>.

derungen, in: Aussenpolitik, 45 (1994) 1, S. 3–9; Joschka Fischer, Risiko Deutschland, Krise und Zukunft der deutschen Politik, Köln, S. 221–223.

12 Auch in der französischen Diskussion sind seit 1994 jene Stimmen lauter geworden, die im deutsch-französischen Verhältnis neue Impulse anmahnen. Wie mehrere andere französische Politiker zuvor haben auch der neue französische Präsident Jacques Chirac und sein Premierminister Alain Juppé gefordert, einen „neuen Elysée-Vertrag“ auszuhandeln. Vgl. Jacques Chirac, Une volonté pour l'Europe, in: Le Monde vom 16. Dezember 1994, sowie Alain Juppé, Rede anlässlich des 20jährigen Bestehens des Planungsstabes beim französischen Außenministerium, Paris, 30. Januar 1995, abgedruckt in: Frankreich-Info vom 21. Februar 1995, S. 3. Da jedoch diese französischen Forderungen ganz anderen Denkmustern entspringen, werde ich darauf aus Platzgründen nicht detailliert eingehen. Eine ausführlichere Diskussion französischer Denkmuster findet sich bei A. Sauder (Anm. 7). Einen guten Einblick in französische Positionen und Motive in der gegenwärtigen Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses bietet darüber hinaus eine detaillierte Dokumentation von Zeitungsartikeln der Konrad-Adenauer-Stiftung (vgl. Burkard Steppacher, Das Schäuble-Lamers-Papier. Nationale und internationale Reaktionen, Sankt Augustin, Oktober 1994).

13 Zum Konzept der „Einbindung“ sowie der reichhaltigen Literatur über die Außenpolitik der „alten“ Bundesrepublik vgl. eingehender Gunther Hellmann, „Einbindungspolitik“: German Foreign Policy and the Art of Declaring „Total Peace“, in: Jörg Calließ/Bernhard Moltmann (Hrsg.), Die

War diese Politik angesichts der westalliierten Kontrolle der Bundesrepublik anfangs alternativlos, so galt dies für spätere Phasen, insbesondere ab den siebziger Jahren, weit weniger. Zu diesem Zeitpunkt hatten die außenpolitischen Eliten die Vorzüge dieser revolutionären Strategie jedoch in einem Maße schätzen gelernt, daß über alternative Strategien ernsthaft nicht mehr diskutiert wurde. Angesichts der immensen Vorteile, die die westdeutsche Einwilligung in die „Fesselung der deutschen Macht“ (Katzenstein) zeitigte – u. a. in der Herausbildung eines historisch einmaligen Maßes an Erwartungsverläßlichkeit innerhalb Westeuropas sowie enormer Effizienzgewinne durch wirtschaftliche und von Einflußgewinnen durch politische Integration –, war dies auch nicht weiter verwunderlich.

Die Last der geschichtlichen Erfahrungen und die Langzeitwirkung machtstaatlicher Denkmuster brachten es allerdings auch mit sich, daß diese Erfolge (zumindest in der Wahrnehmung der politisch Verantwortlichen) immer den Charakter des Zerbrechlichen und Reversiblen behielten. Dies zumal, als neben der Anerkennung, die den Konstrukteuren der deutsch-französischen Aussöhnung und der europäischen Integration für ihre weitsichtige Politik entgegengebracht wurde, immer auch die Erkenntnis mitschwang, daß ihr Erfolg zumindest insofern auch einer „günstigen“ internationalen Konstellation geschuldet war, als die gemeinsame östliche Bedrohung das Zusammenrücken wesentlich beförderte. Vor diesem Hintergrund entsprach es auch einer gewissen Logik, daß sich nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und dem Rückzug der Roten Armee die Stimmen jener mehrten, die vor heraufziehenden Belastungen für das deutsch-französische Verhältnis angesichts eines veränderten Gleichgewichts warnten.

---

#### IV. „Stillstand ist Rückschritt“: Das vorherrschende Denkmuster deutscher Frankreich- und Europapolitik

---

Die Politikempfehlung, die sich für die große Mehrheit des außenpolitischen Establishments aus diesen Befürchtungen aufdrängt, läßt sich zugespitzt folgendermaßen zusammenfassen: Ange-

sichts der oben skizzierten Machtverschiebungen müßten Deutschland und Frankreich in allen Fragen, die Europa betreffen, noch enger zusammenrücken, wenn sie ihr Verhältnis dauerhaft festigen und auch weiterhin den Stabilitätsanker einer (zunehmend gesamt-) europäischen Friedens- und Wohlstandszone bilden wollen. Vor allem müßten sie sich zuerst auf die Vertiefung der Integration innerhalb der Europäischen Union und sodann auf die Erweiterung der Union nach Osteuropa verständigen und diese gemeinsam vorantreiben.

Die Einbeziehung der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands sei deshalb so wichtig, weil sie „die einzige Lösung“ der dortigen Probleme darstelle und nur auf diesem Wege „ein Rückfall in das instabile Vorkriegssystem und die Rückkehr Deutschlands in die alte Mittellage verhindert werden kann“. Sollte dies nicht gelingen, „könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwingen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europas alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen“. Da dies aber weder wünschenswert noch realisierbar erscheine, habe Deutschland „ein fundamentales Interesse an der Osterweiterung der Union; aber ein ebensolches an ihrer vertiefenden Verfestigung, weil erst diese die Voraussetzung für die Erweiterung schafft. Denn ohne eine solche innere Stärkung könnte die Union die außerordentlichen Aufgaben der Osterweiterung nicht bewältigen und wieder zu einer lockeren Staatengruppierung zerfallen, die Stabilität nicht garantieren könnte.“ Nur wenn es gelinge, die EU zu vertiefen *und* zu erweitern, habe Deutschland „die Chance, zur ruhigen Mitte Europas zu werden“<sup>14</sup>.

Vor allem mit Blick auf Frankreich stelle sich heute, „nachdem der Osten als Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt ist und der Bewegungsspielraum für Deutschland derselbe ist wie für alle seine westlichen Partner ... die alte Frage nach der *Eingliederung der Stärke Deutschlands in die europäische Struktur ... in neuer, ja, in ihrer eigentlichen Bedeutung*“<sup>15</sup>. Kurzum, „die Flucht nach vorne“, die schon die Gründerväter der europäischen Integration für unausweichlich hielten, um Deutsche und Franzosen dauerhaft aneinander zu binden, müsse weitergehen.

---

Zukunft der Außenpolitik. Deutsche Interessen in den Internationalen Beziehungen, Rehburg-Loccum 1995 (i. E.).

14 Alle Zitate Schäuble-Lamers-Papier (Anm. 3), S. 3f.

15 Ebd., S. 9, Hervorhebungen im Original.

---

## V. Für oder wider die Härtung des Kerns?

---

Welche Grundannahmen über die Triebkräfte einzelstaatlicher Außenpolitik und die Dynamik zwischenstaatlicher Interaktion verbergen sich hinter dieser Politikempfehlung, und wie plausibel ist diese Argumentation mit Blick auf die heutige Situation in Europa im allgemeinen und die deutsch-französischen Beziehungen im besonderen?

### 1. Grundannahmen

Wenn man das Schäuble-Lamers-Papier auf seine Grundannahmen reduziert, kommt das folgende Gedankengebäude zum Vorschein<sup>16</sup>: (1) Die Wurzel aller Übel der internationalen Politik liegt in der Autonomie der Staaten, d. h. ihres Freiraums, über die Gestaltung ihrer Beziehungen zu anderen Staaten eigenständig entscheiden zu können. (2) Ein Resultat dieser Atomisierung des internationalen Systems in autonome staatliche Einheiten besteht darin, daß jeder Staat für sich selbst sorgen muß und dem System damit eine strukturelle Konfliktträchtigkeit innewohnt. (3) Auf diese Konfliktträchtigkeit des Systems können die Staaten grundsätzlich mit zweierlei Strategien reagieren: a) machtpolitischen, indem sie sich rüsten und/oder (unter weitestgehender Bewahrung ihrer Autonomie) mit anderen Staaten gegen tatsächliche oder potentielle Angreifer Bündnisse schließen, oder b) integrativen, indem sie sich unter partiellem oder vollständigem Verzicht auf Autonomie mit anderen Staaten (auch potentiellen Gegnern) zusammenschließen, übergeordnete Institutionen bilden und diese mit spezifischen Machtbefugnissen ausstatten. (4) Diese beiden Strategievarianten zeitigen unterschiedliche Ergebnisse: a) in der Summe führen die machtpolitischen Strategien von Staaten dazu, daß sich auf der Ebene des internationalen Systems aufgrund der Verteilung von Machtpotentialen (also Militär, Wirtschaft, Bevölkerung etc.) zwischen den Staaten spezifische machtpolitische Aggregatzustände (sogenannte „Machtgleichgewichte“) herausbilden, die im günstigen Fall eine fragile Stabilität bewirken, im ungünstigen Fall Rivalität oder gar Krieg heraufbeschwören; b) integrative Strategien führen demgegenüber dazu, daß die Wirkungsmacht des Sicherheits-

<sup>16</sup> Aus Platzgründen muß im folgenden auf ausführliche Belege verzichtet werden. Vor dem Hintergrund der Zitate aus dem vorangehenden Abschnitt dürfte es allerdings nicht allzu schwer fallen, die Verbindungslinien zu ziehen.

dilemmas<sup>17</sup> reduziert (im Falle vollständiger Integration sogar eliminiert) wird und die sich integrierenden Einheiten Krieg untereinander in dem Maße nicht mehr fürchten müssen, wie es ihnen gelingt, auf höherer Ebene ein effektives Gewaltmonopol zu institutionalisieren.

### 2. Kritik

Die einzelnen Elemente dieses Gebäudes von Annahmen sind aus den einschlägigen Debatten über die sogenannte „realistische“ und „liberale“ Denkschule in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin „Internationale Beziehungen“ (IB) wohl vertraut<sup>18</sup>. Eine Schwierigkeit besteht allerdings darin, daß sowohl im Schäuble-Lamers-Papier wie auch in der breiteren Expertendiskussion über die Zukunft der

<sup>17</sup> Unter dem „Sicherheitsdilemma“ versteht man eine für Staaten typische Entscheidungssituation unter den Bedingungen internationaler Anarchie. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß die Staaten ständig eine Wahl zwischen zwei Übeln treffen müssen: Die eine Alternative besteht darin, auf den Erwerb bzw. die Anhäufung von Mitteln zu verzichten, die zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit dienen können; die andere Alternative läuft darauf hinaus, sich eben diese Mittel zu beschaffen. Dabei handelt es sich insofern um eine Wahl zwischen zwei Übeln, als die Konsequenzen in beiden Fällen kontraproduktiv sein können: Wenn ein Staat auf den Erwerb bzw. die Anhäufung von militärischen Mitteln verzichtet, läuft er Gefahr, expansionistischen Staaten zum Opfer zu fallen; wenn er sich demgegenüber solche Mittel beschafft, droht er eine Gegenreaktion anderer Staaten zu provozieren, da diese sich ihrerseits der wohlmeinenden Absichten des Ersteren nicht sicher sein können. Zur Bedeutung des Konzepts vgl. grundlegend John H. Herz, *Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma*, in: ders., *Staatenwelt und Weltpolitik. Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter*, Hamburg 1974, S. 39–56.

<sup>18</sup> Auf den Gehalt dieser Theorien kann nicht näher eingegangen werden. Dies ist angesichts einer reichhaltigen Literatur jedoch auch nicht notwendig. Prägnante neuere Zusammenfassungen realistischer Theorie, einschließlich weiterführender Literaturangaben, bieten Kenneth N. Waltz, *Realist Thought and Neorealist Theory*, in: *Journal of International Affairs*, 44 (1990) 1, S. 21–37; Joseph M. Grieco, *Understanding the Problem of International Cooperation: The Limits Of Neoliberal Institutionalism and the Future of Realist Theory*, in: David A. Baldwin (Hrsg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York 1993, S. 301–338; John J. Mearsheimer, *The False Promise of International Institutions*, in: *International Security*, 19 (1994/95) 3, S. 9–14. Gute Überblicke über die Kernaussagen der liberalen Denkschule bieten Beate Kohler-Koch, *Interdependenz*, in: Volker Rittberger (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen, Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven* (Sonderheft 21, *Politische Vierteljahresschrift*), Opladen 1990, S. 110–129; Andrew Moravcsik, *Liberalism and International Relations Theory* (Harvard CFIA Working Papers, No. 92–6), Cambridge 1992; Arthur A. Stein, *Governments, Economic Interdependence, and International Cooperation*, in: Philip E. Tetlock/Jo L. Husbands/Robert Jervis/Paul C. Stern/Charles Tilly (Hrsg.), *Behavior, Society, and International Conflict*, Vol. 3, Oxford 1993, S. 242–324, und Volker Rittberger (unter Mitarbeit von Bernhard Zangl), *Internationale Organisationen – Politik und Geschichte*, Opladen 1994, S. 77–81.

deutsch-französischen Beziehungen und der europäischen Integration häufig Annahmen und Argumentationsmuster aus beiden Denkschulen vermischt werden, die nicht konsistent sind.

Aus realistischer Sicht ist beispielsweise die im Schäuble-Lamers-Papier geäußerte Befürchtung leicht nachvollziehbar, daß die Deutschen aufgrund des wiedergewonnenen „Bewegungsspielraums“ in Zukunft viel stärker versucht sein könnten, „die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise“ zu bewerkstelligen – d. h. ohne allzu große Rücksicht auf möglicherweise gegenläufige Interessen der westeuropäischen Partner. Wenig überzeugend ist demgegenüber die verordnete Therapie: Die Vorstellung, daß sich der deutsche Handlungsspielraum durch Integration wirksam einschränken ließe, erscheint aus realistischer Perspektive illusorisch, da gerade vergleichsweise mächtige Staaten (wie Deutschland heute) nur solchen Institutionalisierungsbestrebungen zustimmen werden, die zum einen ihre spezifischen Interessen widerspiegeln und zum anderen immer eine Rückzugsmöglichkeit offenlassen<sup>19</sup>.

Umgekehrt sind aus liberaler Perspektive jene Verweise nachvollziehbar, die die kooperationsfördernde Wirkung vergangener Integrationsfortschritte hervorheben. Diese hätten dazu beigetragen, daß vor allem aus deutscher Sicht „Hegemonie weder möglich noch erstrebenswert“ erschien und sich „die Kontrolle Deutschlands durch seine Partner mit der Kontrolle der Partner durch Deutschland“ wohltuend verband<sup>20</sup>. Wenn aber Integration solche Erfolge zu erzielen vermag und in Westeuropa zum Teil auch erzielt hat, warum sollte dies allein durch die neue „Bewegungsfreiheit“ Deutschlands gefährdet werden? Müßten nicht das Ausmaß der ökonomischen und gesellschaftlichen Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten der EU im allgemeinen sowie Deutschland und Frankreich im besonderen, ferner die gleichzeitige Einbindung beider Staaten in zahlreiche andere internationale Institutionen sowie die (auch außenpolitisch bedeutsame) feste Verankerung demokratischer Herrschaft und pluralistischer Interessenartikulation im jeweiligen innerstaatlichen Bereich – müßten also nicht alle diese Faktoren, die aus liberaler Perspektive kooperationsfördernd wirken, zum Anlaß genommen werden, die Entwicklungsperspektiven der deutsch-französischen Beziehungen gelassen-optimistisch einzuschätzen?<sup>21</sup>

Ein Vergleich der Annahmen, die dem Schäuble-Lamers-Papier zugrunde liegen, mit den beiden dominierenden IB-Theorietraditionen zeigt, daß die daraus resultierende Politikempfehlung gewisse Inkonsistenzen aufweist und zugleich aus *beiden* Perspektiven wenig überzeugend ist. Auf einen knappen Nenner gebracht, ist die angeordnete Fortsetzung der Flucht nach vorne aus der Sicht des Realismus zwecklos, weil Staaten einander unweigerlich verfolgen und auch immer einholen werden. Für den Liberalismus ist hingegen die Flucht geradezu irrwitzig, weil alleine die Vorstellung als solche bereits pathologische Züge aufweist; in der Realität gibt es nämlich gar keinen Verfolger!

### 3. Folgerungen

Was folgt daraus? Der Reiz der Theorie besteht darin, daß sie eine Entscheidung nicht erzwingt und in mancher Hinsicht sogar eine Vertagung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag zuläßt. Demgegenüber ist es der Fluch der Praxis, daß sie zum Handeln *heute* verdammt ist. Ihre sich anschließende Frage an die Theorie ist daher, was insgesamt mehr überzeugt: der Realismus oder der Liberalismus? Die (absehbare) Antwort, daß sich dies nicht eindeutig klären lasse, ist (theoretisch) genauso vernünftig wie (praktisch) unbefriedigend. Die Frage der Praxis bleibt daher: Was sollen wir heute tun, und wie kann jene Wissenschaft, die sich mit internationaler Politik befaßt, dabei von Nutzen sein?

Eine mögliche Antwort, die die Grenze des wissenschaftlich Vertretbaren noch nicht zu überschreiten scheint, lautet, daß unter den heute gegebenen Umständen mehr denn je vom Denken und Handeln der politisch Verantwortlichen abhängt. Weil jede kluge Politik sich gegen die Unwägbarkeiten der Zukunft absichern will und sich einbilden muß, diese gestalten zu können, wird sie bemüht sein, sowohl die Radikalität, die in der Politikempfehlung des Realismus steckt – daß es also *nicht möglich* sei, wirksame Vorkehrungen gegen (tatsächliche oder vermeintliche) deutsche Hegemoniebestrebungen in Europa zu treffen –, als auch jene, die in der Politikempfehlung des Liberalismus steckt – daß dies überhaupt *nicht nötig* sei –, für ihre praktischen Zwecke abzumildern.

Die daraus resultierende schlechte Nachricht wäre immer noch, daß es nicht einfach sein wird, die gewachsene Macht Deutschlands europaverträglich einzuhegen, vor allem dann nicht, wenn die außen-

19 Vgl. J. J. Mearsheimer (Anm. 18), S. 13–14.

20 Schäuble-Lamers-Papier (Anm. 3), S. 2.

21 Vgl. hierzu Axel Sauder, Alles neu macht der Mai? Die

Zukunft der deutsch-französischen Sonderbeziehungen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40 (1995) 4, S. 447–449.



politischen Entscheidungsträger Deutschlands weiter der Auffassung zuneigen, daß ihnen aus dem Osten Unheil drohe und diese Gefahren nur (im Sinne eines „Entweder-Oder“) durch eine Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration oder einseitiges deutsches Handeln zu bewältigen seien. Die gute Nachricht lautet demgegenüber, daß nicht nur die gewachsenen engen Bindungen zwischen Deutschland und seinen westeuropäischen Partnern, sondern auch das (im Vergleich zur sowjetischen Bedrohung vor 1989) viel geringere Gefahrenpotential in der unmittelbaren östlichen Nachbarschaft ein größeres Maß an Gelassenheit angeraten erscheinen lassen, als es im letzten Herbst im Schäuble-Lamers-Papier anklang.

Vom Denken und Handeln der politisch Verantwortlichen hängt deshalb so viel ab, weil die vorfindbaren materiellen Rahmenbedingungen (bzw. deren Veränderung) gute Gründe für beide Theorien zu liefern scheinen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß sich die Machtposition Deutschlands im Verhältnis zu Frankreich verändert hat und gleichzeitig aus deutscher Sicht sowohl die Notwendigkeit als auch die Chance der Einflußnahme auf die Entwicklung in Mitteleuropa zugenommen hat. Genauso richtig ist aber, daß neben den neuen Gestaltungsmöglichkeiten im Osten Deutschlands das engmaschigere Netz an Verflechtungen mit Westeuropa fortbesteht und jede kluge Politik an einvernehmlichen Strategieabsprachen innerhalb der EU interessiert bleiben wird. Da also die materiellen Rahmenbedingungen keine bestimmte Verhaltensweise erzwingen, spielen heute ideelle Faktoren eine entscheidende Rolle, d. h. vor allem Vorstellungen davon, wie sich das relevante internationale Umfeld Deutschlands entwickeln könnte und sollte.

Wenn man die deutsch-französischen Beziehungen vor diesem Hintergrund betrachtet, geben die Entwicklungen des vergangenen Jahres zumindest jenen Anlaß zur Sorge, die einer Fortsetzung deutscher Einbindungspolitik höchste Priorität einräumen. In den Grundsatzreden zur deutschen Außenpolitik wird zwar wie früher die Verpflichtung zum Multilateralismus und zur Integration betont<sup>22</sup>, bei der Konkretisierung dieser Grundsätze im Hinblick auf spezifische Probleme gibt es jedoch vermehrt Anzeichen dafür, daß die außenpolitischen Entscheidungsträger in Bonn neuerdings wieder mit machtpolitischen Strategien liebäugeln.

22 Vgl. etwa die Rede von Außenminister Kinkel anläßlich des Festaktes „125 Jahre Auswärtiges Amt“ am 16. Januar 1995 in Bonn, in: Bulletin, Nr. 6 vom 24. Januar 1995, S. 42–45.

In einer Regierungserklärung nach dem Abschluß der schwierigen Erweiterungsverhandlungen der EU im letzten Jahr sagte Außenminister Kinkel beispielsweise, daß Deutschland nicht gewillt sei, auf Dauer „östliches Grenzland der Europäischen Union (zu) bleiben“; vielmehr rücke es „auch politisch wieder in die Mitte Europas“. Die Bundesrepublik habe sich „nie mit dem Konzept einer Westunion oder einer Südwestunion identifiziert“, sondern sich stets zum ganzen Europa bekannt. Insofern sei auch die Norderweiterung der EU und der Beitritt Österreichs als „ein wesentlicher Schritt auf dem Weg (zu werten), die Balance in Europa wiederherzustellen“. All dies stelle „für Deutschland in seiner Mittellage einen nicht unerheblichen Gewinn“ dar<sup>23</sup>.

Aus dieser Wortwahl lassen sich zwar keine eindeutigen Rückschlüsse auf mögliche Verhaltensweisen deutscher Außenpolitik ziehen – allein die Tatsache, daß solche Worte in einer Regierungserklärung gebraucht werden, läßt aber aufhorchen. Für Realisten ist diese Entwicklung wenig überraschend, behaupten sie doch, daß sich außenpolitische Diskurse über kurz oder lang an sich verändernde materielle Rahmenbedingungen anpassen werden und machtpolitische Strategien sich dann durchsetzen, wenn Zwänge, die staatlichen Handlungsspielraum zuvor eingeengt hatten, wegfallen<sup>24</sup>. Die Anhänger einer dritten Denkschule neben Realismus und Liberalismus – die sogenannten „Konstruktivisten“ – entgegnen, daß sich darin eine verkehrte Sicht der Dinge spiegele und wir keineswegs die Opfer von internationalen Machtverschiebungen seien, sondern vielmehr die Gestalter der Zukunft aufgrund unserer Ideen, wie diese Zukunft aussehen soll<sup>25</sup>.

23 Regierungserklärung vom 10. März 1994, zit. nach: Das Parlament, Nr. 11 vom 18. März 1994, S. 2; J. Schild (Anm. 8) merkt an, daß die Äußerungen des französischen Botschafters, die kurz darauf zu einem diplomatischen Eklat zwischen Bonn und Paris geführt hatten, wesentlich vor dem Hintergrund solcher Äußerungen gesehen werden müßten.

24 Vgl. J. J. Mearsheimer (Anm. 18), S. 42–47.

25 Was hier als „Konstruktivismus“ bezeichnet wird, hat sich in der Disziplin Internationale Beziehungen noch nicht so etabliert wie der Realismus und der Liberalismus. Allerdings gilt diese Perspektive als die wichtigste neuere Herausforderung der beiden traditionellen Denkschulen; gute Überblicke einschließlich weiterführender Literatur liefern Alexander Wendt, *Collective Identity Formation and the International State*, in: *American Political Science Review*, 88 (1994) 2, S. 384–396, sowie die beiden Beiträge von Thomas Risse-Kappen (*Ideas Do Not Float Freely: Transnational Coalitions, Domestic Structures, and the End of the Cold War*) und Rey Koslowski/Friedrich V. Kratochwil (*Understanding Change in International Politics: The Soviet Empire's Demise and the International System*), in: *International Organization*, 48 (1994) 2, S. 185–214 und 215–247; vgl. ferner im deutschsprachigen Bereich Mathias Albert, „Post-

## VI. Deutschland, Frankreich und die Osterweiterung: Die Verheißung eines Sieges Europas über sich selbst

Welche Entwicklungsperspektiven eröffnen sich vor dem Hintergrund dieser theoretischen Erörterung für die deutsch-französischen Beziehungen, und was ist zu tun? Die jüngsten Entwicklungen deuten an, daß sich die deutsche Außenpolitik in den nächsten Jahren nicht so sehr mit dem alten Prioritätenkonflikt zwischen den USA und Frankreich<sup>26</sup>, sondern eher mit einem Prioritätenkonflikt zwischen der Osterweiterung der EU einerseits und einer fortgesetzten engen Zusammenarbeit mit Frankreich andererseits konfrontiert sehen könnte. Angesichts der Tatsache, daß Frankreich (wie einige südeuropäische EU-Mitglieder auch) der Osterweiterung weit reservierter gegenübersteht als Deutschland, könnte sich diese Herausforderung in den kommenden Jahren nicht nur zu einer Schlüsselfrage der Europäischen Union, sondern auch zu einem Gradmesser der deutsch-französischen Beziehungen entwickeln<sup>27</sup>.

Hier einen für beide Seiten akzeptablen Interessenausgleich vorzunehmen wird allerdings deshalb nicht einfach sein, weil die gängigen institutionellen Arrangements, die eine unterstellte deutsche Vormachtstellung wirksam unterbinden könnten (also all das, was in der Regel unter der Rubrik „Vertiefung“ der EU summiert wird), zwar von deutscher Seite akzeptiert zu werden scheinen, in Frankreich jedoch aufgrund der damit verbundenen Abstriche am eigenen Souveränitätsdenken

moderne“ und Theorie der internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 1 (1994) 1, S. 45–63.

26 Vgl. hierzu die Kontroverse zwischen Karl Feldmeyer (Deutschland sucht seine Rolle, in: Die Politische Meinung, 38 [1993] 287, S. 15–21) und Werner Link (Deutschlands europäische Handlungsmaxime, in: Die politische Meinung, 38 [1993] 288, S. 49–56). Zum Konzept des Prioritätenkonflikts vgl. auch Helga Haftendorn, Außenpolitische Prioritäten und Handlungsspielraum. Ein Paradigma zur Analyse der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, 30 (1989) 1, S. 32–49.

27 Die Äußerungen von Premierminister Juppé in seiner ersten Regierungserklärung, daß im Falle der Osterweiterung „die Gemeinschaftspräferenz (der Agrarpolitik) keinesfalls Gegenstand irgendeines Kompromisses sein darf“, deuten bereits darauf hin, daß sich im deutsch-französischen Verhältnis in bezug auf Detailfragen einer möglichen Osterweiterung schwierige Probleme auftun könnten. Vgl. Regierungserklärung des französischen Premierministers Alain Juppé vor der Nationalversammlung am 23. Mai 1995, in: Frankreich-Info, Nr. 18 vom 29. Mai 1995, S. 3–4.

kaum auf Gegenliebe stoßen<sup>28</sup>. Dieses Phänomen, daß Frankreich trotz gewisser Zugeständnisse grundsätzlich an der „Vorstellung von der unaufgebaren Souveränität der ‚Etat Nation‘“ festhält, „obwohl diese Souveränität längst zu einer leeren Hülse geworden ist“<sup>29</sup>, erweist sich dabei aus deutscher Sicht als besondere Hürde.

Was ist zu tun? Zweierlei Einschätzungen leiten die nachfolgenden Empfehlungen an: erstens, daß jene deutschen Politiker, die auf eine schnellstmögliche Osterweiterung drängen, die Gefahren im Falle einer langsamen Integration (bzw. den Nutzen im Falle zügigen Handelns) überzeichnen; zweitens, daß „im Westen“ mehr zu verlieren als „im Osten“ zu gewinnen ist und daß daher jede Erweiterung der EU in erster Linie „westunionsverträglich“ (und d. h. vor allem zwischen Deutschen und Franzosen einvernehmlich) gestaltet werden muß.

Wenn diese Einschätzungen richtig sind, dann folgt daraus vor allem, daß der Elan, den die Bundesregierung in bezug auf die Ausdehnung westlicher Institutionen wie EU und NATO nach Mitteleuropa entwickelt hat, gedrosselt werden muß. Dies dürfte insofern nicht allzu schwierig sein, als die angeblichen Risiken, die für Deutschland mit seiner Situation als „östliches Grenzland“ von EU und NATO verbunden sind, zumindest in der derzeitigen Situation wenig plausibel erscheinen und in einer nüchternen Analyse deutlich relativiert werden müssen.

Hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen wäre des weiteren darauf zu achten, daß im Zuge der demnächst wahrscheinlich erfolgenden Revision des Elysée-Vertrages von 1963 besonderer Wert auf solche Elemente gelegt wird, die dem von beiden Seiten beklagten Zustand, daß das Verständnis füreinander noch „nicht sehr weit fortgeschritten“ ist (Scheer), entgegenwirken. Entscheidend dürfte dabei sein, daß angesichts der vorhandenen und sich abzeichnenden Konflikte im deutsch-französischen Verhältnis solche Institutionen und Foren bereitstehen bzw. geschaffen werden, die für eine

28 Zur differenzierten Einschätzung der europa- und deutschlandpolitischen Ziele von Präsident Chirac und Premierminister Juppé vgl. Axel Sauder, Innenpolitische Hintergründe und europapolitische Folgen der Präsidentenwahl in Frankreich. Aktuelle Kurzanalysen des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Nr. 14 vom Mai 1995, S. 3–5, sowie Joachim Schild/Henrik Uterwedde, Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen, Aktuelle Frankreichanalysen des Deutsch-Französischen Instituts, Ludwigsburg, Nr. 1 vom Mai 1995, S. 7–10.

29 Schäuble-Lamers-Papier (Anm. 3), S. 9.

frühzeitige Problemerkennung und eine rationale Konfliktbearbeitung notwendig sind. Trotz der großen Anzahl von deutsch-französischen Institutionen gäbe es hier sicherlich noch Nachholbedarf. Dabei wäre besonders darauf zu achten, daß solche formelle und informelle Formen des politischen und gesellschaftlichen Dialogs gefördert werden, die eine offene Thematisierung unterschiedlicher Sichtweisen und der ihnen zugrundeliegenden Annahmen ermöglichen.

Wenn diese Chance genutzt würde, dann wäre ein wichtiger Schritt auf jenem Weg getan, den Mitterrand in einer seiner letzten Reden als französischer Staatspräsident als sein „Vermächtnis“ bezeichnete: Europa zum „Sieg über sich selbst“ zu verhelfen<sup>30</sup>.

30 Ansprache von Staatspräsident François Mitterrand anlässlich der Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, Berlin, 8. Mai 1995, in: Frankreich-Info, Nr. 12 vom 10. Mai 1995, S. 3.

## Die europäische Politik von Jacques Chirac: Auf dem Weg zu einer notwendigen Klärung?

Es ist ein etwas waghalsiges Unterfangen, wenige Wochen nach seiner Wahl die europäische Politik des neuen französischen Präsidenten analysieren zu wollen. Zum jetzigen Zeitpunkt hat der Nachfolger François Mitterrands im Elysée-Palast in der Tat noch keine klare Position bezogen hinsichtlich der großen europäischen Ziele, wie etwa die Einheitswährung, die Regierungskonferenz 1996 oder die Erweiterung der Europäischen Union. Warum zögert Jacques Chirac, eine genauere Positionsbeschreibung zu geben, wie der Beitrag Frankreichs zur weiteren Gestaltung Europas auszusehen hätte? Und was wären die Konsequenzen dieser Ungewißheit, wenn sie fort dauern sollte?

---

### I. Europa: Frankreich zwischen Weltoffenheit und nationaler Identität

---

Eine Besonderheit bei den Kampagnen für die Präsidentschaftswahlen vom Mai/Juni 1995 war die Art und Weise, wie die wichtigsten Kandidaten (E. Balladur, J. Chirac, L. Jospin) ihre Entscheidung für den Vertrag von Maastricht bestätigt haben – der hinsichtlich des Referendums vom September 1992 die französische Gesellschaft noch so stark gespalten hatte –, wobei sie sich jetzt darauf beschränkten, entweder nur allgemeine oder erstaunlich widersprüchliche Aussagen zu machen. Jacques Chirac hat sich besonders beim letzteren hervor getan. So hat er mehrfach betont, daß er die Einheitswährung wünsche – selbstverständlich eher 1999 als 1997 –, andererseits aber im November 1994 zu einem Referendum für die dritte Etappe der Wirtschafts- und Währungsunion aufgerufen und damit die Verpflichtungen des Vertrages von Maastricht wieder in Frage gestellt. Abgesehen von einer gaullistischen Ausprägung, die Jacques Chirac nicht gerade prädestiniert hätte, eine zusätzliche europäische Vereinheitlichung zu wünschen, spiegelt diese widersprüchliche Stellungnahme die grundsätzliche Schwierigkeit wider,

die die französische Gesellschaft und die politische Klasse nach dem Ende des kalten Krieges empfinden – nämlich zwei sich gegenseitig verstärkende Herausforderungen miteinander zu vereinbaren: die Weltoffenheit und die nationale Identität.

Seitdem die achtziger Jahre die französische Gesellschaft dazu gebracht haben, die Marktregeln mit weniger Vorbehalt als früher zu akzeptieren (im Grunde genommen unter dem Einfluß der Sozialisten), ist sie sich in der Tat bewußter geworden, daß ihre Zugehörigkeit zur Europäischen Union einer mittleren Macht wie Frankreich die Möglichkeit bietet, ihre Stellung innerhalb einer Welt der gegenseitigen Abhängigkeiten weiterhin zu sichern. Aber indem das bisherige Verständnis von der „Staatsnation“ und der Souveränität nach und nach relativiert wird, hat der Prozeß der Internationalisierung eine Verstimmung innerhalb der französischen Gesellschaft hervorgerufen, und zwar gegenüber der wiederholten Infragestellung des Identitätsrahmens, wie ihn die „Staatsnation“ versinnbildlicht.

Mehr als jeder andere Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen ist Jacques Chirac mit diesem Dilemma konfrontiert. Dieses Dilemma findet man in den verschiedenen Prioritäten, die die Politiker, die ihn unterstützen, vertreten. Einerseits gibt es diejenigen, die – wie der Premierminister Alain Juppé oder der frühere Präsident Valéry Giscard d'Estaing – die zukünftige Bestimmung Frankreichs innerhalb einer „Macht Europa“ sehen, die mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wäre (Währung, Verteidigung), um seine Stabilität und seinen Rang innerhalb eines weltweiten Wettbewerbs zu sichern. Andererseits gibt es diejenigen, die – wie der Präsident der Nationalversammlung, Philippe Seguin – bemüht sind, die Integrationssymbolik eines republikanischen Staates zu schützen, dessen Ziel es sei, „zu vereinen oder zumindest zu versuchen zu vereinen“<sup>1</sup>.

Angesichts der zwei konkurrierenden Modelle der europäischen Politik – das des deutschen Bundeskanzlers Kohl und des britischen Premierministers

---

Übersetzung aus dem Französischen von Michelle Maurer-Wildermann, Bonn.

1 Philippe Seguin, *Ce que j'ai dit*, Paris 1993, S. 13.

John Major – ist die Unfähigkeit, eine klare Position zu beziehen, eine weitere Charakteristik des französischen Dilemmas Weltoffenheit versus nationale Identität, mit dem Jacques Chirac konfrontiert wird<sup>2</sup>. Vor allem bezieht man sich dabei auf die Vorschläge von Schäuble und Lamers vom 1. September 1994, die – davon gehen wir aus – die Zustimmung von Bundeskanzler Kohl erhalten haben. Sie betonen für die Europäische Union die Notwendigkeit einer Osterweiterung, wobei es aber neben Frankreich und Deutschland eine begrenzte Anzahl von Staaten geben sollte, die bereit sind, die Einheitswährung vorrangig zu realisieren und eine politische Integration innerhalb eines föderativen Rahmens mitzutragen. Des weiteren wird Bezug genommen auf die von John Major in seiner Rede von Leyden am 7. September 1994 gemachten Vorschläge. Diese betonen ebenfalls die Notwendigkeit einer Osterweiterung, aber eher im Rahmen eines europäischen Wirtschaftsraumes, wobei jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit hätte, sein Vorgehen selber zu bestimmen, zumal auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik.

Auch wenn Jacques Chirac sicherlich keine Europäische Union wünscht, die auf das Niveau einer verbesserten Freihandelszone degradiert ist, sind die Vorschläge von John Major insofern verlockend, als sie keine fundamentalen Reformen erfordern, die die staatlichen Kompetenzen grundlegend in Frage stellen, wogegen Helmut Kohls Positionen – trotz der vorsichtigeren Formulierungen beider CDU/CSU-Papiere vom 14. Juni 1995 im Vergleich zum Schäuble-Lamers-Papier vom 1. September 1994 – eine zeitlich bestimmte Annäherung an eine föderative Struktur unterstellen. Aber ist der Wunsch nach einer Einheitswährung mit den Deutschen mit der Billigung der britischen Ablehnung, die Institutionen der Europäischen Union zu stärken, zu vereinbaren? Dies ist die Frage, die sich Jacques Chirac und seine wichtigsten Berater im Moment noch konkreter zu beantworten weigern. Durch diese Weigerung entsteht für Deutschland die Notwendigkeit, klare, aber bestimmt formulierte Vorstellungen an die Adresse Frankreichs zu richten. Es wäre in der Tat gut, Jacques Chirac daran zu erinnern, daß

2 Die Äußerung, die Jacques Chirac am 9. Juni 1995 im Elysée-Palast gegenüber John Major gemacht hat, ist aufschlußreich: „Da Europa das ist, was es ist, ist die Qualität der deutsch-französischen Beziehungen wesentlich für dessen Fortschritt, aber sie reichen nicht aus . . . Europa werden wir nicht ohne England machen“ (Agence Europe, 13. 6. 1995). („L'Europe étant ce qu'elle est, la qualité de la relation franco-allemande est essentielle pour la faire progresser, mais elle n'est pas suffisante . . . Nous ne ferons pas l'Europe sans l'Angleterre.“)

Deutschland zwar sein politisches Handeln immer noch innerhalb der Europäischen Union abstimmt – das Schäuble-Lamers-Papier ist in dieser Hinsicht eindeutig –, es aber andererseits der einzige europäische Staat ist, der über eine ausreichende Macht verfügt, um eine eigene Diplomatie auf Weltniveau führen zu können, sollten seine Nachbarn ein Miteinandergehen ablehnen. Gleichzeitig wäre es angebracht, Jacques Chirac darauf aufmerksam zu machen, daß die amerikanische Diplomatie, wenn sie den Aufbau einer neuen Partnerschaft im Europa nach dem kalten Krieg plant, sich eher an Bonn und Moskau wendet als an London und Paris.

---

## II. Der Test der Einheitswährung

---

Während der Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht verteidigte Präsident François Mitterrand die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion mit Vehemenz. Es lag ganz besonders an seiner Beharrlichkeit, daß in einem dem Vertrag von Maastricht hinzugefügten Protokoll über die Wirtschafts- und Währungsunion die „Unumkehrbarkeit“ des Weges der Union zur Einheitswährung, und zwar spätestens bis zum 1. Januar 1999, festgelegt wurde. Es gab zwei Gründe für diese französische Beharrlichkeit: Auf der wirtschaftlichen Ebene wurde die Schaffung einer einheitlichen Währung als logische Entsprechung zum Europäischen Binnenmarkt eingeschätzt. Auf der politischen Ebene wurde die beiderseitige Festlegung einer Europäischen Währung als die Möglichkeit gesehen, sich einseitigen Zinssatzentscheidungen der Bundesbank zu entziehen. Der politische Einsatz von Bundeskanzler Kohl zugunsten der Einheitswährung war und bleibt eine positive Tatsache für Frankreich. Dennoch ist es kein Geheimnis, daß dieser Einsatz für Helmut Kohl an zwei zwingende Bedingungen geknüpft ist: die Unabhängigkeit der zukünftigen Europäischen Zentralbank und die Aufrechterhaltung der im Vertrag von Maastricht vereinbarten volkswirtschaftlichen Konvergenzkriterien. Hans Tietmeyer, Präsident der Bundesbank, läßt keine Gelegenheit aus, seine Bedingungen sine qua non in Erinnerung zu bringen, wobei er des öfteren unterstreicht, daß die zukünftige Einheitswährung die Preisstabilität auf lange Sicht unbedingt garantieren muß. In dieser Hinsicht existiert ein grundlegender politisch-kultureller Unterschied zwischen den Deutschen und den Franzosen. Für die ersteren ist die Währung nicht nur ein wirtschaftliches Instrumentarium son-

dern auch ein gesellschaftspolitischer Faktor. „Nur unter der Bedingung einer gesunden Währung kann eine Gesellschaft mit einem hohen Lebensstandard und einer politischen Stabilität frei leben“, schrieb vor kurzem der Präsident der Bundesbank in der katholischen Zeitschrift „Etudes“<sup>3</sup>. Überdies gilt die Inflation bei den Deutschen in Erinnerung an dunkle Zeiten ihrer Geschichte als etwas sehr Negatives. Für die Franzosen ist die Währung eher ein Wirtschaftsfaktor, und wenn die Inflation auch ein zu bekampfendes Übel ist, so ist sie nicht mit einem absoluten sozialen Chaos gleichzusetzen.

Die politische Unmöglichkeit für Bundeskanzler Kohl, einer Aufweichung der in Maastricht definierten volkswirtschaftlichen Konvergenzkriterien im Hinblick auf das Zustandekommen der Einheitswährung 1999 – die Aufgabe des Zieljahrs 1997 scheint nach dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Cannes sicher zu sein – zuzustimmen, ist zugleich ein Zwang, der Premierminister Alain Juppé bei der Formulierung seiner Wirtschaftspolitik sicherlich nicht entgangen ist. In der Tat hat sich der Premierminister bei der Vorlage des Staatshaushaltes am 22. Juni 1995 vor der Nationalversammlung verpflichtet, die von Jacques Chirac während des Wahlkampfes gemachten sozialen Versprechungen (Arbeitsbeschaffung, Ausbildungsbeihilfen etc.) mit der im Vertrag von Maastricht verlangten Minderung des öffentlichen Defizits von derzeit 5,7 Prozent auf drei Prozent des Bruttoinlandproduktes bis Ende 1997 in Übereinstimmung zu bringen. Für die kommenden Jahre ist der dem Premierminister zur Verfügung stehende finanzpolitische Spielraum um so geringer, als die Schätzungen der OECD eine Verlangsamung des Wachstums ab 1996 voraussagen. Alain Juppé läuft also Gefahr – wenn er im nächsten Jahr ein größeres Maßhalten verlangt –, die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung zu bremsen und mit denen auf Konfrontationskurs zu gehen, die – wie Philippe Seguin – dieses Verhalten als Verrat an den Versprechungen, die Jacques Chirac seinerzeit seiner Wählerschaft gemacht hatte, ansehen. Wenn er aber die öffentlichen Ausgaben nicht reduziert, gibt Alain Juppé nicht nur das Ziel einer Einheitswährung auf, sondern setzt sich auch kurzfristig Angriffen auf den Franc aus. Folglich ist es wünschenswert, daß das vom Premierminister im Staatshaushalt vorgeschlagene Gleichgewicht eingehalten wird, weil es wahrscheinlich die einzige Möglichkeit für Frankreich

3 „Il ne peut y avoir de société libre offrant un niveau de vie eleve et une stabilité politique qu’à condition que la monnaie soit saine“, in: Etudes, Mai 1995, S. 602.

ist, 1999 die Einheitswährung zu verwirklichen, ohne einen sozialen Bruch zu riskieren.

Eine positive politische Haltung Deutschlands ist wichtig für den Erfolg dieses Risikoprojektes. Aber wie kann man von der französischen Gesellschaft verlangen – die täglich mit der Arbeitslosigkeit konfrontiert ist –, daß sie sich der notwendigen Haushaltsdisziplin unterwirft, welche unter anderem dazu dient, das Ziel der Einheitswährung nicht aus den Augen zu verlieren, wenn man das Gefühl hat, daß der deutsche Nachbar sie eigentlich nicht will, obwohl er die im Vertrag von Maastricht festgelegten Bedingungen erfüllt? Hier hat die ablehnende Haltung des Bundesbankprasidenten dem Plan der Kommission gegenüber, der die Einsetzung einer Einheitswährung, verteilt auf drei Jahre ab 1999, vorsieht (genannt die „kritische Masse“), Wasser auf die französischen Mühlen derjenigen geleitet, deren einziges Ziel es ist, daß der Staat das Projekt der einheitlichen Währung endgültig aufgibt. Die französische wie die deutsche Verantwortung ist, was den Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion betrifft, um so größer, als sich hier zeigen wird – viel mehr als bei der Regierungskonferenz von 1996 –, ob die beiden Länder die Fähigkeit haben werden, die Vertiefung der Europäischen Union mit einer begrenzten Anzahl von Staaten weiterzuführen, die dies wünschen und können.

---

### III. Die Regierungskonferenz von 1996

---

Der Vertrag von Maastricht ist von seinen Unterhändlern als ein Prozeß konzipiert worden. In der Tat sehen seine Schlußbestimmungen (Artikel N, Paragraph 2) vor, daß eine Regierungskonferenz „1996 bestellt wird, um die Bestimmungen dieses Vertrages zu prüfen, für welche eine Überarbeitung vorgesehen ist“. Eine Frage wird den Mitgliedstaaten auf jeden Fall bei der Festlegung der Agenda nicht erspart bleiben: Besteht die Aufgabe ausschließlich in einer eventuellen Reform des Vertrages von Maastricht, oder gehört im Hinblick auf die Osterweiterung dazu auch die Reform des gemeinschaftlichen politischen Handelns auf einigen Gebieten, wie die gemeinsame Agrarpolitik oder die Regionalpolitik? Im letzteren Falle besteht die Gefahr, daß ein überfüllter Terminplan die Möglichkeit, zu einem Kompromiß zu gelangen, minimiert. Welche Positionen könnte Frankreich in einigen wichtigen Fragen einnehmen?

## Verteidigung

Dieser Bereich ist wichtig, weil der Krieg in Jugoslawien gezeigt hat, daß die öffentliche Meinung in Frankreich sehr empfindsam auf die Tatsache reagiert, daß die Europäische Union weder über eine wirklich gemeinsame Außenpolitik noch über eine überzeugende Schlagkraft auf der militärischen Ebene verfügt. Gleich der Einheitswährung ist dieser Bereich ein Test, inwieweit Frankreich willens ist, das Projekt einer „Macht Europa“ gemeinsam mit Deutschland weiterzuführen. Überdies bietet er die Möglichkeit eines konstruktiven Austausches mit Großbritannien. Ohne die Annäherung der Positionen zwischen Paris und London hinsichtlich der europäischen Verteidigung überschätzen zu wollen, hat sich doch die Kooperation auf dem Gebiet der Verteidigung seit zwei Jahren stark entwickelt, sei es in der Waffenproduktion oder bei der Behandlung des Jugoslawienkonfliktes<sup>4</sup>.

Die europäische Verteidigung wirft zuallererst das Problem der Zukunft der Westeuropäischen Union auf, die hinsichtlich des Vertrages von Maastricht schon „mit der Ausarbeitung und Durchführung der von der Europäischen Union getroffenen Beschlüsse, soweit sie die Verteidigung betreffen“, beauftragt ist. Ist es also angebracht, die Annäherung von WEU und EU in Zukunft zu forcieren? Wie könnte diese Annäherung aussehen?

Das Dokument der CDU/CSU vom 14. Juni 1995 zu Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit schlägt die Entwicklung einer engen Kooperation zwischen der Europäischen Union und der WEU vor, wobei es langfristig das Ziel der Regierungskonferenz sein sollte, die Integration der WEU innerhalb der EU in einem festen Zeitrahmen zu ermöglichen. Kurzfristig könnte diese engere Zusammenarbeit bedeuten, daß alle Mitgliedstaaten der EU – auch die neutralen Staaten, die innerhalb der EU einen Beobachterstatus haben – beauftragt sein würden, über die Orientierung einer europäischen Verteidigung zu beraten, mit deren Durchführung eine mit verstärkter Einsatzfähigkeit versehene WEU betraut sein würde. Obwohl Frankreich bis jetzt keine endgültige Entscheidung in dieser Hinsicht getroffen hat, scheinen manche Äußerungen von Jacques Chirac und Alain Juppé auf eine verstärkte Einsatzfähigkeit der WEU hinauszulaufen, die gleichzeitig eine aktive Rüstungs- und Raumfahrtspolitik sowie die

Errichtung einer europäischen multinationalen Streitmacht voraussetzt; das Eurocorps kann als erste Stufe einer zukünftigen europäischen Streitmacht betrachtet werden. Eine verstärkte politische Abhängigkeit der WEU von der Europäischen Union wäre unter bestimmten Bedingungen denkbar, auch wenn eine zeitlich festgelegte Fusion nicht auf der Tagesordnung der französischen Politik steht. Einerseits könnte Frankreichs Wunsch dahin gehen – das CDU/CSU-Papier schlägt es schon vor –, daß die Beschlüsse des Europäischen Rates, deren Ziel ein Militäreinsatz sein würde, nicht durch eine Staatenminderheit blockiert oder einem Staat, der sich nicht beteiligen möchte, aufoktroiert werden können. Andererseits könnte Frankreich hinsichtlich des Entscheidungsprozesses die Begrenzung der Interventionsmöglichkeiten der Kommission und des Europaparlaments verlangen.

Sind, allgemein betrachtet, die französischen Positionen denjenigen nahe, die Großbritannien in einem Memorandum über die Fragen der europäischen Verteidigung im Hinblick auf die Regierungskonferenz am 1. März 1995 vorgestellt hat? Dieses Dokument schlägt eine verstärkte Partnerschaft zwischen der WEU und der EU vor, strebt für die Verteidigungspolitik die Einrichtung einer Art vierten Säule innerhalb der Union an und möchte ebenfalls die WEU mit einem Rat, bestehend aus den Staats- und Regierungschefs der Mitglieds-, Beobachter- und assoziierten Staaten, versehen. Obwohl die Einbeziehung der Verteidigung in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) den britischen Vorschlägen fremd ist, dürfte die Idee, die Interventionsmöglichkeit von Kommission und Europäischem Parlament zu beschränken oder auch das Gewicht der Neutralen im Rahmen einer abgestuften Teilnahme an den Entscheidungen des WEU-Rates zu begrenzen, in Paris nicht nur auf Mißfallen stoßen.

Das Ziel einer europäischen Verteidigung wird zwangsläufig auch die Frage der Kompatibilität mit dem Atlantischen Bündnis aufwerfen. Es könnte sein, daß Frankreich hinsichtlich dieser Frage eine weniger apodiktische Haltung seinen überzeugten „atlantischen“ Partnern gegenüber einnimmt als noch während der Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht. Das Ende des kalten Krieges und das im Januar 1994 vom Atlantischen Bündnis gegebene „grüne Licht“ für die Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität haben Frankreich in der Tat dazu gebracht, der Frage der notwendigen Komplementarität zwischen europäischer und atlantischer Verteidigung viel pragmatischer und offener gegenüberzustehen. Die Idee

4 Vgl. F. de La Serre/H. Wallace, Les relations franco-britanniques dans L'Europe de l'après-guerre froide, in: Les Etudes du CERJ, Nr. 1, April 1995, S. 14f.

einer „transatlantischen Charta“ – Jacques Chirac erwähnte sie in seiner Rede zur Außenpolitik vom 16. März 1995 –, die die Solidarität mit den Vereinigten Staaten im Rahmen einer neuen Verteilung der Verantwortung festigen und die europäische Position auf dem internationalen Parkett sichern würde, ist ein Zeichen für eine solche neue außenpolitische Akzentsetzung.

### Abgestufte Integration

Seitdem die Staats- und Regierungschefs nach dem Gipfel von Kopenhagen im Juni 1993 regelmäßig ihre Verpflichtung zur Erweiterung der EU um die Staaten Mittel- und Osteuropas sowie um Zypern und Malta bekräftigen, ist die Verwirklichung des Plans einer Europäischen Union von 27 bis 30 Mitgliedstaaten für Anfang des nächsten Jahrhunderts durchaus denkbar. Aufgrund dieser neuen Größenordnung muß über ein neues Konzept der Europäischen Union nachgedacht werden, welches das Prinzip einer Differenzierung der politischen Aktivitäten systematisieren müßte. Auf jeden Fall sollte die Regierungskonferenz diesen Gedanken in ihre Arbeit mit einbeziehen, weil noch vor jeglicher Erweiterung die Fünfzehn über die Organisation der Wirtschafts- und Währungsunion sowie über die gemeinsame Verteidigung nachdenken werden müssen.

Es ist das Schäuble-Lamers-Papier, das in Frankreich im September 1994 eine öffentliche Debatte über eine abgestufte Europäische Union eingeleitet hat. Es gibt zwei Gründe, warum das Konzept eines „Kern-Europa“ in Frankreich nicht immer wohlwollend aufgenommen worden ist: Indem es sich vorwiegend an der Endrealisierung der Wirtschafts- und Währungsunion orientierte, begrenzte es zu sehr die Anzahl der dann wohl beteiligten Länder (Deutschland, Frankreich und die Beneluxländer). Andererseits vertrat es eine institutionelle Entwicklung, indem es auf das Modell des „Bundesstaates“ Bezug nahm (eine Idee, welcher die jakobinische politische Kultur wenig entspricht). Dieses Papier der CDU/CSU veranlaßte Frankreich, über solche Differenzierungen nachzudenken, wobei Premierminister Edouard Balladur sich ebenfalls über eine zukünftige Europäische Union, zusammengesetzt aus konzentrischen Kreisen, öffentlich geäußert hatte<sup>5</sup>. In seiner Rede vom 16. März 1995 über die Außenpolitik griff Jacques Chirac diese Idee auf und stellte eine Konstruktion vor, die drei Kreise bilden würde:

<sup>5</sup> Vgl. Gespräch mit Edouard Balladur im Figaro vom 30. 8. 1994.

1. Der Kreis der eigentlichen Union, der alle Mitgliedstaaten der Union um eine Zollunion, eine gemeinsame politische Basis für die „Bereiche des Handels und der gemeinsamen Interessen“ sowie um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik neu gruppieren würde.

2. Der Außenkreis der Partnerschaft, dem die Staaten angehören würden, die bevorzugte Verbindungen mit der Europäischen Union anstreben, obwohl sie aufgrund ihrer Größe, ihrer zu schwachen wirtschaftlichen Entwicklung oder aufgrund ihrer geographischen Situation (ganz oder teilweise außerhalb Europas) der Union nicht beitreten können. Wenn Jacques Chirac die Einbeziehung Rußlands sowie der Staaten Mittel- und Osteuropas in diesen Kreis klar bejaht, so ist es vorstellbar, daß die Mittelmeerstaaten wie die Türkei oder die Maghrebstaaten ebenfalls dazugehören könnten. Für Paris ist es in Zukunft wichtig, die Osterweiterung – die als vorteilhaft für Deutschland gilt – durch eine konsolidierte Mittelmeerpolitik auszubalancieren.

3. Der innere Kreis der „verstärkten Solidaritäten“. Die Pluralform ist insofern wichtig, als sie die Möglichkeit zeigt, daß wechselnde Formen der Kooperation sowohl mit den Betroffenen als auch in einzelnen Politikbereichen (Währung, Verteidigung etc.) gangbar sind.

Aber im Unterschied zum „Kern-Europa“ des Schäuble-Lamers-Papiers weist das Schema einer differenzierten Europäischen Union von Jacques Chirac keinen zentralen Kern von einigen Staaten auf, die zu weitergehenden Integrationsschritten willens bzw. in der Lage sind. Demnach kommen auch spezifische Institutionen für die Verwaltung der „verstärkten Solidaritäten“ nicht in Frage. Nach dem Modell der Wirtschafts- und Währungsunion im Vertrag von Maastricht sollten die Institutionen der Union je nach Kooperationsform verschiedene Kompetenzen übernehmen. Nähert sich hier Jacques Chirac nicht dem von John Major in seiner Rede von Leyden gelobten Modell eines flexiblen Europas?

### Reform der Institutionen der Gemeinschaft

Eigentlich würde die Perspektive der bevorstehenden Erweiterungen es nötig machen, daß das institutionelle System der Union einer tiefgreifenden Erneuerung unterzogen wird – wie dies die Diskussion über eine abgestufte Integration gezeigt hat. Indes wird sich die Regierungskonferenz höchstwahrscheinlich mangels einer gemeinsamen Vision auf eine institutionelle Reparatur beschränken nach dem Motto: hier ein bißchen qualifizierte



Mehrheitsentscheidungen im Rat, dort etwas Mitentscheidung für das Parlament. Was könnten Frankreichs Vorschläge sein angesichts dieser zu erwartenden Politik pragmatischer Anpassung, die dem Wesentlichen ausweicht?

Generell möchte Jacques Chirac, daß die Gemeinschaftsmethode in dem Maße, wie die Union neue Aktivitäten entwickelt, nicht die intergouvernementale Methode in den Hintergrund drängt. Dies bedeutet, daß die Absicht, die Entscheidungsprozeduren der 2. und 3. Säule (Außen- und Sicherheitspolitik, innere und Justizangelegenheiten) zu Gemeinschaftsprozeduren zu machen, keine große Begeisterung in Paris auslösen würde. Gleichzeitig sollte nach französischen Vorstellungen die Kommission keine größeren Befugnisse haben als die, die ihr in den aktuellen Verträgen zuerkannt werden. Obwohl Frankreich sicherlich der Zuerkennung neuer Befugnisse für das Europäische Parlament wird zustimmen müssen, dürfte Paris bei seinen Partnern vor allem darauf drängen, daß die nationalen Parlamente stärker an der Rechtsetzung der Union beteiligt werden. In seiner außenpolitischen Rede vom 16. März 1995 schlug Jacques

Chirac insbesondere vor, daß die nationalen Parlamente Vorbehalte gegen Gemeinschaftsregelungen im Namen des Subsidiaritätsprinzips geltend machen können.

Für Jacques Chirac steht fest, daß die Rolle des Europäischen Rates und des Ministerrats aufgewertet werden sollte. Wenngleich Frankreich höchstwahrscheinlich verpflichtet sein wird, eine Ausweitung der im Rat bestehenden Mehrheitsregeln für die Annahme bestimmter Gemeinschaftspolitiken (im engeren Sinne) zu akzeptieren, dürfte es im Gegenzug darauf bestehen, daß bei der Stimmenverteilung das Gewicht der großen Nettobeitragsstaaten für das Budget der Union stärker berücksichtigt wird. Außerdem hat sich Jacques Chirac für die Einsetzung eines europäischen Ratspräsidenten ausgesprochen, welcher für drei Jahre vom Rat gewählt würde, um die Union zu repräsentieren, die Verteidigung seiner Interessen und die Förderung seiner Identität zu sichern. Damit wird eine Idee aus der Zeit des damaligen Präsidenten Giscard d'Estaing wieder aufgegriffen, mit dem Ziel, die äußere wie die innere Wahrnehmung der Europäischen Union zu verstärken.

# Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen 1945–1995

---

## Kulturbeziehungen – Ein weites Feld

---

Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zu beschreiben, scheint einfacher: Die Kooperationsfelder sind klar umrissen, Statistiken und eine Methode zur Hand, um Volumen, Aktivitäten und Bilanzen zu evaluieren<sup>1</sup>. Bei dem, was gemeinhin unter Kulturbeziehungen subsumiert wird, gibt es ungleich mehr Unwägbarkeiten. Das beginnt mit der Definition des Gegenstandes und endet mit methodischen Problemen. Denn zum Thema gehören nicht nur der regierungsamtliche Bilateralismus, die halboffiziellen Austauschorganisationen und Kooperationseinrichtungen<sup>2</sup> sowie die unzähligen privaten Initiativen vom bilingualen Kindergarten bis zur spezialisierten Buchhandlung, sondern auch der ganze Bereich der Bild- und Wahrnehmungsforschung, die Geistesgeschichte des Kulturaustauschs.

Es überrascht deshalb nicht, daß es bisher an einer umfassenden Darstellung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fehlt. Was vorliegt, sind Untersuchungen zum Kulturtransfer zwischen den beiden Ländern in der Vergangenheit<sup>3</sup>, Studien zur Kulturpolitik Frankreichs als Besatzungsmacht<sup>4</sup> sowie zu herausragenden Einflußphänome-

nen<sup>5</sup>, schließlich monographische Darstellungen einzelner, im Dienste der Verständigung tätiger Organisationen<sup>6</sup>. Der institutionell gesponserten Zusammenarbeit deutscher und französischer Wissenschaftler verdanken wir seit kurzem ein umfangreiches Werk zu den deutsch-französischen Kulturbeziehungen der zwanziger und dreißiger Jahre<sup>7</sup>. In der Einleitung unternimmt es H. M. Bock, den Status von Kulturkontakten theoretisch zu definieren, und zwar als „mehrschichtigen Transaktionsprozeß“, der im Wechselverhältnis zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen steht und sich auf drei Ebenen vollzieht – einer privaten, einer offiziellen und einer offiziellen<sup>8</sup>. Diese Kategorisierung ist hilfreich für den mehr oder weniger institutionalisierten Kulturaustausch. Sie beachtet meiner Meinung nach jedoch zu wenig die verborgenen Annahmen und die strukturellen Bedingungen interkulturellen Aufeinanderreagierens.

Wie schwierig es allein ist, Einvernehmen darüber herzustellen, welcher Kulturbegriff der staatlich geförderten „kulturellen Zusammenarbeit“ zugrunde liegen soll, zeigt die enttäuschte Reaktion Alfred Grossers auf dem „Kultur Gipfel“ 1986. Während er dort einen weitgefaßten Kulturbegriff vertreten hatte<sup>9</sup>, unterscheidet das Frankfurter Schlußkommuniqué zwischen Sprache, Bildung, Fernsehen und „Kunst und Kultur“. Unter diesem Titel werden – ganz im Sinne eines herkömmlich engen Kulturverständnisses – neben den verschiedenen Künsten und ihren Repräsentanten Kultur-

1 Vgl. René Lasserre, *Les relations économiques franco-allemandes*, in: Henri Ménudier (Hrsg.), *Le couple franco-allemand en Europe*, Publications de l'Institut d'Allemand d'Asnières, 1993, S. 141 ff.

2 Allein die Zusammenstellung der entsprechenden Adressen füllt ein ganzes Buch: *Auswärtiges Amt (Hrsg.), Wege zur Freundschaft*, Bonn 1994.

3 Vgl. Michel Espagne/Michael Werner, *Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand (18<sup>e</sup> et 19<sup>e</sup> siècle)*, Paris 1988; Michel Grunewald/Jochen Schlobach (Hrsg.), *Médiations/Vermittlungen. Aspekte der deutsch-französischen Beziehungen vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Bern 1992.

4 Zum Stand der Forschung und für eine ausführliche Bibliographie: Rainer Hudemann, *Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone – Sicherheitspolitik oder Völkerverständigung?*, in: Gabriele Clemens (Hrsg.), *Kulturpolitik im besetzten Deutschland*, Stuttgart 1994, S. 185 ff.; *Allemagne d'aujourd'hui*, (1995) 131, S. 140f.

5 Zur Rezeption des Existentialismus etwa: Mechthild Rahner, „*Tout est neuf ici, tout est à recommencer*“, Würzburg 1993.

6 Vgl. Hans Manfred Bock, *Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepартnerschaften*, in: Annette Jünemann/Emanuel Richter/Hartmut Ullrich (Hrsg.), *Gemeindepартnerschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt a. M. 1994.

7 Vgl. Hans Manfred Bock/Reinhart Meyer-Kalkus/Michel Trebitsch (Hrsg.), *Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930*, CNRS-Éditions, Paris 1993.

8 Vgl. ebd., S. 26f.

9 Vgl. Alfred Grosser, *Kultur erklärt Politik. Der Gipfel war kein Erfolg*, in: *Das Parlament* vom 14. 2. 1987, S. 15.

güter abgehandelt<sup>10</sup>. Demgegenüber besteht bei Kulturwissenschaftlern beiderseits des Rheins Konsens darüber, daß Kultur „die Lebensweise der Menschen“ umfaßt, eingeschlossen die Wertvorstellungen, Wahrnehmungsformen und Verhaltensmuster, die ihnen durch Erziehung, Tradition, Geschichte, Religion vermittelt wurden und die sie ihrerseits mitprägen und weitergeben<sup>11</sup>.

Eine Analyse bilateraler Kulturbeziehungen müßte diese differenzierte und dynamische Vorstellung von Kultur berücksichtigen und ihr mit hermeneutischen wie statistischen Methoden Rechnung tragen. Angesichts der inhaltlichen Dimension des Gegenstandes und seines transdisziplinären Zuschnitts kann die folgende Darstellung nur skizzenhaft sein. Es wäre zu wünschen, daß sich eine deutsch-französische Forschergruppe zusammenfände, um das Thema multiperspektivisch anzugehen.

---

### Drei Merkmale des Kulturaustauschs

---

Deutsch-französische Kulturbeziehungen gab es lange, bevor sie 1963 mit dem Ziel institutionalisiert wurden, Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern zu fördern. Sie haben stets in bezug zu den politischen Ereignissen gestanden, sind aber immer auch eigenen Gesetzen gefolgt. Eines davon ist der Wechsel von euphorischen und krisenhaften Phasen in der gegenseitigen Kulturrezeption. Auf die anfängliche Begeisterung für die Revolution 1789 folgte mit dem Beginn der Schreckensherrschaft bei den meisten deutschen Intellektuellen die Ernüchterung bis hin zur radikalen Abkehr von dem zuvor gepriesenen französischen Vorbild. „Wo rohe Kräfte sinnlos walten/Da kann sich kein Gebild gestalten/Wenn sich die Völker selbst befreien/Da kann die Wohlfahrt nicht gedeihn“ dichtete Schiller; sein „Lied von der Glocke“ gehörte noch im Kaiserreich zum klassischen Bestand deutscher Bildung. Ein ähnlicher Umschlag von der Hoffnung auf eine republikanische Internationale zur Verbitterung über den „Verrat“ der deutschen Liberalen läßt sich bei den französischen Schriftstellern zwischen 1848 und

1860 aufzeigen<sup>12</sup>. Auch für die jüngste Vergangenheit ist das dialektische Muster nachweisbar, etwa bei der Generation der jungen deutschen Linken, die in den sechziger/siebziger Jahren nach Frankreich als dem Mekka aufklärerisch-demokratischer Kultur pilgerte und sich zu Beginn der achtziger Jahre enttäuscht von ihm abwandte, weil es seiner revolutionären Tradition untreu geworden sei.

Nicht nur das Auf und Ab wechselseitiger Idealisierung oder Verteufelung ist kennzeichnend für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen, sondern auch die Ungleichzeitigkeit des Interesses füreinander bzw. für bestimmte Themen oder Projekte. Nur ein Beispiel: Auf die Europabegeisterung der Deutschen reagierten die Franzosen lange Zeit mit äußerster Zurückhaltung<sup>13</sup>; als sie schließlich begannen, sich mit der Europa-Idee anzufreunden, blieb das deutsche Echo gedämpft. Dieses Andersgehen der Uhren, das zur Folge hat, daß zentrale Debatten des einen Landes in dem anderen verspätet und gelegentlich „zur Unzeit“ ankommen, nahm Pierre Bourdieu zum Anlaß, um für sein Projekt einer europäischen Zeitschrift zu werben. Deren Aufgabe wäre es u. a., Deutsche und Franzosen „zu Zeitgenossen füreinander zu machen, zu erreichen, daß sie in etwa zur selben Zeit dieselben Themen diskutieren“<sup>14</sup>.

Das könnte ein Schritt zur rascheren transnationalen Verständigung sein, würde aber nicht viel ändern an dem dritten Proprium deutsch-französischer Kulturbeziehungen: der wechselseitigen Neigung, das Bild des Nachbarn zum Zwecke der eigenen Identitätsstabilisierung zu funktionalisieren. Das heißt, die Kultur des anderen wird nicht nur selektiv wahrgenommen, sondern je nach Bedürfnis- und Interessenlage auf-, um- oder abgewertet. Schon Madame de Staëls berühmtes Deutschlandbuch war mehr als eine Bestandsaufnahme deutscher Zustände, nämlich der programmatische Gegenentwurf einer romantisch-poetischen zu einer

---

12 Vgl. Michaela Siebe, Von der Revolution zum nationalen Feindbild. Frankreich und Deutschland in der politischen Karikatur des 19. Jahrhunderts, Münster-Hamburg 1995; Zur Verfinsternung des deutsch-französischen Horizonts nach 1870/71 vgl. Claude Digeon, La crise allemande de la pensée française 1870–1914, Paris 1959 (Neuaufgabe 1992).

13 Vgl. Ariane Chebel d'Appollonia, Histoire politique des intellectuels en France 1944–1954, Brüssel 1991, Bd. 2, S. 195 ff.

14 Gespräch mit Pierre Bourdieu. Politik und Medienmacht, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1992) 9, S. 812 ff. Dieses Ziels der „Vergleichzeitigung“ der deutsch-französischen Debatten haben sich schon bald nach Kriegsende zwei Zeitschriften angenommen, die bis heute erfolgreich existieren: Dokumente (Bonn), Documents (Paris); dem gleichen Ziel dient seit 1966 auch Allemagne d'aujourd'hui (Paris).

10 Vgl. Gemeinsame Erklärung über kulturelle Zusammenarbeit (28.10. 1986), in: Europa-Archiv, 23 (1986), S. D 661 f.

11 Vgl. Zeitschrift für Kulturaustausch, 19 (1994), S. 455 f.; Culture et Société. Cahiers Français, No. 260, Documentation Française, Paris 1993, S. 3 ff.

rationalistisch-mechanistischen Kultur<sup>15</sup>. Hundert Jahre später lieferten die Brüder Mann ein Paradebeispiel dafür, daß Frankreich den deutschen Intellektuellen je nach ihren politischen Überzeugungen als Modell oder Gegenbild diente. Bevor er sich ausdrücklich von der sterilen Antithetik einer kontrastiven Völkerpsychologie distanzierte, nutzte Thomas Mann sie zu Beginn des Ersten Weltkriegs zur kollektiv-identitären Selbstvergewisserung<sup>16</sup> und nach der deutschen Niederlage als nationalpädagogisches Palliativ<sup>17</sup>. Eine gewisse Neigung, die eigene nationale Identität auf Kosten des Nachbarlandes zu stärken, ist auch heute noch vorhanden. So mobilisierte ein Teil der französischen Presse antideutsche Ängste, um die Franzosen bei der Maastricht-Abstimmung zu einem „Ja“ zu bewegen. Ihr Argument: Nur in einem Vereinigten Europa sei „die Großmacht Deutschland“ zu kontrollieren und zu bändigen. „Noch immer“, diagnostizierte Serge July ironisch, „labt sich die französische Identität an einer ordentlichen Dosis Antigermanismus.“<sup>18</sup>

Die lange Geschichte der deutsch-französischen Kulturbeziehungen, die dafür sorgte, daß Deutsche und Franzosen sich stets aufeinander bezogen, aneinander gemessen und ihr Verhältnis als ein besonderes betrachtet haben, verhinderte weder das Aufkommen eines obsessionellen Redens von „Erbfeindschaft“, noch drei Kriege in der Lebenszeit dreier Generationen. Der Eindruck drängt sich auf, daß es gerade Repräsentanten des geistigen Lebens waren, die sich in den Dienst nationalistischer Politik stellten<sup>19</sup>.

---

## Neubeginn zwischen Mißtrauen und Verständigungsbereitschaft

---

Eine geradlinige Erfolgsgeschichte bilden die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs aufge-

15 Vgl. Monika Bosse, *Madame de Staël und der deutsche Geist*. Nachwort zur Neuauflage: *Madame de Staël, Über Deutschland*, hrsg. von M. Bosse, Frankfurt a. M. 1985, S. 801 ff.

16 Vgl. Thomas Mann, *Gedanken im Kriege* (1914), in: *Werke in 8 Bänden*, Frankfurt a. M. 1968, Bd. 2, S. 7 ff.

17 Thomas Mann, *Betrachtungen eines Unpolitischen* (1918), in: ebd., Bd. 1. Aus der umfangreichen Sekundärliteratur zum Thema vgl. Michael Nerlich, *Aufklärung und Republik*, in: *Lendemains*, (1993) 69/70, S. 20 ff.

18 *Libération* vom 18. 9. 1992. Vgl. auch Ulrich Wickert, *Und Gott schuf Paris*, Hamburg 1993, S. 360 ff.

19 Vgl. Philippe Soulez (Hrsg.), *Les philosophes et la guerre*, St. Denis 1988; Michel Jeismann, *Das Vaterland der Feinde*, Stuttgart 1992.

bauten deutsch-französischen Kulturbeziehungen nicht. Zu unterschiedlich waren die Leidenserfahrungen, die Machtverhältnisse, Interessenkonstellationen und das historische Bezugssystem in den beiden Ländern. 1946 kam Paul Distelbarth zu der tief pessimistischen Bilanz: „In unseren Beziehungen zu Frankreich ist alles zerstört: alle Brücken sind abgebrochen, alle Wege verschüttet, alle Bande zerrissen. Alles Vertrauen ist verwirrschaftet. Und dabei ist Frankreich unser nächster Nachbar.“<sup>20</sup> Von „Bergen und Sümpfen von Mißtrauen und Mißverständnissen“ sprach Paul Claudel noch 1953<sup>21</sup>. Zum Glück für die deutsch-französische Nachbarschaft gab es beiderseits des Rheins versöhnungswillige Kräfte, die zum Teil aus dem Widerstand kamen und denen es gelang, der Versöhnung den Boden zu bereiten. Das größte Verdienst kommt dabei dem *Comité d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle*<sup>22</sup> und der *Deutsch-französischen Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit/B. I. L. D* zu, die in diesem Jahr in der Gründungsstadt Offenburg ihr 50jähriges Jubiläum feiert. Alle diese Mittler – das ist angesichts der gegenwärtigen Europa-Abstinenz der Intellektuellen besonders hervorzuheben – arbeiteten an der deutsch-französischen Verständigung im Blick auf die europäische Zukunft.

Die unmittelbare Nachkriegszeit ist geprägt von der kulturellen Hegemonie Frankreichs. Auf der einen Seite stand die Besatzungsmacht, deren Politik heute unterschiedlich eingeschätzt wird, die aber entschlossen war, die „imperialistisch-pangermanische Mentalität“ mit Hilfe kräftiger Injektionen französischer Kultur langfristig zu verändern. Auf der anderen Seite stand eine junge deutsche Intelligenz, die nach Jahren kultureller Abschottung und antiwestlicher Propaganda sich begierig den geistigen und künstlerischen Strömungen öffnete, die in Paris diskutiert und gelebt wurden<sup>23</sup>. Vor allem der Existentialismus hat, als Philosophie wie als Daseinsform, eine ganze Generation von Intellektuellen in Deutschland geprägt und zu ihrer Selbstfindung beigetragen<sup>24</sup>. Auch als mit der

20 Paul Distelbarth, *Franzosen und Deutsche. Bauern und Krieger*, Stuttgart 1946, S. 208.

21 Zit. nach Jürg Altwegg, *Die Republik des Geistes, Frankreichs Intellektuelle zwischen Revolution und Reaktion*, München 1986, S. 65.

22 Dem von Alfred Grosser mit initiierten Komitee gehörte auch seine Mutter an, die dank ihrer Vermittlertätigkeit manchem deutschen Au-pair-Mädchen in Erinnerung ist.

23 Daß ein großer Teil der Bevölkerung von der französischen „Kulturpropaganda“ unbeeinflusst blieb, weil sie zu große materielle Sorgen hatte, um sich überhaupt für „Kultur“ zu interessieren, steht auf einem anderen Blatt.

24 Vgl. Marieluise Christadler, *Der französische Existentialismus und die deutschen Intellektuellen in der Nach-*

Währungsreform im Juni 1948, dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands und der Zuspitzung des Ost-Westkonflikts die französische Kultur an Ausstrahlungskraft verlor, blieb Paris für die junge deutsche Intelligenz „the burning lens“ (Arthur Koestler), wie zuletzt in den 1994 erschienenen „Pariser Lehrjahre(n) 1951–1954“ von Nikolaus Sombart nachzulesen ist. Ein systematischer Vergleich solcher autobiographischer Reminiszenzen an erste Frankreich-Begegnungen – auch über die fünfziger Jahre und den Mai '68 hinaus – ergäbe eine aufschlußreiche Dokumentation zur französischen Sekundärsozialisation deutscher Intellektueller<sup>25</sup>.

In die erste Phase der deutsch-französischen Kulturbeziehungen fällt auch das Aufblühen der *Städtepartnerschaften* und der *Deutsch-Französischen Gesellschaften*. Unter ausdrücklicher Anknüpfung an gesellschaftlich-kulturelle Verständigungsinitiativen während der Weimarer Republik hatten sich bereits 1948 deutsche und französische Bürgermeister zusammengefunden, um „nach dem Scheitern des Locarno von oben ein Locarno von unten zu schaffen“, d. h., mit dem deutsch-französischen Dialog bei den Bürgern auf der Ebene der Gemeinden anzufangen<sup>26</sup>. Das im gleichen Jahr gegründete *Deutsch-Französische Institut* in Ludwigsburg, das seinen Aufgabenbereich in den kommenden Jahrzehnten sehr erweitern wird<sup>27</sup>, stellte sich in den Dienst der interkommunalen Kontakte, die zur „erfolgreichsten Form der deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen in der Nachkriegszeit“ (H. M. Bock) wurden<sup>28</sup>. Auch die deutsch-französischen Schulbuchgespräche, die 1951 zu einer „vereinbarung über strittige Fragen der europäischen Geschichte“ (u. a. zu einer Beendigung des Streites um die Frage nach der Schuld am Kriegsausbruch 1914) führten, konnten an die bilaterale Zusammenarbeit von Geschichtslehrern und Historikern in der Zwischenkriegszeit anknüpfen. Unter der

kriegszeit, in: Wolfgang Asholt/Heinz Thoma (Hrsg.): Frankreich. Ein unverstandener Nachbar (1945–1990), Bonn 1990, S. 224–238.

25 Vgl. Lothar Baier, *Un Allemand né de la dernière guerre*, Brüssel 1985. Die von Georg Lechner herausgegebene Anthologie: *Prägungen. Deutsche in Paris*, Düsseldorf 1991, enthält eine Fülle aufschlußreichen Materials.

26 Vgl. Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Hrsg.), *Leitfaden für die Partnerschaftsarbeit*, Düsseldorf 1990.

27 Vgl. Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), *40 Jahre Deutsch-Französisches Institut*, Ludwigsburg 1990.

28 Zum gegenwärtigen Stand der rund 1800 Gemeindepartnerschaften (inkl. Finanzierung, Zielgruppen, Öffentlichkeitsarbeit, Ausweitung auf die neuen Bundesländer und Osteuropa): Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Hrsg.), *Deutsch-französische Städtepartnerschaften*, Bonn 1995.

Ägide des Braunschweiger *Georg-Eckert-Instituts* wurden sie in den achtziger Jahren fortgesetzt und ihre Ergebnisse in der „dritten Generation der Schulbuchempfehlungen“ festgeschrieben<sup>29</sup>.

---

## Staatliche Initiativen und spontaner Dialog

---

Die zweite Phase der deutsch-französischen Kulturbeziehungen wurde durch einen politischen Willensakt der beiden Regierungen eingeleitet und von einem staatlichen Subventionsschub begleitet, der den Austauschbemühungen neuen Auftrieb gab. Auslöser der Regierungsinitiative war die Einsicht, daß die Konfrontation gegenseitigen Mißtrauens – die anläßlich der geplanten Ratifizierung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die Nationalversammlung zu einem antideutschen Paroxysmus geführt hatte<sup>30</sup> – nur auf dem Umweg über multilaterale europäische Gemeinschaftsformen verhindert werden könne.

Wie sehr sich das Klima inzwischen verändert hatte, belegt die unterschiedliche Aufnahme der bilateralen Abmachungen. Während das deutsch-französische Kulturabkommen von 1954 kaum Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden hatte, wurde der von de Gaulle und Adenauer vereinbarte Elysée-Vertrag 1963 mit großem Beifall aufgenommen. Die Gemeinsame Erklärung betonte „eine enge Solidarität der beiden Völker... (auch) hinsichtlich ihrer kulturellen Entwicklung“ und formulierte ein Programm der Zusammenarbeit in „Erziehungs- und Jugendfragen“<sup>31</sup>. Folgenreichstes Ergebnis war, neben der Wiedereröffnung der Pariser Zweigstelle des *Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)*, die Gründung des *Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW)*, das in den 30 Jahren seines Bestehens über vier Millionen Jugendlichen aus Frankreich und der Bundesrepublik wechselseitiges Kennenlernen ermöglichte<sup>32</sup> und „eine ganze Pädagogik der internationalen Begegnung“ (Robert Picht) entwickelte.

29 Vgl. Rainer Riemenschneider, *Verständigung und Verstehen. Ein halbes Jahrhundert deutsch-französischer Schulbuchgespräche*, in: *Dokumente* 46, Oktober 1990, S. 400 ff.; *Internationale Schulbuchforschung*, 17/1995, S. 61 ff.

30 Die innerfranzösischen Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern der EVG wurden von Zeitgenossen mit der Dreyfus-Affäre verglichen; vgl. A. Chebel d'Appollonia (Anm. 13), S. 206.

31 *Dokumente*, Sonderausgabe 10/1978, S. 29 f.

32 Vgl. DFJW (Hrsg.), *Tätigkeitsbericht 1993*, Bad Honnef 1994.

Die sechziger und frühen siebziger Jahre sind gekennzeichnet durch ein lebendiges Nebeneinander von institutionalisiertem und spontanem Kulturaustausch. Die Zahl der Städtepartnerschaften nahm sprunghaft zu; dank des staatlichen Finanzierungsschubs für den Jugendaustausch entwickelten sich die *Schulpartnerschaften*. Der „Mai '68“ war ein internationales Phänomen und wurde auch so erlebt. Die Massenmedien und die zunehmende Durchlässigkeit der Grenzen erleichterten den Transfer von Ideen und Lebensstilen. Obrigkeitsstaatliche Reaktionen und Empörung über die Zerschlagung des „Prager Frühlings“ förderten die Solidarität der Achtundsechziger beiderseits des Rheins ebenso wie die engagierte Parteinahme für die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

---

## „Deutsche Welle“ und „Franzosen-theorie“

---

Gewisse Verständigungsprobleme ergaben sich nach Mitte der siebziger Jahre mit dem teilweisen Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Entwicklung. Während der Protest gegen den Atomreaktor in Malville 1976 das Ende des antinuklearen Protests in Frankreich einläutete, nahmen in Westdeutschland die sozialen Bewegungen erst ihren Aufschwung. Aber noch im sogenannten Deutschen Herbst, als der RAF-Terrorismus die Bundesrepublik erschütterte und staatliche Repressionen zeitigte, reagierten französische Medien und Intellektuelle mit Verständnis für den linksradikalen Protest und solidarisierten sich mit den Opfern des Radikalenerlasses – ein Begriff, der in die französische Sprache einging ebenso wie „Berufsverbot“.

Ende der siebziger Jahre wurde Paris geradezu von einem germanophilen Schub erfaßt. Das Centre Pompidou widmete der deutschen Kunst zwischen 1900 und 1933 eine monumentale Ausstellung mit dem Titel „Paris – Berlin. Übereinstimmung und Gegensätze“, die unzählige Besprechungen hervorbrachte. Ihr Tenor: Es sei an der Zeit, sich kennenzulernen mit den „unvermeidlichen und heilsamen Unterschiedlichkeiten“<sup>33</sup>. Auch die deutsche Gegenwartsliteratur wurde entdeckt; Handke als „Verkünder einer neuen Literatur und Subjektivität“ aufgenommen, Günter Grass die Rolle des politischen Moralisten in der Nachfolge Camus'

33 Paris – Berlin. 1900–1933. Ausstellungskatalog, München 1979, S. 3.

zugeschrieben<sup>34</sup>. Deutsche „Meisterdenker“ standen am Anfang der Totalitarismuskritik der „nouveaux philosophes“. Jürg Altwegg weist darauf hin, daß die Neue Rechte ausgerechnet zu dem Zeitpunkt ins Kreuzfeuer der Kritik geriet, als sie anlässlich der ersten Europawahlen 1979 mit einem romantisch verklärten Deutschlandbild kulturmorphologischer Provenienz hervortrat<sup>35</sup>.

In Westdeutschland setzte zeitgleich die Rezeption der französischen „Neostrukturalisten“ ein, zu deren Verbreitung in den Kreisen der „marginalen Intelligenz“<sup>36</sup> der Berliner Merve-Verlag beitrug<sup>37</sup>. Nachdem bereits die Neuen Philosophen als angeblich totalisierende Vernunft- und manichäische Machtkritiker auf den heftigen Widerstand deutscher Linksintellektueller gestoßen waren, entzündete sich nun die Kritik an dem, was Lothar Baier spöttisch die „Franzosen-theorie“ nannte. Damit meinte er das von den deutschen Adepten Foucaults, Lyotards, Guattaris, Baudrillards mit Hilfe einer Kunstsprache fabrizierte Reprint eines französischen Denkens, das er als „rückübersetzten Nietzscheanismus“ bezeichnete<sup>38</sup>. Was die linkshumanistischen Gegner der postmodernen Philosophie vor allem aufbrachte, war deren Leugnung eines politikfähigen Subjekts und der Verzicht auf eine emanzipatorisch-revolutionäre Veränderung des Weltzustandes. „Wenn Frankreichs Intellektuelle nicht mehr Linksintellektuelle sind“, schrieb Jean Améry, „sehe ich nicht, was man von Paris aus der Welt noch zu sagen hätte.“<sup>39</sup>

---

## Zwischen verstummendem Dialog und kulturpolitischer Offensive

---

In den achtziger Jahren wuchs die Entfremdung zwischen den Intellektuellen beiderseits des Rheins in einem Maße, das es nahelegt, von frosti-

34 Vgl. J. Altwegg (Anm. 21), S. 308.

35 Zum damaligen Deutschlandbild der Nouvelle Droite: Marieluise Christadler (Hrsg.), Deutschland – Frankreich. Alte Klischees – neue Bilder, Duisburg 1981, S. 207 ff.

36 Wolfgang Eßbach unterscheidet in der Foucault-Rezeption „enthusiastische Aufnahme“ bei der „marginalen“ und Ablehnung seitens der „etablierten Intelligenz“ (Michael Foucault – ein französischer Autor in deutschen Lesarten, Vorträge des Frankreich-Zentrums, Heft 2, Freiburg 1994).

37 Dort erschien 1977 von Gilles Deleuze/Félix Guattari „Rhizome“, das zum Kultbuch wurde für eine Gegenkultur, die der Vielfalt der Individuen und den Interessen der Minderheiten Rechnung trug.

38 Lothar Baier, Französische Zustände, Frankfurt a. M. 1982, S. 21 f.

39 Jean Améry, Französische Tendenzwende, in: Merkur, (1977) 11, S. 1051.

ger Indifferenz zu sprechen. Ein Auslöser war die französische Verständnislosigkeit gegenüber der westdeutschen Friedensbewegung. Es mußte die linkspazifistischen Frankophilen irritieren, ausgerechnet von denen als „Nationalneutralisten“ und „Moskau-Kollaborateure“ angegriffen zu werden, die sich nicht allzulange zuvor selber antimilitaristisch und prokommunistisch engagiert hatten. Die Enttäuschung der altachtundsechziger Frankreichverehrer verstärkte sich noch durch die wirtschafts- und sozialpolitische Kehrtwende der sozialistischen Regierung und den Aufstieg des Front National. Offenbar war die Modell-Republik dabei, zur „banalen, transdemokratischen Firma“ zu verkommen<sup>40</sup>. Enttäuschte Liebe bestimmte aber auch die Abwendung germanophiler französischer Intellektueller von Deutschland, das ihnen zu „einer Art ökologischem Schweden“ degeneriert schien und dessen Wirklichkeit ihrem „Traum von Deutschland“ widersprach<sup>41</sup>.

Die ehrliche Genugtuung vieler Franzosen über die Selbstbefreiung der Ostdeutschen vom SED-Regime verbesserte das Klima nicht. Vielmehr verschlechterte es sich noch, als infolge der Wiedervereinigung in einigen französischen Medien die Angst vor einem neuen „Großdeutschland“ mit Okkupationsreminiszenzen geschürt wurde. 1990 sah sich der Berliner Romanist Michael Nerlich zu dem beschwörenden Appell genötigt, den Dialog mit Frankreich nicht abzubrechen, schließlich bestehe „ein Teil der kulturell-nationalen Identität“ Deutschlands in dem „geschichtlich gewordenen Französisch-Sein“<sup>42</sup>.

Von den Mittlerorganisationen war dieser Dialog durchaus weitergeführt worden. So veranstalteten die deutschsprachigen Pariser Kulturinstitute 1986 zusammen mit dem Centre Pompidou eine Reihe von Podiumsdiskussionen, um Philosophen, Schriftstellern, Filmemachern Gelegenheit zu geben, über „Konvergenzen und Divergenzen im deutsch-französischen Verhältnis“ zu debattieren. Zur Rede kam u. a. die Frage, warum die Vernunftkritik des späten Heidegger in Frankreich scheinbar unbelastet aufgegriffen und weitergeführt werde, während sich deutsche Denker beharrlich um eine heideggerferne Fundierung der

Rationalität bemühten. Derrida nahm die Diskussion zum Anlaß, um von einem Chiasmus zu sprechen, der deutsche und französische Überlieferung gegeneinander verkehrt habe<sup>43</sup>.

Die Initiative für eine „erneute Belebung“ der deutsch-französischen Beziehungen ging von den Regierungen aus, die sich zu dem erwähnten Kulturgipfel in Frankfurt trafen. In der Gemeinsamen Erklärung bekundeten die beiden Staatschefs ihren Willen, „eine gegenseitige Durchdringung der Kulturen anzustreben und vom Austausch zu einer vertieften Zusammenarbeit überzugehen“. Was auch immer die politischen Akteure sich unter dieser voluntaristischen Formel vorstellen mochten, dahinter stand das gemeinsame Interesse „einer stärkeren kulturellen Ausstrahlung Europas in der Welt“ – und es zeitigte Impulse auf drei Ebenen: der wissenschaftlichen durch die Gründung eines bilateralen Hochschulkollegs; im Bereich von „Kunst und Kultur“ durch die Einrichtung eines Deutsch-Französischen Kulturrates<sup>44</sup>; im audiovisuellen Bereich durch die Schaffung eines europäischen Kulturkanals<sup>45</sup>.

Staatliche Förderung kann den kulturellen Austausch nicht erzwingen, wohl aber in bestimmten Gebieten die transnationale Zusammenarbeit begünstigen. Zur Bereitstellung der dazu notwendigen Ressourcen sind regierungsamtliche Stellen um so eher bereit, je mehr sie von deren unmittelbarem Nutzen überzeugt sind. Robert Picht kommt das Verdienst zu, die „kulturelle Dimension“ von Wirtschaft und Politik, d. h. deren unverzichtbare Fundierung durch Kultur, in aller Deutlichkeit herausgestellt zu haben<sup>46</sup>. Eine der Folgen seines Plädoyers für den Abbau der „Kulturmauer“ war eine so nützliche Publikation wie das deutsch-französische Gemeinschaftswerk „Hundert Schlüsselbegriffe für Deutsche und Franzosen“, das gleichzeitig in einer deutschen und französischen Version erschien<sup>47</sup>.

43 In der Bundesrepublik wie in Frankreich fanden diese Veranstaltungen ein lebhaftes Echo in den Medien, das insgesamt dem bewußt optimistischen Tenor des Figaro entspricht, der titelte: „Franzosen und Deutsche: Unterschiede, die keine sind“.

44 Der aus „Persönlichkeiten des Kulturlebens der beiden Länder“ bestehende Kulturrat nahm 1988 seine Arbeit auf, über die er in bisher vier Berichten Rechenschaft abgelegt hat.

45 Vgl. Inge Gräble, Der europäische Kulturkanal ARTE. Deutsch-französische Medienpolitik zwischen europäischem Anspruch und nationaler Wirklichkeit, Frankfurt 1995.

46 Vgl. Robert Picht, Die ‚Kulturmauer‘ durchbrechen, in: Europa-Archiv, 42 (1987) 10, S. 279f.

47 Jacques Leenhardt/Robert Picht (Hrsg.), Esprit/Geist, München 1989 (Frz. Ausgabe: Le Jardin des Malentendus, Actes Sud 1990).

40 Lothar Baier, Firma Frankreich. Eine Betriebsbesichtigung, Berlin 1988, S. 7. (Französische Ausgabe 1989 bei Calman-Lévy: L'entreprise France.) Zur intellektuellen Befindlichkeit Frankreichs Ende der achtziger Jahre: Marieluise Christadler, Die Technik und das Heilige, in: Frankreich-Jahrbuch 1988, Opladen 1989, S. 117ff.

41 Beispielhaft der Artikel von Danièle Sallenave, in: Die Zeit vom 13. 10. 1989.

42 In: Lendemains, 55/1990.

---

## Kooperativer Pragmatismus

---

Die vierte Phase der deutsch-französischen Kulturbeziehungen, die schon während der durch die Wiedervereinigung verschärften Spannungen einsetzte, ist durch einen nüchternen Willen zur Kooperation gekennzeichnet. Es geht nicht darum, die fortbestehenden Verständigungsschwierigkeiten zu leugnen, sondern ihre Ursachen perspektivisch zu untersuchen, offenzulegen und gemeinsam zu diskutieren.

Vor allem Gesellschafts- und Geschichtswissenschaftler sind es, die sich dieser Aufgabe widmen. So hat sich bereits 1985 in Ludwigsburg ein *Arbeitskreis sozialwissenschaftlicher deutscher Frankreichforscher* gebildet, der seither jährlich tagt und ein „Frankreich-Jahrbuch“ herausgibt, das interdisziplinär angelegt ist und sich einem weiten Kulturbegriff verpflichtet weiß<sup>48</sup>. Wenig später haben sich deutsche und französische Historiker zu einem *Komitee zur Erforschung der Geschichte Deutschlands und Frankreichs im 19. und 20. Jahrhundert* zusammengeschlossen mit dem Ziel gemeinsamer Erarbeitung geschichtswissenschaftlicher Problemfelder<sup>49</sup>. Dank zahlreicher Kooperationsvereinbarungen zwischen Forschungsinstitutionen und Hochschulen ist die transnationale Zusammenarbeit inzwischen zu einem Bestandteil des akademischen Lebens geworden. Der Austausch von Dozenten und Studierenden wird durch Forschungs- und Stipendienprogramme wie *Erasmus* oder *Procope* gefördert. Im Wintersemester 1992/93 waren rund 8000 deutsche Studierende in Frankreich und 5300 französische in Deutschland immatrikuliert; etwa 600 deutsche und 300 französische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hatten sich bis dahin an gemeinsamen Projekten beteiligt<sup>50</sup>.

---

48 Mittlerweile ist das siebte Frankreich-Jahrbuch erschienen mit dem Themenschwerpunkt „Bildung und Gesellschaft“ (Redaktion Henrik Uterwedde), Opladen 1995.

49 Das Komitee, das ein Bulletin über laufende Forschungsarbeiten herausgibt, hat bisher vier Tagungen veranstaltet, deren Beiträge publiziert werden. Erschienen: Rainer Hudemann/Georges-Henri Soutou (Hrsg.), *Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1994.

50 Vgl. Theodor Berchem, *Rien n'est jamais acquis ... 30 Jahre wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland*, Bonn 1993, S. 29f. Die im Rechenschaftsbericht Oskar Lafontaines – bis 31. 12. 1994 Bevollmächtigter der Bundesrepublik für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Elysée-Vertrages – genannten Zahlen weichen von denen des DAAD nach unten ab.

Der Fortschritt der Europäischen Union, die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Partnerländern und den Regionen, aber auch die verschärften Bedingungen des Arbeitsmarktes erhöhen den Bedarf an bi- und multikultureller Kompetenz sowie an einer stärkeren Verschränkung von Wissenschaft und Praxis. Diesem Interesse kommt ein gestiegenes Angebot an Informationen entgegen: etwa eine bessere Berichterstattung in den Medien<sup>51</sup>, bilaterale Fortbildungsveranstaltungen für bestimmte Berufsgruppen<sup>52</sup>, die Entwicklung integrierter deutsch-französischer Studiengänge zum Zwecke höherer Mobilität<sup>53</sup> und nicht zuletzt der Aufbau von Frankreich-Zentren an verschiedenen deutschen Universitäten<sup>54</sup>. Selbst „Gebrauchsanweisungen für einen wohlüberlegten Umgang mit Franzosen“ finden erstaunlichen Absatz<sup>55</sup>.

Der neue, pragmatische Elan ist nicht nur das Ergebnis einer günstigen Konjunktur, sondern auch die Frucht jahrelanger bilateraler Zusammenarbeit. Im Bildungsbereich hat sie sich so weitgehend institutionalisiert, daß ein hoher Beamter des Auswärtigen Amtes erklären kann: „Das Gebäude eines kompletten deutsch-französischen Ausbildungssystems ist nahezu fertig errichtet.“<sup>56</sup> Auch in Teilen des Kulturmanagements wird gemeinsames Arbeiten immer selbstverständlicher. Peter Handkes neuestes Stück „Die Stunde, in der einer nichts vom anderen wußte“ ist von Luc Bondy als erste deutsch-französische Koproduktion zunächst für die Berliner Schaubühne produziert und 1994 anlässlich des Pariser Herbstfestivals im Théâtre du

---

51 Es kommt inzwischen häufiger vor, daß französische Zeitungen, über ihre Auslandskorrespondenten hinaus, landeskundige Experten engagieren, um bestimmte Themen abzudecken.

52 Wie sie etwa die Robert Bosch Stiftung für deutsche und französische Pressevertreter oder das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg anbietet. Vgl. Ursula Koch/Detlef Schröter/Pierre Albert (Hrsg.), *Deutsch-französische Medienbilder. Journalisten und Forscher im Gespräch*, München 1993.

53 Das Deutsch-Französische Hochschulkolleg hat seit seiner Gründung mehr als 40 solcher integrierter Studiengänge gefördert.

54 Neben dem seit fünf Jahren bestehenden Frankreich-Zentrum an der Universität Freiburg gibt es in Saarbrücken Aufbau-Studiengänge für frankreichorientierte „Interkulturelle Kommunikation“ sowie ähnliche Initiativen in Leipzig und an der TH Berlin.

55 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung/Moog Consult S.A., Nachbar Frankreich. Gebrauchsanweisung für einen wohlüberlegten Umgang mit Franzosen*, Frankfurt a.M. 1993<sup>3</sup> (1. Auflage 1991); Cathérine Muller/Pascal Duchesnes, *Frankreich für Manager*, Düsseldorf 1991.

56 Jean Pierre Rollin, *Deutschland und Frankreich. Zum neuen Stand der Partnersprache*, in: *Dokumente*, 1/1995, S. 24.



Châtelet aufgeführt worden; bei den diesjährigen Ruhrfestspielen kommt der von Ariane Mnouchkine für das Théâtre du Soleil inszenierte Zyklus „Die meineidige Stadt oder das Erwachen der Erinnyen“ (Hélène Cixous) zur Aufführung; ein Beispiel finanzieller und technischer Film-Kooperation bietet der dritte Teil der jüdischen Trilogie von Claude Lanzmann „Tsalal“. Die beim Kulturipfel 1986 angeregte Forschungsgruppe zur Erhaltung von Baudenkmälern hat inzwischen eine Publikation vorgelegt, in der die Berichte von mehr als 40 deutschen und französischen Arbeitsgruppen über die geplante Restaurierung von vier ausgewählten Objekten gebündelt sind<sup>57</sup>.

Zwar beklagte die neuernannte Generaldirektorin der französischen Museen, Françoise Cachin, den Mangel an deutsch-französischer Gemeinsamkeit bei der Konzeptualisierung von Ausstellungen und der Zusammenarbeit von Kustoden<sup>58</sup>; sekundiert wurde sie von den Teilnehmern einer deutsch-französischen Tagung in Bonn zum Thema „Zeitgeschichte im Museum“, die einen verstärkten Austausch von Experten des Museums- und Bibliotheksbereichs forderten. Tatsächlich aber hat es bereits anlässlich der Ausstellungen „Paris-Berlin“ (1978) und „La course au moderne“ (1993) anregende Begegnungen zwischen Museumsleuten und Historikern beider Länder gegeben, und auch das von Madame Cachin etwas abfällig registrierte „bloße gegenseitige Ausleihen von Kunstwerken“ ist Teil des kulturellen Austauschs. Im günstigen Fall trägt es nicht nur zum besseren Kennenlernen der Kunst des Nachbarlandes bei, sondern führt zu kunstwissenschaftlichen Neubewertungen, die grenzüberschreitende Debatten provozieren. Für den ersten Fall bietet die außerordentlich erfolgreiche Ausstellung deutscher Expressionisten 1992 ein Beispiel, für den zweiten die Kurt-Schwitters-Präsentation im Centre Pompidou<sup>59</sup>. Neben der klassischen Moderne findet die zeitgenössische deutsche Kunst – besonders in der Provinz – zunehmend Aufmerksamkeit: Kiefer, Polke, Baselitz<sup>60</sup>. Nachdem Beuys 1985 erstmals in Paris ausgestellt war, hat das Centre Pompidou ihm 1994 eine Retrospektive gewidmet. Andererseits ent-

57 Vgl. Stephan von Welck (Hrsg.), *Gemeinsames Erbe gemeinsam erhalten*, Champs-sur-Marne 1993.

58 Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 21. 10. 1994.

59 Vgl. *Le Monde* vom 24. 11. 1994, S. 27ff.; Werner Spiess, *Merzblüten* in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. 1. 1995; vgl. auch die Ausstellung in Rennes 1994: „De Dürer à Friedrich. Vier Jahrhunderte deutscher Zeichnungen“ mit „Meisterwerken aus dem Wallraf-Richartz-Museum“.

60 Vgl. *Ausstellungschronologie 1960–1993* in: Robert Fleck, *Zentrum Paris*, Klagenfurt 1993.

decken deutsche Museen einen Avantgardisten der fünfziger Jahre wie Yves Klein neu, und einige von ihnen bemühen sich systematisch um die französische Gegenwartsmalerei<sup>61</sup>.

Gewiß, Streitgespräche zwischen deutschen und französischen Intellektuellen finden in der Öffentlichkeit nicht statt. Selbst wenn es um Probleme geht, die beide Seiten in ähnlicher Weise umtreiben – wie der Transformationsprozeß in Osteuropa, das unheimliche Doppelgesicht der Moderne oder die Rolle der Intellektuellen in der Mediengesellschaft –, bleibt der Bezug ein nationaler. Was sich aber verbessert, ist die wechselseitige Information. In der deutschen Presse finden sich „Bestandsaufnahmen gegenwärtigen französischen Denkens“, in der französischen „der Fall Botho Strauß“<sup>62</sup>. Was dabei auffällt, ist der Ton verständnisbemühter Objektivität, der auch in gelegentlich polemischen Spontanreaktionen nicht verlorengelht<sup>63</sup>. Möglicherweise ist das die Folge eines Generationenwechsels. Charakteristisch scheint mir die Position des 45jährigen Politikwissenschaftlers und Philosophen Luc Ferry, der in der Bundesrepublik durch seine Streitschrift gegen das „antihumanistische Denken der 68er Philosophie“ bekannt wurde<sup>64</sup>. Ohne in die an den „Neostrukturalisten“ gerügte „eunuchenhafte Neutralität“ (M. Frank) zu verfallen, nimmt er sowohl in der Ökologie- wie in der Heidegger-Debatte einen vermittelnden Standpunkt ein und scheut sich nicht, „die Abhängigkeit der französischen von der deutschen Philosophie“ zu bekunden<sup>65</sup>. Ähnlich aufgeschlossen wirkt der neuerliche Umgang deutscher Autoren mit der französischen Gegenwartsphilosophie, wofür Fülle wie Ton der Veröffentlichungen Zeugnis ablegen<sup>66</sup>.

„Die verleugnete Utopie“ (L. Baier) führt zu internen Umgruppierungen und überraschenden, trans-

61 So die Städtische Kunsthalle Düsseldorf.

62 Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 22. 2., 17. 5., 29. 11. 1994; *Le Monde* vom 24. 2. 1995.

63 Ein Beispiel: Die scharfe Replik in der *Frankfurter Rundschau* auf einen Artikel von Alain Finkielkraut in *Le Monde* vom 16. 9. 1994.

64 Luc Ferry/Alain Renault, *La pensée 68. Essai sur l'antihumanisme contemporain*, Paris 1985; deutsche Ausgabe: *Antihumanistisches Denken. Gegen die französischen Meisterphilosophen*, München-Wien 1987.

65 Luc Ferry, *Wir sind alle deutsche Philosophen*, in: *Die Zeit* vom 4. 5. 1990, S. 69; vgl. auch François Ewald, *Kant, penseur de la modernité*. Interview mit Luc Ferry, in: *Magazine Littéraire* vom 9. 4. 1993, S. 18ff.; Luc Ferry, *Le nouvel ordre écologique*, Paris 1992.

66 Beispielhaft: Kurt Röttgers/Petra Gehring, *Französische Philosophie der Gegenwart*, Hagen 1993; vgl. auch die Literaturliste in: *Frankreich-Jahrbuch 1994* (Anm. 48), S. 258ff., und die Debatte über den Poststrukturalismus, in: *Die Zeit* vom 11. 9. und 30. 10. 1992.

nationalen Querverbindungen. Manchmal aber gelingt auch den Linken ein Solidarisierungscoup. So wurde der im Sommer 1993 in *Le Monde* erschienene, von 40 Intellektuellen unterzeichnete „Aufruf zur Wachsamkeit gegen die subversive Aktion von rechts in Europa“ von mehreren Presseorganen in der Bundesrepublik nachgedruckt und von deutschen Intellektuellen unterstützt<sup>67</sup>. Es läßt sich darüber streiten, wie sinnvoll ein solches Manifest linker Intellektueller ist, das sich mit der Denunziation des gemeinsamen Feindes begnügt, statt – zum Beispiel – ein Projekt zur Demokratisierung der politischen Kultur in Europa zu entwerfen. Aber der Vorgang bezeugt ein wiedergewonnenes Verständigungspotential. Diese optimistische Einschätzung wird allerdings nicht von allen Kennern der deutsch-französischen Szene geteilt.

---

## „Dialog mit Bauchgrimmen?“

---

So überschreibt einer der aktivsten Grenzgänger sein Wunschscenario eines auch in der erweiterten Europäischen Union fortdauernden „Sonderverhältnisses“ zwischen Paris und Bonn. Das sieht er in mehrfacher Hinsicht bedroht: durch das Nichtvorhandensein einer intellektuellen Debatte über die europäische Identität, die Gefahr der „Freundschaftsverdrossenheit“ infolge fehlender Offenlegung entgegengesetzter Interessen und schließlich einen Mangel an Nachwuchs bei den professionellen Mittlern<sup>68</sup>. Von anderer Seite werden Blockaden und Leerstellen im Austausch der nationalen Literaturen beklagt, eine zögerliche und ausschließlich absatzorientierte Übersetzungs„politik“, die zu geringer Zahl von Rezensionen über lesenswerte französische Neuerscheinungen<sup>69</sup>; französischen Schriftstellern wird

vorgeworfen, daß sie die gesellschaftliche Wirklichkeit der Bundesrepublik ausblenden und aus marktstrategischen Gründen weiterhin nazideutsche Horrorszenarien reproduzierten<sup>70</sup>.

Den heikelsten Punkt der deutsch-französischen „Verständigung“, das anhaltende Sprachdefizit, hat der DAAD-Präsident anläßlich der 30-Jahrfeier des Elysée-Vertrags angesprochen: „Man wird wohl eingestehen müssen, daß (der Sprachunterricht) von allen Programmen, die 1963 ins Werk gesetzt wurden, proportional das am wenigsten erfolgreiche ist.“ Er belegt diese Einsicht mit Zahlen und folgert: „Wir sind allem Anschein nach zu einem Dialog zwischen Taubstummen verurteilt.“<sup>71</sup> Auch der „Tätigkeitsbericht 1993“ des DFJW, das im übrigen allen Grund hat, mit der Bilanz seiner vielfältigen Aktivitäten zufrieden zu sein, macht keinen Hehl daraus, daß es beiderseits des Rheins mit dem Erlernen der Nachbarsprache hapert<sup>72</sup>. Daran ändern vorerst auch ermutigende Gegenbeispiele nicht viel: etwa jene Gruppe von deutschen und französischen Oberstufenschülern, die sich ungeachtet unzulänglicher Sprachkenntnisse von Dichtern beider Länder zu eigenen Poesien anregen ließen<sup>73</sup>.

Es ist ungewiß, ob der „Gemeinsame Orientierungsrahmen“ von 1993, der detaillierte Maßnahmen für eine verbesserte Sprachausbildung vorsieht – insbesondere die systematische Kombination von Spracherwerb und bikulturellem Austausch sowie eine Schwerpunktverlagerung von der breitgestreuten Sprachvermittlung zur Projektarbeit mit Kleingruppen –, zu dem gewünschten Erfolg führen wird<sup>74</sup>. Die externen Bedingungen sind zwar momentan günstig – eine sprachpoliti-

---

70 Vgl. Joseph Jurt, Forschungsprojekt: „Selbst- und Fremdbilder in der französisch- und deutschsprachigen Literatur und Publizistik 1970–1990“, Freiburg 1994, Manuskript; zur Perpetuierung eines stark vereinfachenden Bildes vom NS-Deutschland in französischen Geschichtsbüchern vgl. die Dissertation von Anette Kleszcz-Wagner, *Résistance und politische Kultur*, Kassel 1994.

71 Th. Berchem (Anm. 50), S. 28.

72 DFJW (Hrsg.), *Tätigkeitsbericht 1993*, S. 39.

73 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. 2. 1995, S. 12.

74 Der vollständige Text des „Deutsch-französischen Orientierungsrahmens im allgemeinbildenden Schulwesen und in der beruflichen Bildung zur Förderung des Erwerbs von Kenntnissen in der Partnersprache und über das Partnerland“, in: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), *Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, berufliche Bildung und Hochschulen* . . . , Bonn 1994, S. 34ff.; Zur Situation des Französischunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Bericht der KMK vom 16. 12. 1994.

67 „L'appel à la vigilance lancé par quarante intellectuels“, in: *Le Monde* vom 13. 7. 1993, *Frankfurter Rundschau* vom 23. 7. 1993; Iris Radisch, *Nicht gesellschaftsfähig*, in: *Die Zeit* vom 6. 8. 1993, S. 35. Auf den Einspruch von Pierre-André Taguieff und anderen, die sich durch den Appell inkriminiert fühlten, hat m.W. keine deutsche Zeitung reagiert. Vgl. Pierre-André Taguieff, *Sur la Nouvelle Droite*, Paris 1994, bes. S. 337ff.

68 Vgl. Ingo Kolboom, *Dialog mit Bauchgrimmen? Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen*, in: *Europa-Archiv*, 49 (1994) 9, S. 257f.

69 Vgl. Fritz Nies, *Vom Westen kaum Neues? Französische Romane der 80er Jahre auf dem deutschen Buchmarkt der Gegenwart*, in: Wolfgang Asholt, *Intertextualität und Subversivität. Studien zur Romanliteratur der 80er Jahre in Frankreich*, Heidelberg 1994, S. 29ff.

sche Offensive der Regierungen<sup>75</sup> verbindet sich mit bedarfsorientierten Forderungen der Wirtschaft. Aber was ist, wenn die Fördergelder knapper werden oder die Adressaten trotz all der ausgeklügelten Programme in ihrer Mehrheit renitent bleiben? Wieviel Sprachkenntnis setzt das Erlernen einer fremden Kultur voraus? Welches Interesse haben „die Deutschen“ noch an der französischen, „die Franzosen“ an der deutschen Kultur?

Das politische Sonderverhältnis zwischen Bonn und Paris, heißt es, sei „ein beispielloses Unikum“ (H. P. Schwarz), die wirtschaftliche Zusammenarbeit „ein einmaliger Fall“ (R. Lasserre); die geistesgeschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen hat H. Meschonnic „eine eigene Gattung“ genannt, B. Witte hat von der

75 Dazu gehört u. a., daß L'Express im Sommer 1994 ein Gespräch mit François Mitterrand führte, das von der Zeitschrift am 21.7. 1994 in deutscher Version veröffentlicht wurde.

„Modellhaftigkeit“ der deutsch-französischen Kulturbeziehungen für Europa gesprochen. Ob diese optimistischen Einschätzungen Bestand haben werden, hängt von der Motivation der Beteiligten ab. Daß 59 Prozent der Franzosen den Gedanken ablehnen, in Deutschland zu leben, sagt wenig aus über ihre Bereitschaft, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten<sup>76</sup>. Aufschlußreicher, wenn es sich dabei auch nur um eine Einzelstimme handelt, erscheint mir der Leserbrief eines jungen Deutschen an den „Spiegel“ als Antwort auf einen besonders gehässigen Kommentar von Rudolf Augstein: „Die jungen Generationen der einstigen Erbfeinde“, schreibt er, „wissen, was sie aneinander haben, und ich bin sicher, sie werden sich von dieser Auffassung weder von altgedienten französischen Staatsmännern noch von deutschen Journalisten abbringen lassen.“<sup>77</sup>

76 Auf die Frage: „Würden Sie persönlich eine Weile im Land des anderen wohnen wollen?“ antworteten 63 Prozent der Deutschen mit „Ja“, vgl. Le Monde vom 23. 2. 1993.

77 Der Spiegel, Nr. 20/1993, S. 13.

## **Henrik Uterwedde: Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen: Chancen und Grenzen des Wandels**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/95, S. 3–10

Mit der Wahl von Jacques Chirac ist die vierzehnjährige Ära Mitterrand beendet und der Machtwechsel zugunsten der bürgerlichen Parteien endgültig vollzogen worden. Die Präsidentschaftswahlen deuten im übrigen auf eine wachsende Entfremdung zwischen Teilen der Bevölkerung und der etablierten Politik hin, die vor allem diejenigen sozialen Gruppen erfaßt hat, die in besonderem Maße als Opfer der Krise anzusehen sind. Erstmals ist diese Krise in großem Umfang in den Medien thematisiert und die Erwartung eines grundlegenden Wandels der Politik auf breiter Ebene artikuliert worden.

Der Ruf nach einem Wandel, den sich der neue Präsident weitgehend zu eigen gemacht hat, ist als Reaktion auf das zwiespältige Erbe der Ära Mitterrand anzusehen: eine weitgehend erfolgreiche Erneuerung der Wirtschaft, die jedoch nur auf Kosten erheblicher sozialer Verwerfungen erreicht wurde.

Präsident Chirac hat eine ehrgeizige Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Krise angekündigt. Angesichts schwieriger Zielkonflikte stößt sein Kurs des „Wandels“ aber schon jetzt an enge Grenzen.

## **Klaus Manfrass: Das deutsch-französische Verhältnis nach der historischen Zäsur des Jahres 1989**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/95, S. 11–18

Der deutsch-französische Bilateralismus, der sich unter den Prämissen der Nachkriegsordnung herausgebildet hatte, blieb bis zum Wendejahr 1989/90 durch jene Arbeitsteilung geprägt, die sich an den Bedingungen des Ost-West-Konflikts orientierte: Während sich Frankreich das Feld der Außenpolitik vorbehielt, war die Bundesrepublik für das Ökonomische zuständig. Da die Machtattribute der Ära des Kalten Kriegs vorwiegend militärischer Natur waren, konnte Frankreich seine außenpolitische Führungsrolle durch seine Nuklearkapazität unterstreichen. Auch ermöglichte ihm die Nuklearfähigkeit, die zunehmende deutsche Wirtschaftskapazität auszugleichen und seinen Führungsanspruch in Westeuropa zu legitimieren.

Die Überwindung der Bedingungen des Kalten Krieges nach dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung tangiert nicht nur dieses bisherige Gleichgewicht im deutsch-französischen Bilateralismus, weil die wirtschaftliche Kapazität sich nun zum neuen Machtattribut herausbildet. Auch die Grundlage dieses Bilateralismus – die Arbeitsteilung – wird in dem Maße obsolet, wie die deutsche Außenpolitik von der ihr nach 1945 auferlegten Abstinenz Abschied nehmen muß. Schon in der Vergangenheit wurde der Bilateralismus durch Spannungen und Krisen beeinträchtigt, wenn sich die Bundesrepublik von den einschränkenden Bedingungen des Ost-West-Konflikts zu emanzipieren versuchte und die Initiative auf dem Feld der Außenpolitik anstrebte. Demzufolge vermögen die nun unvermeidlichen Interessengegensätze und -konflikte, die nicht zufällig um das Einpendeln einer neuen europäischen Ordnung gravitieren (EU-Osterweiterung, EU-Öffnung zum Mittelmeerraum) oder in der schemenhaften Renaissance der europäischen geopolitischen Gleichgewichte (Balkankrise, „Mitteleuropa“) begründet sind, jenen Bilateralismus erheblich zu tangieren, der im offiziellen Diskurs jedoch weiterhin als unveränderte, bestimmende Größe präsentiert wird.

## **Gunther Hellmann: Eine Flucht nach vorn ohne Ende? Die deutsch-französische Achse und die Vertiefung der europäischen Integration**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/95, S. 19–27

Daß die deutsch-französische Aussöhnung nach 1945 eine der wichtigsten Errungenschaften der Nachkriegsgeschichte darstellt, wird von niemandem mehr in Frage gestellt. Zweifel bestehen allerdings, ob Deutschland und Frankreich angesichts der dramatischen Veränderungen der letzten sechs Jahre auch in Zukunft in der Lage sein werden, das enge Vertrauensverhältnis der vergangenen Jahrzehnte beizubehalten und ihre europapolitischen Ziele auch zukünftig gemeinsam anzugehen. Diese Zweifel fanden ihren stärksten Ausdruck in einem aufsehenerregenden Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom September letzten Jahres: dem sogenannten „Schäuble-Lamers-Papier“. Eine Kernaussage dieses Papiers besteht darin, daß die Europäische Union (EU) zügig nach Osten erweitert und gleichzeitig vertieft werden müsse und beides nur gelingen könne, wenn Deutschland und Frankreich „den Kern des festen Kerns“ einer sich vertiefenden EU bilden.

Da das Denkmuster, das dieser Politikempfehlung zugrunde liegt, nicht nur für die breite europapolitische Debatte in Deutschland typisch, sondern auch ausgesprochen wirkungsmächtig ist, es zugleich aber auch gewisse Unstimmigkeiten aufweist, wird es in dieser Arbeit vor dem Hintergrund theoretischer Debatten in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin „Internationale Beziehungen“ kritisch beleuchtet. Daran anschließend werden einige Schlußfolgerungen für die zukünftige Gestaltung der deutschen Frankreich- und Europapolitik formuliert.

## **Christian Lequesne: Die europäische Politik von Jacques Chirac: Auf dem Weg zu einer notwendigen Klärung?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/95, S. 28–33

Diese ohne großen zeitlichen Abstand nach seiner Wahl unternommene Analyse läßt den Schluß zu, daß mehrere Ungewißheiten bestehen, was Jacques Chiracs politische Optionen angeht. Es scheint so, als blieben die Reformabsichten, die der neue Präsident der französischen Republik hinsichtlich der Europäischen Union für notwendig erachtet, hinter denen zurück, die von der Partei des Bundeskanzlers Kohl gewünscht werden. Ohne eine Verwässerung der Europäischen Union in Form einer besseren Freihandelszone zu beschwören – wie manche britische Konservative es wünschen –, ist Jacques Chirac doch zurückhaltend gegenüber einer Verstärkung der Institutionen der Gemeinschaft, welche die Kompetenz des Staates zu sehr beschneiden würden. Deshalb ist es für die Zukunft der europäischen Integration wichtig, daß Bonn das Niveau seiner Ansprüche weiterhin hochhält – nicht nur, was die Realisierung der Einheitswährung, sondern auch was die Zusammenarbeit in Europa insgesamt betrifft.

## **Marieluise Christadler: Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen 1945–1995**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/95, S. 35–44

Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen haben eine lange Geschichte, die in einem Wechselverhältnis zu den politischen Ereignissen steht, aber immer auch eigenen Gesetzen gefolgt ist. 1945 hatten sie einen Tiefpunkt erreicht, der indessen dank des engagierten Versöhnungswillens einzelner Personen und Gruppen beiderseits des Rheins zu einem Neuanfang wurde. Geradlinig verlief die Entwicklung nicht. Dafür waren die Leidenserfahrungen, das historische Bezugssystem und die Interessenkonstellationen in den beiden Ländern zu unterschiedlich.

Im Überblick lassen sich vier Phasen des Aufeinanderreagierens ausmachen: Die unmittelbare Nachkriegszeit ist geprägt von der kulturellen Hegemonie Frankreichs, die sich vor allem in der begierigen deutschen Rezeption des Existentialismus niederschlug und dazu führte, daß Teile der jungen Generation in der „Republik des Geistes“ ihre intellektuelle Heimat sahen. Die zweite Phase, die von der Mitte der fünfziger bis in die siebziger Jahre reicht, verdankt ihren Glanz einerseits staatlicher Förderung, andererseits dem spontanen Zusammengehörigkeitsgefühl deutscher und französischer „Achtundsechziger“. Im folgenden Jahrzehnt differenzierte sich die Szene: Während die etablierten Austauschorganisationen ihre Kooperationsbemühungen fortsetzten und Umfragen eine wachsende Sympathie zwischen Franzosen und Deutschen signalisierten, verstummte der Dialog zwischen den Intellektuellen. Der zunehmenden europäischen Verflechtung mit allen sich daraus ergebenden Folgen und der Einsicht in die Bedeutung des „kulturellen Faktors“ für die Politik verdankt sich die regierungsamtliche Initiative „Konvergenzen und Divergenzen im deutsch-französischen Verhältnis“ unter Beteiligung zahlreicher kultureller Institutionen von 1986.

Die gegenwärtige, vierte Phase des Kulturaustauschs steht unter dem Vorzeichen pragmatischer Zusammenarbeit. Sie profitiert von den seit langem bestehenden und sich ständig erweiternden Transfernetzen. Trotzdem bleiben Defizite und Reibungsflächen. Nichts ist so widerständig gegen voluntaristische Vereinheitlichung wie historisch gewachsene Mentalitäten und Kulturen. Und wer wollte das nur beklagen?